

# Das Parlament

Berlin, Montag 24. Oktober 2011

www.das-parlament.de

61. Jahrgang | Nr. 43 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Eine Tochter für Sarkozy

Nicolas Sarkozy Er stellte das Wohl seines Landes vor das persönliche Glück: Während Frankreichs Staatspräsident vergangenen



Mittwoch in Frankfurt bei Kanzlerin Merkel erfolglos um die Euro-Rettung verhandelte, gebar seine Frau in einer Pariser Klinik eine gesunde Tochter. Der 56-Jährige schaute nur kurz vor dem Flug bei seiner in den Wehen liegenden Gattin im Hospital vorbei. Um so glücklicher war der frischgebackene Papa, als er am Abend Mutter Carla Bruni-Sarkozy (43) und das kleine Mädchen, das Giulia heißen soll, wohlbehalten in die Arme schließen durfte. Erstmals wurde damit ein französischer Präsident in seiner Amtszeit Vater. Er empfinde „tiefe Freude“, bekundete Sarkozy. So lieben ihn die Franzosen, und vielleicht hilft ihm die Geburt auch bei der Präsidentenwahl 2012. kru |

## ZAHLE DER WOCHE

### 2 Billionen

Euro, so viel Kapital könnte für den Rettungsfonds EFSF mobilisiert werden, um verschuldete Staaten der Eurozone zu retten. In Ziffern: 2.000.000.000.000. EU-Diplomaten haben laut britischem „Guardian“ vor dem Brüsseler EU-Gipfel solche Zahlen genannt. Der EFSF, der derzeit 440 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, könnte demnach künftig wie eine Versicherung funktionieren.

## ZITAT DER WOCHE

### »Die mehrfach zitierten Guidelines sind Richtlinien.«

Norbert Lammert, Bundestagspräsident, bei der Rettungsschirmdebatte am Freitag in einem Appell an Abgeordnete, an „den deutschsprachigen Teil der Bevölkerung“ zu denken

## IN DIESER WOCHE

### INNENPOLITIK

Landärzte Die Regierung verteidigt ihr Konzept gegen Kritik des Bundesrates Seite 6

### WIRTSCHAFT & FINANZEN

Rüstungsexporte Streit um Lieferungen an nichtdemokratische Staaten Seite 9

### EUROPA UND DIE WELT

Rohstoffe Die Versorgung für die deutsche Wirtschaft soll gesichert bleiben Seite 11

### KULTUR UND MEDIEN

Lutherjahr 2017 Auch die Politik bereitet sich auf das Jubiläum vor Seite 13

### MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Hebel auf den letzten Drücker

SCHULDENKRISE Nach heftiger Diskussion gibt der Bundestag Merkel freies Geleit für Euro-Verhandlungen

Im Fahrstuhl kann einen schon mal ein diffuses Gefühl von Unwohlsein befallen. Es ging abwärts, von der dritten Etage des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses neben dem Reichstagsgebäude – ins Erdgeschoss –, als ein Abgeordneter mit Sorgenfalten auf der Stirn einer ebenso angestrengt blickenden Kollegin mitteilte: „Es wird einem ganz mulmig bei der Verantwortung, die auf unseren Entscheidungen lastet.“ Es war noch früh am Morgen des vergangenen Donnerstags, am Sonntag sollte der EU-Gipfel zur Schuldenkrise über Neuregelungen des Euro-Rettungsschirms EFSF abschließend beraten. Vorher sollte der Haushaltsausschuss des Bundestages, am besten noch am selben Tag, dazu sein Einverständnis und anschließend Angela Merkel am Freitag eine Regierungserklärung zum Thema geben.

Erklärung abgesagt Aber die Sorge davor, Beschlüsse zu fassen, die letztlich doch dazu führen könnten, dass Deutschland für mehr als die bisher vereinbarten 211 Milliarden Euro am EFSF bürgen müsse, ließ die Abgeordneten nicht los. Am Ende sagte Merkel ihre Erklärung sicherheitshalber ab. Entzündet hatte sich die Debatte, die das politische Berlin in der vergangenen Woche beherrschte, an einem Papier aus dem Hause von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Darin enthalten: der Entwurf für Leitlinien zur Neuordnung des milliardenschweren Euro-Rettungsschirms, über den der Haushaltsausschuss vor dem Gipfel beraten sollte. Oder besser: beraten musste. Denn so sieht es das Gesetz über die Beteiligung Deutschlands am EFSF vor: Bei der Abstimmung darüber wurde auch ein stärkeres Mitspracherecht des Bundestages beschlossen und als Ausdruck eines „selbstbewussten Parlaments“ gefeiert. Merkel braucht also das Einverständnis des Ausschusses, um auf dem EU-Gipfel handlungsfähig zu bleiben.

Teilkasko-Modell Einzige Schwierigkeit: Was verbarg sich hinter Äußerungen von Merkel und Schäuble, man wolle die Instrumente des EFSF effektiver nutzen? Die nur vage formulierten Leitlinien ließen zu viele Fragen offen. Schließlich drehte sich die Diskussion nur noch um ein Schlagwort: die „Hebelwirkung“. Darum, ob dieser Hebel in den Leitlinien enthalten sein soll und ob er eventuell die Rechte des Parlaments aushebelt. So sieht es nämlich die Opposition, die am Freitag noch versucht hatte zu erreichen, den Bundestag als Ganzes über die Leitlinien abstimmen zu lassen. Ein entsprechender Antrag der Grünen (17/7410) fand jedoch keine Mehrheit.

Bei dem von der Bundesregierung favorisierten Hebel-Modell geht es darum, mehr



Gutes Fressen: Der Bär – im Bild die bekannte Statue vor der Frankfurter Neuen Börse – hat Appetit auf den Euro. Die Politik will ihm das vermiesen.

Anreize für den Kauf von Staatsanleihen von Euro-Ländern zu schaffen. Das Ausleihvolumen des EFSF selbst von 440 Milliarden Euro sowie das Garantievolumen der Euro-Länder von 780 Milliarden Euro soll aber nicht weiter erhöht werden. Deutschland favorisiert eine Art Versicherungsmodell, das zum Einsatz käme, wenn hoch verschuldete Staaten neue Anleihen ausgeben, um sich frisches Geld zu besorgen. Zwar kann auch der EFSF solche Staatsanleihen aufkaufen, beim Kredithebel soll jedoch darauf verzichtet werden. Statt dessen sollen andere Investoren die Schuldenscheine kaufen. Um genügend Interessenten anzulocken, könnte der EFSF mit einer Garantie das Ausfallrisiko bis zu einer gewissen Grenze selbst tragen. Nach dem Teilkasko-Modell würde der EFSF-Fonds nur einen Teil der Anleihen kriselnder Euro-Länder und nicht 100 Prozent absichern. Auf diese Weise könnten die Finanzhilfen vielfach werden. Von bis zwei Billionen Euro war die Rede.

Verlustrisiko Zwar machte das mulmige Gefühl über die Risiken für die deutschen

Steuerzahler, nicht vor den Türen der Koalitionsfraktionen Halt. Doch am lautesten empörte sich die Opposition. Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer SPD-Fraktionsgeschäftsführer, sagte in der Debatte am Freitag, die Leitlinien seien nun der Ort, wo aus Milliarden plötzlich Billionen werden. Das berühre das Verlustrisiko und deswegen müsse die Debatte darüber öffentlich geführt werden. Jürgen Trittin, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen betonte, man werde um die Hebelung der Mittel nicht umhinkommen, das es Anzeichen gebe, dass die Spekulationen auch gegen Spanien und Italien zu nehmen werden. Dies dürfe aber nicht hinter verschlossenen Türen eines Ausschusses passieren. Roland Claus stellte für Die Linke fest, in Europa werde derzeit geachtet, denn Hebel heiße nichts anderes, als durch Beteiligung am spekulativen Finanzmarkt aus einem Euro drei zu machen.

„Theater“ kritisiert Die Regierung brauche kein „solches Theater der Opposition“, es werde künstlich mehr in die Leitlinien hineininterpretiert, entgegnete der CSU-Haushälter Bartholomäus Kalb. Sein FDP-Kollege Otto Fricke versuchte, die Gemüter im Parlament zu beruhigen. Welche Veränderungen es auch künftig geben werde, „eine Erhöhung des Risikos für den deutschen Steuerzahler wird es nicht geben“, betonte Fricke.

### »Eine Erhöhung des Risikos für den deutschen Steuerzahler wird es nicht geben.«

Otto Fricke (FDP)

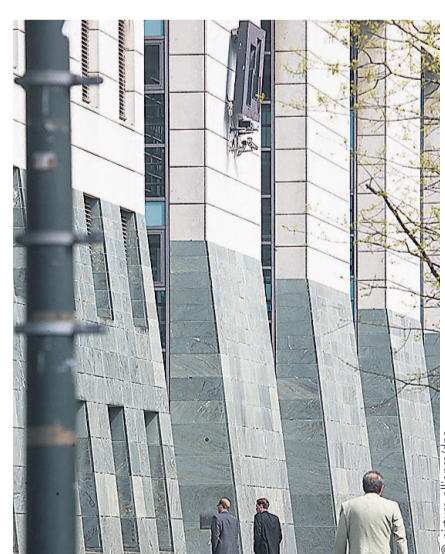
Im Anschluss an diese Debatte traf sich der Haushaltsausschuss nochmals zu einer mehrstündigen Sitzung und stimmte den Leitlinien schließlich zu. Angaben zum umstrittenen Kredithebel enthalten diese nicht. Auf dem EU-Gipfel am Mittwoch sollen die ergänzenden Details für die Leitlinien beschlossen werden. An diesem Tag wird auch Angela Merkel ihre Regierungserklärung nachholen – ob in Ruhe, wird sich zeigen. Claudia Heine |

## Von einer Katastrophe zur nächsten

FINANZKRISE Nach dem US-Häuserboom kam die Bankenwelt ins Trudeln. Nun zittert Brüssel um verschuldete Euro-Staaten

Die Finanzkrise begann vor vier Jahren als „Subprime-Krise“ auf dem US-Hypothekenmarkt. US-Banken hatten breiten Schichten ohne Eigenkapital auf Kredit Häuser verkauft. Das Modell, bei dem gute mit schlechten Schuldpapieren vermischt und international weiterverkauft werden, kommt ins Stocken. Anfang 2007 häufen sich Berichte über Zahlungsausfälle bei US-Hypothekenschuldnern. Als erstes Kreditinstitut kommt in Deutschland im Sommer 2007 die Mittelstandsbank IKB ins Schlingern. Sie muss später vom Staat mit Milliardenaufwand gerettet werden.

Finanzmarktkrise In den Medien ist jetzt von einer „Hypothekenkrise“ die Rede. Am 9. August 2007 interveniert die EZB am Interbankenmarkt, nachdem es beim Geldhandel zwischen den Banken zu ersten Spannungen kommt. Im Herbst 2007 verschärft sich die Lage, die US-Notenbank reagiert mit der ersten Zinssenkung seit mehr als vier Jahren. Inzwischen ist von einer Finanzmarktkrise die Rede. Im Frühjahr 2008 wird über die Liquidität britischer Banken spekuliert, die große amerikanische Bank Bear Stearns geht fast Pleite. In Deutschland gerät mit der HRE ein Bankenriesen ins Schlingern, er muss mit über 100 Mil-



Hauptgebäude der IKB in Düsseldorf

liarden Euro Staatshilfe gestützt werden und wird am Ende ganz verstaatlicht.

Schock um Lehman Brothers Am 15. September 2008 löst die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers einen Schock aus. Die Notenbanken pumpen weltweit Mil-

liarden-Summen in die Geldmärkte, um einen Finanzkollaps zu verhindern. Die Regierungen legen Rettungspakete für die Kreditinstitute auf – die Finanzmarktkrise ist nun eine „Bankenkrise“. Zur Jahreswende 2008/2009 sinken die Leitzinsen vieler Notenbanken nahe null Prozent. Viele Staaten beschließen teure Konjunkturmaßnahmen und verstaatlichen Banken. In Deutschland steigt der Staat bei der Commerzbank ein. In vielen Ländern brechen Nachfrage und Produktion dramatisch ein, aus der Finanzkrise ist die schwerste Wirtschaftskrise seit 1945 geworden.

Athen in Not In dieser Lage entwickelt sich die Griechenland- und Euro-Krise. Die starke Verschuldung Griechenlands, das 2001 mit geschönten Zahlen in die Eurozone aufgenommen wurde, wird Thema der Finanzmärkte. Im Februar 2010 stellt die EU-Kommission Athen unter Aufsicht. Im Mai beschließen die Eurostaaten ein Rettungspaket mit Hilfen von 110 Milliarden Euro bis 2013, im Gegenzug muss Athen das hohe Defizit durch strikte Sparmaßnahmen absenken. Zugleich spannt die EU einen Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro mit einem Ausleihvolumen von 240 Milliarden Euro auf, um klammern Ländern mit Krediten zu helfen. Im Dezember 2010

wird das nach Bankenpleiten kriselnde Irland mit 85 Milliarden Euro gestützt.

Permanente Rettung Am 11. März 2011 beschließen die Regierungschefs der Eurozone die Aufstockung des Ausleihvolumens des Rettungsschirms auf 440 Milliarden Euro. Im Mai billigt die EU eine Nothilfe für Portugal von 78 Milliarden Euro, Lissabon muss dafür ein striktes Sparprogramm realisieren. Am 11. Juli 2011 vereinbaren die Finanzminister der Euro-Gruppe einen permanenten Rettungsschirm für verschuldete Euro-Länder ab Juli 2013. Beim Gipfel der Euroländer am 21. Juli wird dann beschlossen, dass sich künftig auch Banken und Versicherungen an neuen Griechenlandhilfen beteiligen sollen. Im August steigen die Risikozuschläge für italienische und spanische Staatsanleihen, weil es Zweifel gibt, ob diese Staaten ihre Schulden zurückzahlen können. Eine Ratingagentur stuft die Kreditwürdigkeit der hochverschuldeten USA herab. Der Bundestag verabschiedet im September den erweiterten Euro-Rettungsschirm, das Bundesverfassungsgericht billigt die bisherigen Hilfen. Im Oktober 2011 ist wieder von einer Bankenkrise die Rede: EU und IWF drängen Institute zu einer Kapitalaufstockung. Hans Krump |

## EDITORIAL

### Scheitern verboten

VON JÖRG BIALLAS

Fast vier Jahre nach Beginn der Finanzkrise und im zweiten Jahr der Euro-Krise steht Europa vor seiner wohl größten wirtschaftspolitischen Prüfung. Es gilt, die Schuldenlast in den Griff zu bekommen, die Gemeinschaftswährung dauerhaft zu stabilisieren, die Finanzmärkte effektiver zu kontrollieren. Dazu muss ein ganzes Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, zuvorderst eine schnelle Rettung für das von der Staatspleite bedrohte Griechenland. Außerdem ist die Europäische Union gut beraten, sich schon jetzt gegen den Bankrott weiterer Pleitekandidaten zu wappnen. Auch geht es darum, die Folgen für die Banken zu begrenzen, wenn es in klammern Nationen zu einem Schuldenschnitt kommen sollte.

All das kostet Geld, unvorstellbar viel Geld. Schon deshalb stehen die 27 Staats- und Regierungschefs der EU und mit ihnen deren Heimatparlamente vor einer Aufgabe von historischer Dimension.

Doch birgt auch diese Krise eine Chance: Es könnten endlich Strukturen geschaffen werden, die dem sich zunehmend festigenden Eindruck entgegenzutreten, die Finanzmärkte trieben die Politik vor sich her. Wenn das gelänge, erwüchse daraus in den Bevölkerungen der wohlhabenderen EU-Länder gewiss auch mehr Verständnis für die Nöte der ärmeren Nachbarn. Eben darum ist es so wichtig, dass die Parlamente vor allem der 17 Euro-Nationen die Wege aus der Krise diskutieren, damit die Probleme und möglichen Lösungsansätze in die Öffentlichkeit tragen und eine Bühne für eine breite gesellschaftliche Debatte bereiten.

In Deutschland hat das Bundesverfassungsgericht dem Parlament die Zuständigkeit in dieser Sache ausdrücklich bestätigt. Die Richter haben dem Bundestag ermöglicht, ein repräsentatives Gremium wie den Haushaltsausschuss damit zu befassen, um – absehbar notwendig – reaktionsschnell handeln zu können.

Wie vorausschauend dieses Urteil war, hat die vergangene Sitzungswoche gezeigt. Trotz der Differenzen zwischen Koalition und Opposition wurde am Ende unter Wahrung der Souveränität des Hohen Hauses gearbeitet und gleichzeitig ein Zeichen parlamentarischen Selbstbewusstseins gesetzt.

Jetzt ist es eine Frage internationalen Verhandlungsglücks, wie entschlossen der Euro gerettet werden kann. Eines ist gewiss: Scheitern darf das Projekt keinesfalls.

GASTKOMMENTARE

GESCHÄFTS- UND INVESTMENTBANKEN TRENNEN?

Ein erster Schritt

PRO



Jan Dams  
»Die Welt«

Seit vor drei Jahren die Investmentbank Lehman Brothers in die Knie ging, war klar: Die Pleite von Großbanken können sich entwickelte Volkswirtschaften nicht leisten, ohne ihr ökonomisches Überleben zu gefährden. Seitdem sucht die Politik nach einer Lösung, wie sie die Geldhäuser im Notfall abwickeln kann, ohne dass es zu Turbulenzen kommt. Nicht noch einmal soll die Finanzbranche den Steuerzahlern mit der Drohung vom Zusammenbruch der Weltwirtschaft Milliardenhilfen abpressen können. Trivial ist das Vorhaben nicht, wie die Ansätze verschiedener Regierungen zeigen. Deshalb gibt es bis heute auf der Welt auch keine richtig gute Regelung. Selbst das deutsche Bankenrestrukturierungsgesetz, auf das die Bundesregierung so gern verweist, taugt für die Abwicklung vernetzter Großbanken eher wenig.

Wichtigster Ansatzpunkt zur Lösung des Problems ist die Reduktion von Komplexität. Wenn ein international tätiges Kreditinstitut aus steuerlichen Gründen aus mehr als 7.000 eigenständigen Einheiten besteht, ist eine geregelte Abwicklung unmöglich. Kein Mensch überblickt innerhalb kurzer Zeit, welche Bereiche der Steuerzahler im eigenen Interesse schnell schützen muss und welche nicht. Ein erster Schritt aus diesem Dilemma wäre die Einführung des jetzt so heftig diskutierten Trennbankensystems. Damit das funktioniert, müssen Geschäfts- und Investmentbanken nicht nur rechtlich voneinander getrennt werden. Die Möglichkeiten, dass beide Systeme miteinander Geschäfte machen dürfen, sollten darüber hinaus stark eingeschränkt werden – und zwar weltweit. Denn nationale Lösungen würden nur zu einem Standortwettbewerb führen, bei dem betroffene Banken ihren Sitz in weniger regulierte Staaten verlagern.

Nicht zu Ende gedacht

CONTRA



Sven Afhüppe  
»Handelsblatt«

Politiker ändern ihre Grundüberzeugungen immer wieder. Beispiele dafür gibt es genug, zu den spektakulärsten gehört der Atomausstieg von Angela Merkel (CDU) nach dem Reaktorunglück in Fukushima. Eine ähnliche Zeitenwende steht jetzt zur Debatte. Weil die Kanzlerin „großes Verständnis“ für die weltweiten Proteste gegen die Banken hat, diskutiert die Koalition – angetrieben durch einen Vorschlag von SPD-Chef Sigmar Gabriel – über eine Zerschlagung der großen Geldhäuser. Doch die Einführung eines „Trennbankensystems“ birgt mehr Gefahren als Vorteile. Schließlich hat mit der Pleite von Lehman Brothers eine reine Investmentbank die Weltfinanzkrise ausgelöst. Die Deutsche Bank, eine Universalbank mit Privatkundengeschäft und Investmentbanking, ist dagegen ohne einen Cent Staatshilfe durch die Krise gekommen. Wer also behauptet, die Wiederholung einer so schweren Finanzkrise lasse sich allein durch die Aufspaltung von Universalbanken in ihre zwei Geschäftsbereiche vermeiden, liegt falsch. Zumal in Deutschland vor allem die Deutsche Bank von einem solchen Eingriff betroffen wäre. Der Verdacht liegt deshalb nahe, dass die Politik eine „Lex Ackermann“ im Sinn hat, wenn sie solche Vorschläge macht. So lässt sich aber keine Gesetzgebung begründen. Wenn die Bundesregierung etwas ändern will, sollte sie sich an Großbritannien orientieren. Dort sollen die Banken in den nächsten Jahren gezwungen werden, das Privatkundengeschäft und das Investmentbanking als unabhängige Geschäftsbereiche zu organisieren. Das ist sinnvoll, weil dann Quersubventionierungen ausgeschlossen werden und das Geld der Kunden geschützt bleibt. Was Gabriel und Merkel diskutieren, ist dagegen nicht zu Ende gedacht.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3  
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

**Für den Rettungsschirm EFSF ist mittlerweile eine „Hebelung“ auf einen Billionenbetrag die Rede. Glauben Sie, dass immer größere Rettungspakete den Euro stabilisieren können?**

Es geht nicht in erster Linie um die Größe der Rettungsschirme. Es geht vielmehr um die Methode, wie wir Schutzwälle errichten, um die europäischen Banken und die gemeinsame europäische Währung abzusichern. Diese Schutzmechanismen sollen dabei helfen, dass keine Dominoeffekte entstehen, also die finanziellen Probleme eines überschuldeten Landes auf das andere übergreifen. Dafür ist der Rettungsschirm EFSF ein wichtiges Instrument, aber nicht das einzige.

**Welche Instrumente gibt es noch?**

Ein Instrument ist sicherlich die Rekapitalisierung von Banken, also die Vergrößerung des Eigenkapitals, mit dem Banken Kreditausfälle abfedern können. Auf längere Sicht geht es auch um eine bessere Regulierung des Finanzsektors. Und natürlich ist das Ziel, durch Strukturveränderungen in überschuldeten Staaten für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu sorgen, glaubwürdige Zukunftsperspektiven für die Wirtschaft zu erzeugen, Staatsschulden abzubauen und ihre Neuaufnahme grundsätzlich zu begrenzen.

**Frankreich will den Rettungsschirm über die Europäische Zentralbank ausstatten, Deutschland pocht auf die Geldwertstabilität: Welche Perspektive hat der Euro, wenn selbst die beiden größten Euro-Länder sich nicht einig sind?**

In einer solchen schwierigen Frage ist es nur zu natürlich, dass man von unterschiedlichen Positionen ausgehen muss. Ich bin aber sicher, dass die Notwendigkeit einer Einigung zu einem vernünftigen Kompromiss führen wird. Die EU, insbesondere die EZB, muss für Geldwertstabilität stehen, gleichzeitig stärkt eine gemeinsame Währung den Binnenmarkt, sichert Arbeitsplätze und nützt für unsere Rolle in der Welt.

**Ist Europa mit seinen Institutionen und der Mitsprache der nationalen Parlamente zu langsam für eine Krise wie die Finanzkrise?**

Die Institutionen der EU zu stärken wird nur über eine Ausdehnung der Gemeinschaftsmethode mit Mehrheitsabstimmungen möglich sein. Die parlamentarische Mitwirkung durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente gegenüber ihrer jeweiligen Regierung ist notwendig. Dabei müsste es aber so gehandhabt werden, dass die Handlungsfähigkeit Europas nicht gefährdet wird. Deshalb ist es auch gut, dass der Bundestag auch für eilige Fälle den Neuner-Ausschuss schnell besetzt.

**Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Teilen Sie diese Auffassung?**

Bei einem Scheitern des Euro müssten wir mit einer Weltwirtschaftskrise mit katastrophalen Folgen, wie der Vernichtung von Millionen von Arbeitsplätzen, rechnen. Wenn der Euro scheitert, würde auch der europäische Binnenmarkt – und damit die Basis des europäischen Erfolgs – am Ende sein. Europa würde scheitern und belanglos werden.

**Setzt die Politik eigentlich die Regeln? Oder ist sie Getriebene der Finanzmärkte?**

Wir dürfen keine Politik betreiben, die ökonomisch unsinnig ist. Auf der anderen Seite kann es nicht sein, dass der Finanzsektor nicht in gleicher Weise geregelt ist wie andere Wirtschaftsbereiche. Wir müssen vorankommen mit der Regulierung des Finanzmarktes, übrigens nicht nur auf europäischer, sondern auch auf globaler Ebene. Deshalb ist das G-20-Treffen der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer Anfang

»Mehr Kompetenz für die EU«

ELMAR BROK Die Gemeinschaft ist kein Staat, aber sie muss handlungsfähiger werden, sagt der christdemokratische Europaparlamentarier



**Martin Schulz, der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europaparlament, hat an dieser Stelle in der vergangenen Ausgabe gesagt, er wolle eine europäische Wirtschaftsregierung, aber nicht die „Wirtschaftsregierung von Sarkozy und Merkel“. Was wollen Sie?**

Wir brauchen Entscheidungsfähigkeit und eine sinnvolle Koordinierung auf der europäischen Ebene. Wir werden nicht von jetzt auf gleich die Kompetenzen verändern können. Aber dass wir mit einer solchen Wirtschaftsregierung die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Mitglieder, die Steigerung der Produktivität und notwendige Strukturveränderungen durchsetzen, ist von großer Bedeutung.

**Wer würde eine solche Wirtschaftsregierung kontrollieren? Welche Rolle soll das Europäische Parlament spielen?**

Die Wirtschaftsregierung muss in die Gemeinschaftsinstitutionen eingebunden sein. Manche Bereiche intergouvernementalen Handelns werden schon länger durch das Europäische Parlament kontrolliert. Aber immer wenn nationales Geld für einen Rettungsschirm verwendet wird, ist die Kontrolle natürlich Aufgabe jedes einzelnen nationalen Parlamentes. Wir dürfen hier nicht zu einem Wettbewerb kommen zwischen Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten. Wir müssen bei gemischten Zuständigkeiten eine Kontrolle wahrnehmen, indem wir eine enge Kooperation erzielen, um die parlamentarischen Ansprüche zu gewährleisten.

**Sie haben gemeinsam mit Ihrem Fraktionskollegen Werner Langen die Vision einer Europäischen Konföderation bis 2020 skizziert – mit einem gewählten EU-Präsidenten an der Spitze. Die „Vereinigten Staaten von Europa“ – ist das Ihre Antwort auf die Krise?**

Die Europäische Union wird kein Staat sein, aber sie handelt im Rahmen ihrer Kompetenzen nach den Prinzipien und den Verfahren eines Bundesstaates. Aber sie braucht auch Handlungsfähigkeit, um den Herausforderungen wie Globalisierung, Energiesicherheit, Klimawandel und eben auch der Regulierung der Finanzmärkte entgegenzutreten zu können. In diesen Bereichen brauchen wir mehr Zuständigkeit für Europa, ohne dass dadurch Kernfragen nationaler Zuständigkeit gefährdet werden. Der Nationalstaat bleibt weiterhin der souveräne Träger der Europäischen Einigung.

**Stellt sich nicht ganz grundsätzlich die Frage nach der Eigenständigkeit der Mitgliedsstaaten? Sind Parlamente und Regierungen überhaupt bereit, Souveränität nach Brüssel abzugeben?**

Viele der debattierten Souveränitätsrechte sind ja im Laufe der Zeit in die Zuständigkeit der EU gegeben worden, um durch gemeinsames Handeln ein größeres Maß an Durchsetzung von Interessen erreichen zu können. Es geht jetzt um die Frage, wie wir dies in einer sinnvollen Weise nutzen: Wie bringen wir etwa ein höheres Maß an Handlungsfähigkeit, einen gemeinsamen politischen Willen der Mitgliedsstaaten zustande? Auf der anderen Seite müssen wir nüchtern analysieren: Wer kann was besser? Wo der Nationalstaat im globalen Wettbewerb an seine Grenzen stößt, kann Europa einspringen. Und was der Nationalstaat leisten kann, davon soll Europa die Finger lassen. Das bedeutet auch, dass wir in Brüssel begreifen müssen, dass wir nicht jedes Detail zu regeln haben, sondern uns auf das Wesentliche konzentrieren.

Das Interview führte Alexander Heinrich.

Elmar Brok (65) sitzt seit 1980 für die CDU im Europäischen Parlament. Er ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP).

November in Cannes von so großer Bedeutung.

**Die Euro-Staaten wollen einen Schuldenstopp für Griechenland. Reicht das, um dem Land auf die Beine zu helfen?**

Es reicht nicht aus, aber es ist eine wichtige Bedingung. Wir sehen im Falle Griechenlands, wie die Rückzahlung von Schulden und die Finanzierung von Zinsen ein Land ökonomisch regelrecht abwürgen kann.

Wichtig ist, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland in Gang gesetzt wird. Dazu gehören entsprechende Strukturereformen, Privatisierungen von Staatsunternehmen und die Öffnung von Branchen für den Wettbewerb. Außerdem müssen die europäischen Mittel vernünftig eingesetzt werden: 16 Milliarden Euro stehen den Griechen noch aus den Europäischen Strukturfonds zu. Diese Mittel müssen genutzt werden für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Hamburger aus Spandau: Swen Schulz

Sein Name ist Schulz. Swen Schulz. Der klingt ausgesprochen ganz gewöhnlich. Die Schreibweise seines Vornamens indes ist eher ungewöhnlich. Bis zur vergangenen Woche war Swen Schulz ein ganz gewöhnlicher Abgeordneter. Seit gut neun Jahren sitzt er für die SPD-Fraktion im Bundestag und war dabei bisher so unauffällig wie sein Name. Bis Schulz mit seiner Anknüpfung, möglicherweise Verfassungsklage gegen das neue Sondergremium zur Kontrolle des Euro-Rettungsschirms EFSF zu erheben, seinen Namen Schwarz auf Weiß in den Schlagzeilen wiederfand. Zunächst aber muss er erklären, wie das „w“ in seinen Vornamen kam: „In meinem Geburtsjahr 1968 war Swen ein sehr verbreiteter Name. Meine Eltern fanden ihn schön, dachten sich aber, wenn schon so ein Allerweltsname, dann müssen sie etwas Besonderes einbauen.“ Natürlich, fügt er hinzu, führe die Schreibweise dazu, dass ihn Mails nicht erreichen, weil die Absender seinen Vornamen in der Adresse falsch schreiben. Trotzdem sei Swen mit „w“ ein „bisschen was Besonderes“. Besonders groß sei das mediale Interesse an seiner Person in der vergangenen Woche aber nicht gewesen, sagt Schulz. Das ist für ihn auch völlig logisch. Mit der gleichen Medienresonanz wie auf einen Bosbach oder einen Schäffler könne er nicht rechnen, denn „das Interessante bei denen ist ja, dass sie aus den eigenen Reihen gegen die Kanzlerin schießen beziehungsweise gegen die Parteiführung. Und das ist das medial Spannende. Was irgendein Oppositionspolitiker meint, ist doch Nebensache.“

In den eigenen Reihen scheint es, zumindest in der Führungsetage, eine klare Haltung zu geben, sagt Schulz: „Die Fraktionsspitze hat mir mitgeteilt, dass sie eine Klage für nicht aussichtsreich hält und auch nicht unterstützen würde.“ Dennoch, fügt er hinzu, werde sein Engagement akzeptiert. Trotzdem hat er noch nicht endgültig beschlossen, wie er weiter vorgeht. „Das ist eigentlich gar nicht mein Fachgebiet; ich bin weder Jurist noch



© Ulf Achim Malik

**»Ich habe zuvor noch nie im Traum daran gedacht, selbst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen zu wollen.«**

Haushälter noch Europa-Politiker.“ Aber: „Natürlich interessiere ich mich für die Rechte der Abgeordneten und der Rolle des Bundestages und somit für die Bürgerinnen und Bürger, für die ja stellvertretend die Entscheidungen zu fallen sind“, begründet er sein aktuelles Engagement. Deshalb habe er beim Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages um eine Stellungnahme gebeten. „Und das Ergebnis ist, dass auch der Wissenschaftliche Dienst Bedenken hat, was die Verfassungskonformität des neuen Gremiums betrifft.“ Jetzt will Schulz Stellungnahmen von weiteren Experten einholen um einzuschätzen, ob der Gang nach Karlsruhe

Erfolgsaussichten hat: „Ich habe zuvor noch nie im Traum daran gedacht, selbst ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts herbeiführen zu wollen. Ich weiß gar nicht, wie das geht“, sagt er. Der studierte Diplompolitologe schnupperte direkt nach seinem Studienabschluss im Jahr 1993 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des SPD-Abgeordneten Wolfgang Behrendt erste Bundestagsluft. Bereits als Schüler war Schulz 1986 in die SPD eingetreten, damals noch in seiner ursprünglichen Heimat Hamburg. Zum Studium ging er nach Berlin. Heute heißt sein Wahlkreis Berlin-Spandau. 2002 und 2005 zog er mit einem Direktmandat in den Bundestag ein, nur 2009 musste er sich dem Direktkandidaten der CDU-Fraktion geschlagen geben. Im Bundestag ist Schulz Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung; zudem stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss. Auch wenn sein Lebensmittelpunkt seit Langem in der Hauptstadt liegt: Schulz bleibt Hamburger. „In Hamburg habe ich meine Wurzeln, ich bin HSV-Fan, ich bin sogar HSV-Mitglied.“ In seinem Abgeordnetenbüro in Berlin-Mitte ist das nicht zu übersehen: Ein Kissen seines Lieblingsfußballvereins zielt das kleine Sofa. Dann relativiert er: „Ich bin auch Berliner, weil ich hier studiert habe, hier arbeite, hier meinen Wahlkreis habe und hier Abgeordneter bin.“ Der HSV ist übrigens am 28. Januar 2012 bei der Berliner Hertha zu Gast. Wahrscheinlich ein fixer Termin im Kalender des Swen Schulz – wenn er dann nicht gerade auf dem Weg nach Karlsruhe ist. Verena Renneberg

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
**Aus Politik und Zeitgeschichte**  
ISSN 0479-511 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

**Anschrift der Redaktion**  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

**Chefredakteur**  
Jörg Biallas (jbi)

**Verantwortliche Redakteure**  
Dr. Bernard Bode (bob)  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stellv. CvD  
Michael Klein (mik)  
Hans Krump (kru), CvD  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Monika Piliath (mpi)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

**Fotos**  
Stephan Roters

**Redaktionsschluss**  
21. Oktober 2011

**Druck und Layout**  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4-6  
64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen-/Vertriebsleitung**  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main

**Leserservice/Abonnement**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

**Anzeigenverkauf**  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: [kortmann@fs-medien.de](mailto:kortmann@fs-medien.de)

**Anzeigenverwaltung, Disposition**  
Zeitungsanzeigengesellschaft  
RheinMainMedia mbH  
Andreas Schröder  
Frankenallee 71-81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-41 33  
Telefax (0 69) 75 01-41 34  
E-Mail: [parlament@rheinmainmedia.de](mailto:parlament@rheinmainmedia.de)

**Abonnement**  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwartete Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterzwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Vor dem Platzen: Der Bulle – im Bild die bekannte Statue vor der Frankfurter Neuen Börse – nimmt den Ballon der aufgeblähten Finanzprodukte gleich auf die Hörner.

# Kapital ohne Fesseln

**FINANZKRISE** Wie die Politik auch in Deutschland riskanten Bankprodukten den Weg ebnete. Alle wollten am großen Rad drehen

Die Wut der Bürger wächst. Hunderttausende gingen vor wenigen Tagen auf die Straße. Von New York über London, Rom, Madrid bis Berlin, Frankfurt und München reichte die Liste der Städte, in denen Menschen gegen die Macht der Banken und internationalen Finanzmärkte demonstrierten. Zum Teil eskalierte der Protest sogar wie in Rom. Auf 950 Protestaktionen in mehr als 80 Ländern summieren sich die Aktionen der letzten Wochen. Ihr einheitliches Motto: Der Kapitalismus hat versagt und Banken müssen zwangsverstaatlicht oder zumindest aufgeteilt werden. Doch ist der moderne, vornehmlich aus Amerika und England zu uns gekommene internationale Finanzkapitalismus wirklich am Ende? Spielen die Banken nur mehr Roulette auf den Weltfinanzmärkten?

Es tut gut, dann, wenn sich die Emotionen überschlagen, einen Blick zurück zu werfen. Nicht unbedingt nach Amerika wo der unselige Weg der faulen amerikanischen Immobilienkredite hin zu den strukturierten und verbrieften Anleihen, die am Ende bei einem biedereren deutschen Landesbanker landeten, oft genug beschrieben worden ist. Nein, kehren wir vor der eigenen Haustür und gehen wir der Frage nach, wie und vor allem warum Hedgefonds, Kreditausfallversicherungen, Leerverkäufe, Derivate und vor allem die unheilige Macht von Investmentbanken und Ratingagenturen in den letzten Jahren scheinbar wie aus dem Nichts über uns gekommen sind.

**Shareholder Value als Prinzip** Der Einzug dessen, was selbst ein so kluger Beobachter wie der renommierte deutsche Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn mit dem Wort vom „Kasino-Kapitalismus“ als Buchtitel bezeichnet, hat viel mit den Veränderungen in Deutschland in den letzten ein, zwei Jahrzehnten zu tun. Damals wandelte sich unter dem Stichwort der Globalisierung das, was man gerne als „Deutschland-AG“ bezeichnet hatte. Ihr Ende wurde am deutlichsten Anfang 2000 absehbar, als der britische Mobilfunker Vodafone Mannesmann kaufte. Die lange Jahre bestehende enge Klammer zwischen Unternehmen, Banken und Versicherungen veränderte dies nicht. Auch nicht die Allianz und die Deutsche Bank, in deren Beteiligungsportfolios bis dahin das Who's Who der deutschen Wirtschaft vertreten gewesen war. Eine neue Generation an der Spitze von Deutschlands führenden Konzernen wollte sie nicht mehr. Zum ersten Mal wurde der Shareholder Value erstmals wirklich in Deutschland betrieben. Und das nicht ohne Erfolg: Von der starken internationalen Ausrichtung profitieren die deutschen Firmen in diesen Jahren besonders. Der Boom in Schwellenländern und die beständig steigende Nachfrage aus China lässt besonders die deutsche Wirtschaft bis heute jubeln: Mittelständler und Konzerne rüsten erfolgreich die Welt mit Anlagen, Maschinen und Infrastruktur aus.

**Grenzüberschreitendes Kapital** Hinzu kam die „New Economy“. Erinnert man sich heute noch an einen Namen wie den von

Thomas Haffa? Er trieb das kleine Medienunternehmen EM.TV erst auf einen Börsenwert von sechs Milliarden Euro, bevor im Jahr 2000 die Börsenblase platzte. Und was für die Unternehmen galt, galt erst recht für die Banken. Sie drängten – nicht zuletzt unter dem Druck einer wachsenden Globalisierung – hinaus in die Welt. Auch, mit Verspätung, die deutschen Banken. Das hat viel mit der zunehmenden Integration der einzelnen nationalen Finanzmärkte in das Weltfinanzsystem zu tun, die heute viel stärker als jemals zuvor eine „unkündbare Risikogemeinschaft“ bilden. Die grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalströme machen inzwischen ein Vielfaches der realwirtschaftlichen Ströme aus. So setzte ein zunehmender Wettbewerb zwischen den bedeutenderen Finanzplätzen der Welt ein, der darauf abzielte, den internationalen Geldbewegungen und anderen Finanzaktivitäten, an sich zu ziehen.

**Große Parketts im Visier** Denn bis dahin war der Kapitalmarkt der Bundesrepublik, immerhin die damals drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, bestenfalls belächelte Provinz. Die Börse in Frankfurt am Main konnte in keiner Weise mit den großen internationalen Finanzzentren wie Tokio, New York oder London mithalten. Ausländische Kapitalanleger mieden Deutschland weitgehend. Sogar einheimische Standardwerte wie Daimler-Aktien oder Bundesanleihen wurden häufiger in London als in Frankfurt gekauft. Das – so die Politik – sollte sich ändern. Grundlegend. Und es hat sich geändert. Heute plant das Unternehmen „Deutsche Börse“, nach Versuchen, die Londoner Stock Exchange und die italienische Börse zu übernehmen, den Zusammenschluss mit der New Yorker Euronext. Frankfurt geht an die Wallstreet. Daran lässt sich ableiten, welch weiter Weg in den letzten zehn Jahren zurückgelegt wurde. Mit Unterstützung und ausdrücklicher Förderung durch die Politik. Den An-

fang dazu machte – erinnert sich heute, wo wir über die europaweite Einführung einer Finanztransaktionssteuer diskutieren, noch jemand daran? – Bundeskanzler Helmut Kohl, als er 1991 in Deutschland die Börsenumsatzsteuer abschaffte. Sie behinderte, so hieß es bis vor wenigen Jahren noch, die Mobilität des Finanzkapitals und liefe – im

**Parlamännchen**  
Politik für Kinder

**Euro**

Der Euro ist das Geld, mit dem wir in Deutschland und in 16 weiteren Ländern in Europa zahlen. Dieses Geld wird auch Währung genannt: der Euro ist die Währung Europas. Das war nicht immer so. Der Euro ist noch sehr jung, am 1. Januar 2012 wird er erst zehn Jahre alt. Vor dem Jahr 2002 hatte jedes Land noch seine eigene Währung: Deutschland hatte zum Beispiel die D-Mark, Italien die Lira, Holland den Gulden oder Frankreich den Franc. Dann haben die europäischen Länder festgestellt, dass ein gemeinsames Geld vieles einfacher macht. Ein Deutscher muss zum Beispiel kein Geld mehr umtauschen, wenn er nach Italien oder Griechenland in den Urlaub fährt.

nationalen Alleingang – einer europäischen Integration der Finanzmärkte zuwider. Ein Jahr später holte Kohl die Europäische Zentralbank EZB nach Frankfurt, sein Finanzminister Theo Waigel legte ein „Konzept Finanzplatz Deutschland“ vor und die Bafin, die Bundesanstalt für die Aufsicht über Finanzdienstleistungen, wurde gegründet. Innerhalb kürzester Zeit konnte sich zudem die Deutsche Terminbörse, die erst 1990 ihre Tätigkeit aufgenommen hat, im Optionsbereich relativ rasch den ersten Rang in Europa erobern. „Ich bin erfreut“, so der damalige Vorstand der Dresdner Bank, Gerhard Eberstadt, „dass die Politik dem Kapitalmarkt endlich den Stellenwert einräumt, den er verdient“.

**Eichels Finanzmarktplan** Deutschland und die Deutschen erlangen einem Börsenrausch und die Politik dem, was sie bis heute gleich

in mehreren – nomen est omen – „Finanzmarktförderungsgesetzen“ zur Erleichterung dazu beitragen konnte. 1996 ging die Deutsche Telekom erstmals an die Börse. 1,9 Millionen Bundesbürger zeichneten sie, 650.000 Privatanleger investierten dabei zum ersten Mal ihr Geld an der Börse. 2000 folgte – vielfach überzeichnet – Infineon, danach reihte sich ein Börsengang an den anderen. Geholfen hat dabei nicht zuletzt die seit 2001 geltende steuerfreie Veräußerung von Beteiligungsgewinnen. Die von Rot-Grün eingeführte Regelung motivierte zahlreiche Unternehmen, Tochtergesellschaften zu verkaufen. Dadurch erhöhte sich der Streubesitz bei den Anteilsscheinen der Konzerne. Zwei Jahre später, 2003, legte der damalige Finanzminister Hans Eichel (SPD) dann einen „Finanzmarktförderplan“ vor. Damit wollte er nicht zuletzt schrittweise moderne Anlageinstrumente einführen und Geldhäusern den Umgang mit Kreditrisiken erleichtern. Risiken und Forderungen sollten leichter als Wertpapier am Kapitalmarkt gebündelt, „verbrieft“ und in handelbare Anleihen umgewandelt werden können. Dies verschaffe, so der Minister damals, den Banken Luft für die Vergabe weiterer Kredite, weil das eigene Kapital auf diesem Weg entlastet würde und es die Risiken minimiere.

**Boomende Hedge Funds** Darüber hinaus wurden Nachteile für ausländische Fondsgesellschaften abgeschafft und Hedgefonds in Deutschland zugelassen. „Der deutsche Finanzplatz ist mittlerweile reif genug, um mit alternativen Anlageinstrumenten umgehen zu können“, resümierte der Finanzminister, der sich ehrlicherweise sicherlich nicht zum damaligen Zeitpunkt vorstellen konnte, wie „erfindungsreich“ der Kapitalmarkt auf solche Einladungen seitens der Politik reagieren würde. Sehr schnell wurden diese so genannten „Asset Backed Securities“ (forderungsbesicherte Anleihen) erneut verpackt und dann von anderen Banken an eigens dafür gegründete Zweckge-

sellschaften – zum Beispiel in Irland – weiterverkauft. Diese wiederum finanzierten fortan den Kauf der Forderungen oft, indem sie selbst via Schuldverschreibungen kurzfristige Kredite aufnahmen. Ein Teufelskreislauf, der auch noch mit dem Gütesiegel der von der Politik hierzu ausdrücklich beauftragten, aber ebenfalls bis heute kaum beaufsichtigten Ratingagenturen versehen wurde. Und in der Tat: Die boomende Branche der Hedge Funds hatte sich vor allem im Ausland etabliert. An ihren Erfolgen wollten nun auch die deutschen Banken – bis hin zu den Landesbanken – teilhaben. Sie reagierten auf die neuen Umfeldbedingungen mit sogenannten Allfinanzstrategien, das heißt mit dem Angebot praktisch aller gängigen Finanzdienstleistungen aus einer Hand, und trugen so innerhalb kürzester Zeit zum dynamischen Wachstum der außerbörslichen Märkte in derivativen Finanzinstrumenten bei, die heute von den Aufsichtsbehörden so kritisch beurteilt werden.

**Die großen Finanziers** Begünstigt wurde diese Entwicklung durch weltweit reichlich verfügbare Liquidität sowie durch Leistungsbilanzungleichgewichte auf globaler Ebene und innerhalb des Euroraums. Ohne diese Faktoren wären der massive Schuldenzuwachs privater Haushalte und die Aufblähung der Immobilienpreise in den USA und in einigen Euromitgliedsländern kaum möglich gewesen. Es ist deshalb auch kein Wunder, dass der Großteil der bis heute immer noch unregulierten Hedgefonds in den USA angesiedelt ist, das meiste Kapital aber bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise aus Europa kam. Denn zur Finanzierung ihres riesigen Haushaltsdefizits haben die Amerikaner jedes Jahr Wertpapiere im Betrag dieser Defizite ins Ausland gedrückt. China, Japan und Deutschland wurden so die drei großen Finanziers der Weltkapitalmärkte. Doch während China überwiegend so schlau war, amerikanische Staatsanleihen zu kaufen, um die sich Peking heute Sorgen macht, wurden die Amerikaner in Europa auf breiter Front fündig. Vor allem in Deutschland stießen sie dabei auf einen Finanzmarkt, der keine vor allem von der Politik unterstützte Tradition in der Bankenaufsicht hatte und auf den globalen Kapitalmärkten glaubte, endlich Versäumtes so schnell wie möglich aufholen zu müssen. Und vor allem auf Bankhäuser ohne eigentliches Geschäftsmodell, die mit am großen Finanzrad drehen wollten.

**Boni als Antrieb** Dass sich dies bis zum Ausbruch der Immobilienkrise 2007 in den USA immer schneller drehte, hatte viel damit zu tun, dass sich die Amerikaner am Ende mit immer niedrigeren Preisen für immer waghalsigere Finanzprodukte zufriedengeben mussten, die immer höhere Renditen erbringen sollten. Dabei stießen sie auf Banker in Deutschland und andernorts, die ebenfalls hohe Renditen erzielen wollten – nicht zuletzt, weil davon die Höhe ihrer eigenen Boni abhing. Ein Teufelskreis begann, den heute nur mehr einer durchbrechen kann: die Politik.

Christoph Birnbaum  
Der Autor ist Wirtschaftsjournalist in Bonn

## GEFAHR FÜR DIE MÄRKTE

Gleich mehrere Maßnahmen werden diskutiert, um die stark schwankenden Finanzmärkte in ruhigeres Fahrwasser zu bringen und die heftigen Ausschläge an den Börsen nach oben und unten (Volatilität) in Zukunft zu begrenzen. Eine Übersicht:

**Finanztransaktionssteuer:** Sie gilt als die wichtigste Maßnahme zur „Entschleunigung“ der Märkte. Die Steuer soll bei jedem Kauf oder Verkauf von Wertpapieren fällig werden. In Modellen wurden Steuersätze von 0,01 und 0,05 Prozent gerechnet, was den Kauf oder Verkauf einer Anleihe von 1.000 Euro um zehn beziehungsweise 50 Cent verteuern würde. Da an den Börsen Wertpapiere oft im Sekundentakt hin- und hergeschoben werden, wird ein Milliardenaufkommen durch eine Transaktionssteuer erwartet. Die EU geht sogar von 55 Milliarden Euro im Jahr aus.

**Leerverkaufsverbot:** In Deutschland gibt es bereits das Verbot der ungedeckten Leerverkäufe. Bei dem Modell verkauft ein Händler ein Papier, das er gar nicht besitzt, in Erwartung fallender Kurse. Wenn die Kurse tatsächlich fallen, kauft er das Papier zu einem niedrigeren als dem Verkaufskurs ein und liefert dem Käufer das Papier. Die Differenz ist der Gewinn des Händlers. Ungedekte Leerverkäufe werden als Wetten angesehen, die keinem vernünftigen Zweck dienen.

**Risikopapiere:** In Deutschland sind den Verbriefungen von Krediten, die die Finanzkrise mit verursacht hatten, bereits enge Grenzen gesetzt worden. Bei Verbriefungen handelt es sich um die Zusammenfassung von guten und schlechten Krediten in einen Fonds, der dann in Teilen als Geldanlage verkauft wird. Aber viele Länder haben sich der deutschen Initiative nicht angeschlossen. Außerdem stehen „Derivate“ im Verdacht, Finanzkrisen auszuweiten. Derivate sind Termingeschäfte auf Waren oder Wertpapierkursen. Der Käufer wettet damit auf steigende oder fallende Preise und Kurse.

**Versicherungen:** Credit Default Swaps (Kreditausfallversicherungen) gelten ebenfalls als großes Risiko. Damit sichern sich Käufer gegen einen Verlust ihrer gekauften Papiere wie Staatsanleihen ab. Der Handel mit diesen CDS hat sich längst verselbstständigt und gilt als krisenverdächtig.

**Bankentrennung** (siehe auch Kommentare Seite 2) Als Risiko für die Finanzwirtschaft werden große Banken angesehen, die von der Kreditvergabe bis zum Investmentbanking alle Geschäftsfelder unter einem Dach vereinen. Vorgeschlagen wird, den Investmenthandel mit Wertpapieren und Derivaten abzutrennen. Dann könnten Verluste aus dem Wertpapierbereich nicht auch die Tätigkeit von Geschäftsbanken treffen. Andererseits handelte es sich beim US-Finanzinstitut Lehman Brothers, mit dessen Zusammenbruch die jüngste Krise begann, um eine reine Investmentbank.



Demonstranten protestieren in Washington gegen die Macht der Banken und Finanzmärkte.

**KURZ NOTIERT**

**Opposition für Aufstockung des Hochschulpakts**

Zwei Oppositionsanträge zum Hochschulpaket sind am Donnerstag im Plenum an die zuständigen Ausschüsse verwiesen worden. Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag (17/7340) auf, mit einem „Hochschulpaket Plus“ zusätzliche Studienplätze zu schaffen und das Masterangebot auszubauen. Der Weg zum Master solle allen Bachelor-Studenten offen stehen, schreibt die Fraktion. Zudem soll der „Ausgabendeckel“ für die Bundesmittel im Hochschulpaket II angehoben und Mehrmittel für mindestens 50.000 zusätzliche Studienplätze bereit gestellt werden. Die Fraktion Die Linke will den Hochschulpaket ebenfalls aufstocken. In ihrem Antrag (17/7341) spricht sie sich dafür aus, die Zahl der zusätzlich zur Verfügung gestellten Studienplätze für das grundständige Studium auf mindestens 500.000 Plätze zu erhöhen. *tyh*

**Koalition will Regeln zum BAföG-Teilerlass ändern**

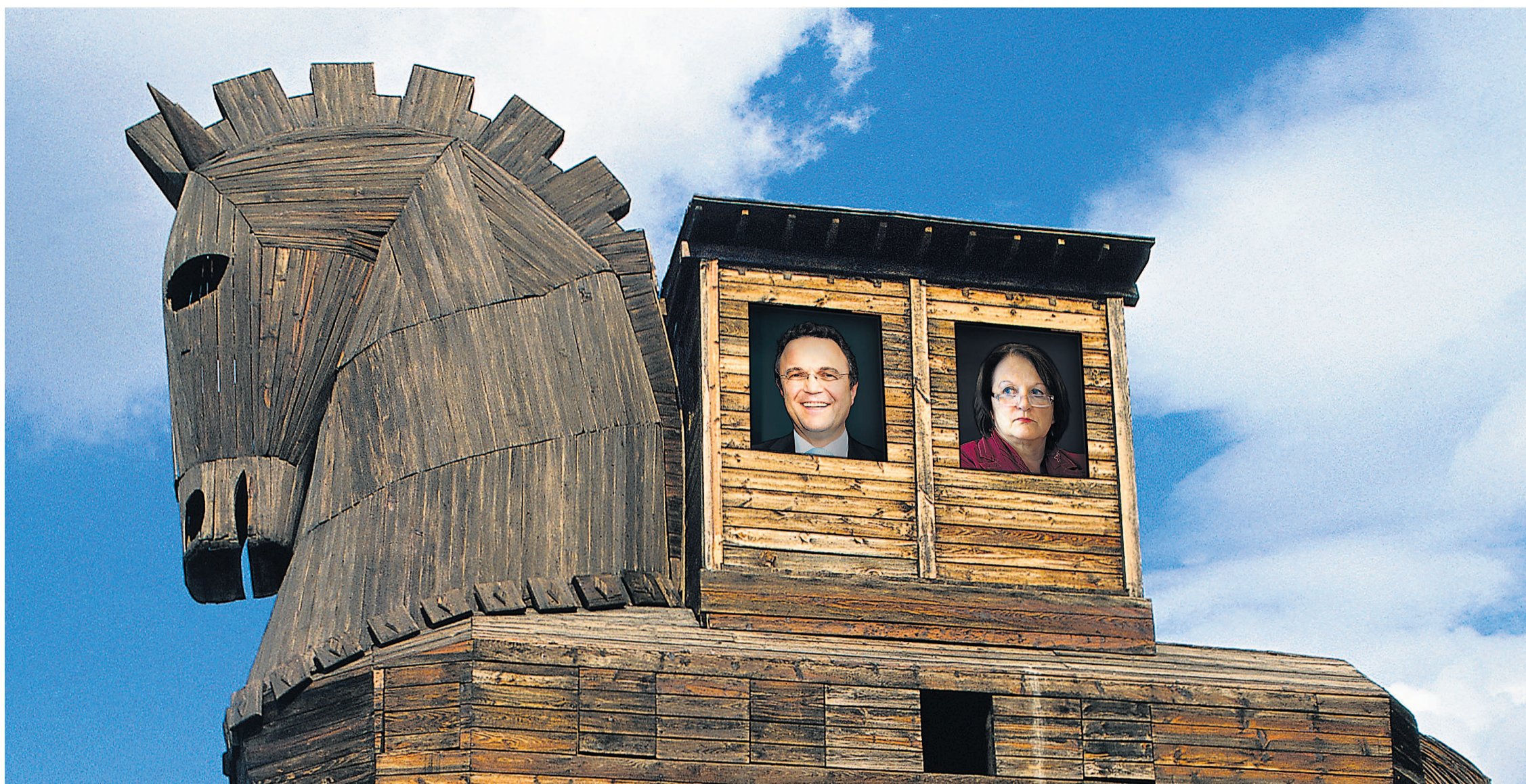
Studenten sollen künftig auch dann einen Darlehensteilerlass nach dem BAföG bekommen, wenn sie ihr Studium vor Ende der Mindeststudienzeit beendet haben. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen (17/7334) wurde am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse verwiesen. Hintergrund ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Im Juni dieses Jahres hatten die Richter es für verfassungswidrig erklärt, dass nach geltender Regelung eine Gruppe von Studierenden allein deshalb nicht vom Teilerlass profitieren kann, weil sie damit die vorgeschriebene Mindeststudienzeit für ihren Studiengang unterschreiten würde. *tyh*

**Vorstoß gegen Missbrauch von Werkverträgen**

Die Fraktion Die Linke will den Missbrauch von Werkverträgen als Mittel zum Lohndumping verhindern. In einem Antrag (17/7220), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages stand, fordert sie die Bundesregierung zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfs auf. Werkverträge würden von den Unternehmen zunehmend als Alternative zur Leiharbeit und als strategisches Mittel zur Deregulierung eingesetzt werden, begründet die die Abgeordneten ihren Vorstoß. *che*

**»Open Access«-Prinzip im Wissenschaftsbereich fördern**

Das „Open Access“-Prinzip im Wissenschaftsbereich soll nach dem Willen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von der Bundesregierung gefördert werden. Wie aus ihrem Antrag (17/7031) hervorgeht, sehen die Abgeordneten in einigen Feldern Handlungsbedarf. So fordern sie beispielsweise, dass rechtliche Voraussetzungen für Open Access (offener Zugang) im Wissenschaftsbereich geschaffen werden. Außerdem müssten Benachteiligungen von Open-Access-Publikationen abgebaut werden, heißt es in dem Schreiben weiter. Open Access ermöglicht einen freien Zugang zu den Resultaten öffentlicher geförderter Forschung. Dies vereinfacht und beschleunigt den Antragstellern zufolge „den wissenschaftlichen Austausch, die Sichtbarkeit, den Zugriff, die Verarbeitung und die Verwaltung wissenschaftlicher Informationen“. *jcp*



Der Staat im Pferd des Odysseus: Im Streit um die Spähprogramme kommen von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und Justiz-Ressortchefin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) unterschiedliche Töne.

# Im Bann des Staatstrojaners

**INNERES** Weitere Aufklärung über die Software zum Abhören von Internet-Telefonaten gefordert

**D**er landauf landab heiß diskutierte Einsatz sogenannter Staatstrojaner war am vergangenen Mittwoch Hauptthema im Bundestag: Am Vormittag befassten sich der Innen- und der Rechtsausschuss mit der Kritik des Chaos Computer Club (CCC) an einer Trojaner-Version zum Abhören verschlüsselter Telefonate über das Internet (Quellen-TKÜ), wozu die Software mehr kann als erlaubt. Nach den Ausschusssitzungen beherrschte das Thema dann im Plenum die Fragestunde des Parlaments, bevor die Meinungen schließlich in einer zwischen allen Fraktionen vereinbarten Debatte erneut aufeinanderstießen.

**Debatte um Quellcode** Dabei hatte sich Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) schon im Innenausschuss entschieden gegen Unterstellungen gewandt, dass „unsere Beamte mehr machen, als sie dürfen“. Es sei rechtlich und technisch dafür gesorgt, dass „nur angeschaut werden kann, was angeschaut werden darf“, versicherte er und betonte, nach seinem Wissen hätten die ihm unterstellten Behörden die vom CCC kritisierte Software nicht eingesetzt. Auch der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Jörg Ziercke, verteidigte das Vorgehen seines Hauses bei der Quellen-TKÜ. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar wiederum zeigte sich in der Sitzung „schockiert“ über Zierckes Aussage, dass das BKA keinen Einblick in den Quellcode der von ihm genutzten Software genommen ha-

be. Nur durch eine Analyse der Quellcodes könne garantiert werden, dass die Software nicht über weitergehende Funktionalitäten verfügt. Nun soll Staats nach dem Willen des Ausschusses die Software überprüfen und dem Gremium darüber berichten. In der anschließenden Plenardebatte vertreten die Koalitionspartner CDU/CSU und FDP deutlich divergierende Positionen. Friedrichs Parlamentarischer Staatssekretär Ole Schröder (CDU) verteidigte in der aktuellen Stunde den Einsatz von Staatstrojanern und betonte, die Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) sei ein unverzichtbares Hilfsmittel im Kampf gegen Terrorismus und Organisierte Kriminalität. Da heutzutage zunehmend über den Computer telefoniert werde, setze man die Quellen-TKÜ ein, da die Kommunikation nur auf dem Rechner des Verdächtigen unverschlüsselt vorliege. Vorwürfe, dass der Bund Software einsetze, „die mehr kann als Quellen-TKÜ“, seien „schlichtweg falsch“. Die Telekommunikationssoftware der Bundesbehörden „macht keine Screenshots und bedient sich auch keiner Bildschirmdaten oder Mikrofone“, betonte Schröder. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) sagte, man müsse erst einmal den technischen Sachverhalt aufklären. „Keiner von uns kann im Moment mit absoluter Sicherheit sagen: Wir kennen jede Einzelheit der Technik, die hier im Bund und vor allen Dingen in allen Ländern zum Einsatz kam“, fügte die Ressortchefin hinzu. Klar sei, dass eine Quellen-TKÜ nicht in eine Online-Durchsuchung übergehen dürfe, „auch nicht unbewusst

durch technische Möglichkeiten“. Das Bundesverfassungsgericht habe 2008 „ganz deutlich gemacht, dass es kein Verwischen dieser beiden Ermittlungsmöglichkeiten geben darf“. Der FDP-Abgeordnete Jimmy Schulz warnte, der Einsatz von Trojanern beruhe grundsätzlich die Gefahr des Missbrauchs. „Deswegen: Lassen wir, was die TKÜ angeht, die Finger von Trojanern.“ Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl verwies darauf, dass immer mehr Kriminalität im Netz stattfindet. Der Staat müsse dafür sorgen, dass er diesen Tätern im Internet auf die Spur kommt. „Dazu gibt es die Quellen-

TKÜ. Wir werden sie auch in Zukunft anwenden“, unterstrich Uhl. Er vermutete zugleich, dass bei den anstehenden Untersuchungen „herauskommen wird, dass sich kein Beamter rechtswidrig verhalten hat“. Man werde sagen, die Software der Quellen-TKÜ „kann sehr viel mehr, als sie darf, aber stellt, die von Dritten missbraucht werden können, um die Durchsuchten zusätzlich auszuforschen“. Auch sei zu fragen, wer die Software produziere. „Wenn schon Staatstrojaner, dann bitte vom Staat und nicht von einer privaten Firma“, forderte Oppermann. Natürlich sei es möglich, auch auf privates Knowhow zurückzugreifen, doch müsse der Staat „in allen Phasen die vollständige technische Kontrolle behalten“. Für die Linksfaktion forderte ihr Abgeordneter Jan Korte einen „kompletten Stopp des Einsatzes von Trojanern“. Auch müsse man die „Privatisierung im Bereich der Inneren Sicherheit zurückdrängen“. Sie sei eine staatliche Hoheitsaufgabe und dürfe nicht an externe Firmen vergeben werden, die nicht zu kontrollieren seien. Der Grünen-Parlamentarier Konstantin von Notz monierte, es sei offen, wie viele Trojanernersionen „eigentlich wo genau im Umlauf“ seien. Gleiches gelte für die Frage, wie sichergestellt werde, dass der Trojaner rechtskonform sei, wenn die Regierung den Quellcode der Software nicht kenne. Auch auf die Frage, wieso ein solch „grundrechtssensibler Bereich“ an eine private Firma ausgelagert werde, habe die Regierung keine Antwort gegeben. Künftig will der Bund selbst Software für die Quellen-TKÜ entwickeln, wie Innenminister Friedrich einen Tag nach der Bundestagsdebatte ankündigte. Dazu soll beim BKA ein „Kompetenzzentrum“ eingerichtet werden, sagte Friedrich nach einer Telefonschaltkonferenz mit seinen Länderkollegen. Die habe er eingeladen, sich an neuen Einrichtung zu beteiligen. *Helmut Stoltenberg*



Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar soll Bundestrojaner überprüfen.

## Disput um Antiterrorgesetz

**GEHEIMDIENSTE** Verlängerung von Befugnissen ist umstritten

Die geplante Verlängerung der sogenannten Antiterrorgesetze stößt bei Experten auf ein unterschiedliches Echo. Dies wurde in der vergangenen Woche bei einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zum entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6925) deutlich. Damit sollen die Ergebnisse der im Terrorismusbekämpfungsgesetz (TBEG) von 2007 vorgesehenen Evaluierung der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erweiterten Befugnisse der Sicherheitsbehörden umgesetzt werden. Die Befugnisse sind bis zum 10. Januar 2012 befristet. Dem Entwurf zufolge sollen einige Regelungen künftig entfallen und die übrigen nach dem TBEG befristet „Eingriffsbefugnisse und Regelungen, die sich als unverzichtbar erwiesen haben“, weitere vier Jahre erhalten bleiben. Laut Vorlage sollen die Geheimdienste des Bundes künftig Auskünfte zu Flugbuchungen auch von zentralen Buchungstellen einholen können. Außerdem soll ihnen die Abfrage von Kontostammdaten von Betroffenen ermöglicht werden. Zum Ausbau der parlamentarischen Kontrolle soll die Mitwirkung der sogenannten G 10-Kommission des Bundestages ausgeweitet werden. Nach Ansicht des Rechtswissenschaftlers Ulrich Battis ist die Vorlage insgesamt „po-

sitiv zu bewerten“. Dieter Kugelmann von der Deutschen Hochschule der Polizei fand den Gesetzentwurf „in der Grundaussicht begründenswert“. Der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Alexander Eisvogel, bezeichnete den Entwurf „in seiner Gesamtheit als sehr gelungen“. Heinrich Amadeus Wolff von der Europa-Universität Viadrina betonte, man müsse sehen, ob die G 10-Kommission noch hinreichend ausgestattet sei. Der Staatsrechtler Martin Kutscha bezweifelte, dass Terrorismus die im Grundgesetz genannten Rechtsgüter, die vom Verfassungsschutz geschützt werden sollen, „im Normalfall beeinträchtigt“. Der „home grown terrorism“ schein ihm ein Fall schwerer Kriminalität zu sein, für den die Polizei zuständig sei. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar bemängelte, dass durch zusätzliche Befugnisse des Verfassungsschutzes offensichtlich polizeiliche Tätigkeit erleichtert werden solle, die möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt erfolge. Der Verfassungsschutz sei aber nicht der „verlängerte Arm der Polizei“. Der Freiburger Professor Ralf Poscher mahnte, wenn Geheimdiensten „die Befugnis eingeräumt werden soll, mit polizeilichem Befehl zu handeln“, müsse ihre parlamentarische Kontrolle genauso weit greifen. *sto*

## »Verharmlosen« oder »dramatisieren«

**INNERE SICHERHEIT** Koalition und Opposition streiten über Kampf gegen Linksextremismus

Die jüngsten Brandanschläge auf Anlagen der Deutschen Bahn in und bei Berlin haben im Bundestag zu einer kontroversen Debatte über die Bekämpfung des Linksextremismus geführt. In einer von der Koalition beantragten aktuellen Stunde warfen Vertreter von Union und FDP am vergangenen Donnerstag den Oppositionsfraktionen vor, den Linksextremismus zu verharmlosen. Die Opposition kritisierte im Gegenzug „Überzeichnungen und Dramatisierungen“ durch Schwarz-Gelb. Der CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak sagte, nach einem Bekennerschreiben gehe es den Tätern um den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Auch die RAF habe einst mit Brandanschlägen angefangen. Damals habe es geheißt, der Protest gegen den Vietnam-Krieg würde dies rechtfertigen. Gegend habe die Entwicklung der RAF „mit Blut, mit Tränen, mit Tod“. Diese Zeiten wolle man nicht noch einmal erleben. Der SPD-Parlamentarier Wolfgang Gunkel warf der Union vor, sie wolle „die Dinge hochspielen, um der Bevölkerung offenbar zu suggerieren, dass SPD und andere Parteien nicht in der Lage sind, die Innere Sicherheit zu gewährleisten“. Die jüngsten Anschläge seien „kriminelle Straftaten“, die entsprechend verfolgt werden müssten. Wer dies aber mit Jahrzehnte zurückliegenden

Ereignissen vergleiche, liege „meterweit daneben“. Auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) habe gesagt, die Anschläge hätten „mit Terrorismus nichts zu tun“, sondern seien „eine Gewaltstufe der linksextremen Ausrichtungen“. Der FDP-Abgeordnete Stefan Ruppert beklagte, wenn die Koalition anmahne, alle Phänomene des Extremismus gleichermaßen in den Blick zu nehmen, werfe die Opposition ihr immer vor, nur vom Rechtsextremismus ablenken zu wollen. Gunkel habe zumindest anerkannt, dass auch der Linksextremismus ein zunehmend gravierendes Problem sei. Diese Einsicht teile er indes nicht mit der Linksfaktion. Ruppert betonte, er sei fassungslos, wenn er von deren Innenexpertin Ulla Jelpke höre, „dass die politischen Ziele, die diesen Brandanschlägen zugrunde liegen, durchaus nachvollziehbar und richtig“ seien. Jelpke entgegnete, Die Linke lehne Brandanschläge auf Bahnanlagen „ohne Wenn und Aber ab“. Sie werde sich jedoch nicht von ihren „richtigen Zielen“ abwenden, „nur weil auch die Zünder diese Ziele für sich in Anspruch nehmen, nämlich etwa gegen den Afghanistan-Krieg zu sein“. Entdeckt worden seien 19 „offenbar dilettantisch gebastelte Brandsätze“, von denen zwei gezündet hätten. Glücklicherweise seien keine Menschen verletzt worden. Der Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland sagte, wer meine, in Berlin mit Brandanschlägen „zur Entschleunigung beitragen zu müssen“, sei „ein gefährlicher Idiot“ und als solcher zu bekämpfen. Dass es im Bereich des Linksextremismus einen Anstieg gebe, hätten die Grünen nie bestritten. Die „Bekämpfungskonzeption“ der Koalition richte jedoch mehr Schaden als Nutzen an. *sto*

stellt, die von Dritten missbraucht werden können, um die Durchsuchten zusätzlich auszuforschen“. Auch sei zu fragen, wer die Software produziere. „Wenn schon Staatstrojaner, dann bitte vom Staat und nicht von einer privaten Firma“, forderte Oppermann. Natürlich sei es möglich, auch auf privates Knowhow zurückzugreifen, doch müsse der Staat „in allen Phasen die vollständige technische Kontrolle behalten“. Für die Linksfaktion forderte ihr Abgeordneter Jan Korte einen „kompletten Stopp des Einsatzes von Trojanern“. Auch müsse man die „Privatisierung im Bereich der Inneren Sicherheit zurückdrängen“. Sie sei eine staatliche Hoheitsaufgabe und dürfe nicht an externe Firmen vergeben werden, die nicht zu kontrollieren seien. Der Grünen-Parlamentarier Konstantin von Notz monierte, es sei offen, wie viele Trojanernersionen „eigentlich wo genau im Umlauf“ seien. Gleiches gelte für die Frage, wie sichergestellt werde, dass der Trojaner rechtskonform sei, wenn die Regierung den Quellcode der Software nicht kenne. Auch auf die Frage, wieso ein solch „grundrechtssensibler Bereich“ an eine private Firma ausgelagert werde, habe die Regierung keine Antwort gegeben. Künftig will der Bund selbst Software für die Quellen-TKÜ entwickeln, wie Innenminister Friedrich einen Tag nach der Bundestagsdebatte ankündigte. Dazu soll beim BKA ein „Kompetenzzentrum“ eingerichtet werden, sagte Friedrich nach einer Telefonschaltkonferenz mit seinen Länderkollegen. Die habe er eingeladen, sich an neuen Einrichtung zu beteiligen. *Helmut Stoltenberg*



Fundort eines Brandsatzes bei Berlin

## Keine Abfrage von Handydaten

**RECHT** Die Linksfaktion möchte die Möglichkeit der Funkzellenabfrage (FZA) durch Ermittlungsbehörden abschaffen. Eine entsprechende Vorschrift aus der Strafprozessordnung (StPO) sei zu streichen, nach der im Falle einer Straftat von „erheblicher Bedeutung“ eine solche Maßnahme zum Einsatz kommen kann, heißt es in einem Gesetzentwurf der Fraktion (17/7335), der vergangenen Freitag erstmals auf der Tagesordnung des Plenums stand. Voraussetzung für die Abfrage ist laut StPO, dass die Erforschung eines Sachverhalts oder des Aufenthaltsortes von Beschuldigten auf andere Weise wesentlich erschwert wäre. Die Linke verweist in ihrer Vorlage auf eine FZA der Dresdener Polizei vom Februar, bei der fast 139.000 Verkehrsdaten erhoben worden seien. Diese Datensätze enthielten mehr als 65.500 verschiedene Anschlussnummern „insbesondere von friedlichen Demonstrationsteilnehmern und Anwohnern, heißt es in der Vorlage der Linksfaktion. Sie wurde ebenso an den Rechtsausschuss überwiesen wie ein Gesetzentwurf der Grünen-Fraktion (17/7033), mit dem die Daten unbeteiligter Dritter bei einer FZA geschützt werden sollen. Der Entwurf sieht vor, die richterliche Begründungspflicht auszuweiten, um Eingriffe in das Grundrecht zu begrenzen. *bobjml*

## Der Wandel als Chance

**DEMOGRAFIE** Die Bundesregierung will in dieser Woche ihren Demografiebericht veröffentlichen und bis Ostern 2012 ein Handlungskonzept zum Umgang mit dem demografischen Wandel vorlegen. Das kündigten Vertreter der Koalition am vergangenen Freitag im Bundestag an.

Die SPD hatte eine Große Anfrage (17/6377) auf die Tagesordnung setzen lassen, die sie vor vier Monaten gestellt hat. Bislang habe sie, sagte der SPD-Abgeordnete Franz Müntefering in der Debatte, aber „null Antworten“ auf die 63 Fragen bekommen. Seine Fraktion will in der Anfrage wissen, wie die Regierung auf die Veränderungen an Bevölkerungszahl und -struktur reagiert. Müntefering konstatierte, alle Fakten seien bekannt – die Regierung aber bleibe „orientierungslos“.

Für die Linke forderte Heidrun Bluhm eine aktive Beschäftigungspolitik, den Ausbau von Kindertagesstätten und eine regionale Daseinsvorsorge. Nur so seien die Folgen des Wandels „solidarisch zu bewältigen“. Die Grünen-Abgeordnete Tabea Rößner warb dafür, den demografischen Wandel als Chance zu sehen, der zu einer „Gesellschaft des langen Lebens“ führe. Es gehe darum, altersgerechte Lösungen zu finden, von denen alle profitieren können.

Die Koalition wies die Kritik zurück. Dass die SPD das Thema unbedingt vor der Präsentation des Demografieberichts behandeln wollte, sei „ein Stück weit Schaufensterpolitik“, so der Liberale Manuel Höferlin. Zudem habe die SPD, die in vielen Kommunen Verantwortung trage, dort bislang keine Konzepte vorgelegt. Der CDU-Innenexperte Manfred Behrens warf den Sozialdemokraten vor, sie schüre über „Horror szenarien“ Ängste in der Bevölkerung. Doch Deutschland steuere aufgrund des demografischen Wandels „nicht auf den Abgrund zu“. suk ■



Die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und häuslicher Pflege soll verbessert werden.

# Mehr Zeit für die Pflege

**FAMILIE** Bundestag bringt Pflegezeit auf den Weg. Die Opposition beurteilt das Gesetz als »ineffektiv«

## Asylbewerber im Wartestand

**ARBEIT UND SOZIALES** Kinder von Asylbewerbern werden auch künftig keinen generellen Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben. Die SPD konnte sich mit einem entsprechenden Vorstoß nicht durchsetzen, ihren Antrag (17/6455) lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen ab.

Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket, beispielsweise Zuschüsse zu Klassenfahrten oder für den Kauf von Schulbedarf, erhalten derzeit Kinder von Arbeitslosengeld-II-Empfängern. Auch Kinder von Asylbewerbern haben einen Anspruch – aber erst, wenn sie bereits 48 Monate Zahlungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten haben. Die SPD-Fraktion wollte das ändern und allen Kindern von Asylbewerbern einen Rechtsanspruch auf diese Zuschüsse gewähren.

Unterstützung erhielt sie dabei von den anderen Oppositionsfraktionen. Bündnis 90/Die Grünen betonte, dass es um Flüchtlingskinder gehe, die für ihre Lage nicht verantwortlich seien und deren Situation dringend verbessert werden müsse. Als „völlig unerträglich“ bezeichnete Die Linke diese Ungleichbehandlung.

Die Koalitionsfraktionen betonten dagegen, es sei Sache der Kommunen, über die Einbeziehung von Asylbewerberkindern in das Teilhabepaket zu entscheiden. Weitere Finanzmittel des Bundes für die Kommunen lehnten sie ab. che ■

Fast klang es so, als wollte sie zeigen, auf was es im Leben ankommt: In Zeiten, in denen das Wort „Krise“ bei einer Google-News-Suche 19.900 Treffer, das Wort „Liebe“ jedoch nur 15.400 Treffer erzielt, erinnerte Familienministerin Kristina Schröder (CDU) eindringlich an die Menschen, die „die hochbetagte Mutter, den vom Schlaganfall gezeichneten Vater pflegen“. Die zwar oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und an den Rand einer finanziellen Krise geraten. Die aber weitermachen – „aus Liebe und Dankbarkeit“. Und für die nun alles besser werden soll. Denn am vergangenen Donnerstag hat der Bundestag die sogenannte Familienpflegezeit auf den Weg gebracht. Damit soll die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und häuslicher Pflege verbessert werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/6000) wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen angenommen. Die Oppositionsfraktionen stimmten dagegen. Für sie ist das Gesetz „reine Makulatur“, „ineffektiv“ und „arbeitnehmerfeindlich“.

Hauptkritikpunkt: der fehlende Rechtsanspruch auf die Familienpflegezeit. Konkret sieht das Gesetz vor, dass Berufstätige zur Pflege ihrer Angehörigen ihre wöchentliche Arbeitszeit maximal zwei Jahre lang auf einen Mindestumfang von 15 Stunden pro Woche reduzieren können. Die Arbeitgeber sollen ihren Beschäftigten während dieser Zeit das Gehalt um die Hälfte der Differenz zwischen dem bisherigen und dem sich durch die Arbeitszeitreduzierung ergebenden geringeren Gehalt aufstocken. Zur Finanzierung erhalten sie den Plänen zufolge ein zinsloses Bundesdarlehen über

die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Der Beschäftigte muss nach der Familienpflegezeit so lange Vollzeit zum geringeren Gehalt arbeiten, bis das Darlehen abbezahlt ist.

**Kein Rechtsanspruch** Das Gesetz entlaste die Bürger ohne das Sozialsystem zu belasten, betonte Schröder in der Debatte. Der Erfolg werde der Koalition Recht geben: Zahlreiche Unternehmen hätten bereits angekündigt, die Familienpflegezeit Anfang 2012 einzuführen. Für Norbert Geis (CSU) kommt der Gesetzentwurf den demografischen Gegebenheiten entgegen: Im Jahr 2020 werde es fast so viele 85-Jährige wie Fünfjährige geben, sagte er. Der Opposition rief er entgegen, sie solle erst einmal abwarten, bevor sie das Gesetz verurteile. Dieser Appell ging erwartungsgemäß ins Leere: „Der Pflegenotstand besteht munter weiter“, sagte Kathrin Senger-Schäfer, pflegetheoretische Sprecherin der Linken. Ihre Fraktion hatte in einem Antrag (17/1754) eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für die Organisation der Pflege gefordert. Er wurde im Plenum abgelehnt.

Auch ein Antrag der Grünen (17/1434) scheiterte. In ihm hatten sich die Abgeordneten für eine maximal dreimonatige Pflegezeit mit steuerfinanzierter Lohnersatzleistung ausgesprochen. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf sei ein „einziges Fiasko“, kritisierte die pflegetheoretische Sprecherin der Grünen, Elisabeth Scharfenberg. Der erwerbstätige Pflegenden trage Last und Risiko. Alle drei Oppositionsfraktionen kritisierten die fehlende Verbindlichkeit. „Wofür gibt es dieses Gesetz, wenn der Rechtsanspruch fehlt?“, wollte Petra Crone (SPD) wissen.

Ein Entschließungsantrag ihrer Fraktion (17/7390) wurde ebenfalls vom Plenum abgelehnt. Schröder habe einst selbst den Rechtsanspruch gefordert, sei jedoch „beim ersten Gegenwind der FDP eingeknickt“, be-

mängelte Crone. Die FDP-Fraktion wies die Kritik umgehend zurück. „Mit der Familienpflegezeit hat die Koalition geliefert“, stellte ihre frauen- und seniorenpolitische Sprecherin Nicole Bracht-Bendt fest. Es sei ihrer

Fraktion sehr wichtig gewesen, keinen Rechtsanspruch auf die Familienpflegezeit einzuführen, denn: „Die unternehmerische Freiheit darf nicht angetastet werden“, so Bracht-Bendt. Tatjana Heid ■

Anzeige

**ICH BIN AUSGEZEICHNET.**

SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST

Du hast es in der Hand.

Tetra Pak-Getränkekartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn sie bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz. Und der stammt in steigendem Anteil aus vom Forest Stewardship Council® (FSC)\* zertifizierten Nutzwäldern und anderen kontrollierten Herkünften. Das ist nur einer von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränkekartons schon heute zukunftsweisend sind.

tetrapak.de

\* (FSC® C014047)

## Von Utopien und anderen Impulsen

**BÜRGERVERSICHERUNG** Abgeordnete diskutieren über das Modell der Fraktion Die Linke

Manchmal haben sogar FDP-Abgeordnete ein Herz für ihre Kollegen von der Linken: Ganz Liberaler, geißelte Lars Lindemann am vergangenen Freitag im Bundestag zwar den Linken-Antrag (17/7197) zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung als „Manifest des Scheiterns“. Schon nach knapp anderthalb Minuten Redezeit kündigte Lindemann dann aber an, sein Manuskript zu Protokoll zu geben, damit die Linksparlamentarier schnell zu ihrem Bundesparteitag in Erfurt kämen. Dort, beschied der FDP-Politiker den verdutzten Abgeordneten der Linken, könnten sie sich dann ihren „Utopien weiter hingeben“. Damit hatte Lindemann die Lacher der Koalition auf seiner Seite.

Doch die Gesundheitsexpertin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Birgitt Bender kontierte prompt. Es sei „interessant, dass die FDP schon gar keinen Bock mehr hat, hier überhaupt zu sprechen. Offensichtlich glauben Sie nicht an Ihre weitere parlamentarische Existenz“, sagte Bender und erfreute damit die Oppositionsseite.

Sogleich kritisierte sie aber den Antrag der Linken. So sei es verfassungsrechtlich problematisch, die privaten Krankenkassen nur noch Zusatzversicherungen anbieten lassen zu wollen. Notwendig sei vielmehr ein „echter Wettbewerb um die beste Versor-

gung“, wie es die Grünen mit ihrem Bürgerversicherungskonzept anstrebten. Für die SPD, die für Gesundheit und Pflege ebenfalls eine Bürgerversicherung einführen will, warnte Edgar Franke mit Blick auf den Linken-Antrag vor einer Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Es seien „gerade die mittleren Einkommen“, die am meisten darunter litten, betonte Franke. Er fügte hinzu: „Die Leute, die richtig Kohle haben,



Verfechterin der Bürgerversicherung: Martina Bunge (Die Linke)

erreicht man damit nicht.“ Stephan Stracke (CSU) bemerkte, die Bürgerversicherung sei „nichts anderes als die zwangsweise Einheitsversicherung für alle“. Unions-Pflegerexperte Willi Zylajew (CDU) ergänzte, die Linke begreife die Bürgerversicherung als „Patentrezept für die Lösung aller Probleme“. Das Konzept sei aber „nicht durchgerechnet“.

**Umverteilung** Dem widersprach die Gesundheitsexpertin der Antragsteller, Martina Bunge. Die Linkenfraktion habe ihr Konzept von einem unabhängigen Gutachter durchrechnen lassen. Dabei sei herausgekommen, dass bei gleichbleibendem medizinischen Versorgungsniveau ein Beitragssatz von gut fünf Prozent für Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausreichen, wenn das Linke-Modell eingeführt würde. Bunge fügte hinzu, bei der Pflege könne trotz geplanter Leistungsverbesserungen der Beitragssatz „stabil unter zwei Prozent bleiben“. Die angestrebte Bürgerversicherung sei „ein Paradebeispiel linker Umverteilungspolitik mit positiven Wirtschaftsimpulsen“. Der Bundestag überwies den Antrag an den Gesundheitsausschuss. Einen weiteren Antrag der Linken (17/241) zur Abschaffung der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungen lehnte das Parlament ab. Monika Pilaß ■



# Geldspritze für Ärzte

**MEDIZINISCHE VERSORGUNG** Mangel auf dem Land, Überfluss in der Stadt – dieses Problem will die Koalition lösen. Das Ziel ist unumstritten, die geplanten Mittel sind es ganz und gar nicht

Die Tätigkeit von Ärzten auf dem Land soll nach dem Willen von Schwarz-Gelb künftig besser honoriert werden.

Loob braucht weniger Worte als Kritik. Ein Lehrstück für diese Erfahrung bot die bislang größte öffentliche Bundestagsanhörung der Legislaturperiode am vergangenen Mittwoch. Auf der Tagesordnung stand der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) (17/6906). Der Entwurf sei „grundsätzlich geeignet“, vor allem der ärztlichen Unterversorgung in ländlichen Regionen entgegenzuwirken, sagte der Vorstandsvorsitzende der Kassenzentralen Bundesvereinigung (KBV), Andreas Köhler, in bedächtigem Tonfall. Dieser Aussage fügte der Boss der wirkmächtigen Interessenvertretung der Kassenzentralen bei der fünfeinhalbstündigen Veranstaltung kaum mehr hinzu. Ganz anders Johann-Magnus von Stackelberg, Vizechef des ebenfalls einflussreichen GKV-Spitzenverbandes. Wer glaube, Unterversorgung beseitigen zu können, ohne ärztliche Überversorgung vor allem in Großstädten „wirksam zu bekämpfen“, der irre, sagte Stackelberg gleich zum Auftakt der Anhörung des Gesundheitsausschusses. Seine Stimme klang schon da wie Donnerrollen, im Laufe des Nachmittages schickte der erfahrene GKV-Kämpfer in seinen zahlreichen Wortbeiträgen verbale Blitze Richtung Regierung und Koalitionsfraktionen hinterher.

**Stellschrauben** Erklärtes Ziel des von der Bundesregierung vorgelegten 110-seitigen Werkes mit dem sperrigen Titel ist die „Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und wohnortnahen medizinischen Versorgung der Bevölkerung“. Das

meint Folgendes: Auf dem Land droht in den nächsten Jahren ein Ärztemangel, einigen Regionen gehen bereits heute die Mediziner aus; dagegen tummeln sich mancherorts mehr niedergelassene Haus- und Fachärzte als für die Versorgung notwendig wären. An beiden Stellschrauben, dazu immerhin bestand bei Koalition und Opposition sowie bei allen Sachverständigen Einigkeit, muss gedreht werden. Doch das schwarz-gelbe Maßnahmenpaket ist hoch umstritten, wie in der Anhörung nicht nur die Einlassungen Stackelbergs und Köhlers verdeutlichten. Um mehr Ärzte aufs Land zu locken, verschreibt die Regierung den Medizinern eine Geldspritze. Kernpunkt: Die übliche Honorarkappung, wenn in einer Praxis eine bestimmte Zahl an Behandlungen überschritten wird, soll für Landärzte nicht mehr gelten. Auf der anderen Seite will die Koalition den kassenärztlichen Vereinigungen ein Vorkaufrecht in überversorgten Regionen einräumen, um Praxen stillzulegen.

**»Viel Zuckerbrot«** Neben Köhler bescheinigte auch der Einzelsachverständige Wolfgang Spoerr der Regierung, die geplanten Mittel seien geeignet, die Stadt-Land-Problematik anzugehen. Der Jurist lobte, der Entwurf enthalte „viel Zuckerbrot und relativ wenig Peitsche“.

Dagegen rügte Ilona Köster-Steinebach vom Verbraucherzentrale Bundesverband die Wirksamkeit des Gesetzentwurfs als „äußerst unzureichend“. Auf dieser Basis werde es nicht zu einer nennenswerten Verbesserung der Versorgung der Patienten in Deutschland kommen. Wie Köster-Steinebach warnten auch sämtliche Vertreter der

gesetzlichen Kassen vor erheblichen neuen Finanzbelastungen, die die Versicherten allein in Form von Zusatzbeiträgen schultern müssten. Dazu zählten sie unter anderem, dass für die geplante neue spezialärztliche Versorgung keine Ausgabeneinschränkung in Form von Mengengrenzungen bei der Abrechnung der Leistungen noch eine Bedarfsplanung vorgesehen seien. Laut Gesetzentwurf sollen im neuen Versorgungsbereich unter anderem die ambulante Behandlung komplexer Erkrankungen wie Krebs, Aids oder Multipler Sklerose sowie seltener Krankheiten zusammengefasst werden – ein Ansatz, der in der Anhörung inhaltlich auf grundlegende Zustimmung stieß. Möglicherweise wird die Koalition

## KOMPAKT

**> Die Linke** fordert eine wirksamere Bedarfsplanung zur Sicherung einer wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung. Die Abgeordneten verlangen, in der Analyse und Planung des Versorgungsbedarfs und der anschließenden Umsetzung sollen Kriterien wie die demografische Entwicklung sowie die regionale Infrastruktur integriert werden.

**> Bündnis 90/Die Grünen** wollen Vergütungsanreize für Ärzte schaffen, die sich in unterversorgten, zumeist ländlichen Regionen niederlassen. Gleichzeitig fordert die Fraktion unter anderem, die Wiederbesetzung von Arztstellen müsse in überversorgten Regionen zur Ausnahme werden.

nach der Anhörung bei den Spezialärzten auch noch die verlangten finanziellen Begrenzungen einziehen: In einer Unterrichtung (17/7274) teilte die Regierung jedenfalls dem Bundesrat mit, im laufenden Gesetzgebungsverfahren zu „sachgerechten Lösungen“ kommen zu wollen.

**»Wenig mutig«** Weiteres Entgegenkommen dürfen die Kritiker des Gesetzentwurfs jedoch kaum erwarten. Der GKV-Spitzenverband fordert für neue Ärzte in überversorgten Regionen Honorarabschläge und eine verpflichtende gesetzliche Vorgabe, dass freierwerdende Arztstühle stillgelegt werden. „Sonst wird die teure und medizinisch unnötige Überversorgung durch nachrückende junge Ärzte für Jahrzehnte fortgesetzt, ohne dass im Gegenzug mehr Ärzte aufs Land gehen“, argumentierte Stackelberg. „Wenig mutig“ sei die Koalition an dieser Stelle, monierte der GKV-Vertreter. KBV-Chef Köhler widersprach. „Eine Aufkaufpflicht geht ins Leere“, sagte er. Vielmehr müsse jeder Einzelfall geprüft werden, denn schon heute versorgten Ärzte aus „angeblich überversorgten“ Regionen Patienten in unterversorgten Gebieten mit. Der Anhörung lagen auch Anträge der Fraktionen Die Linke (17/3215) und Bündnis 90/Die Grünen (17/7190) zugrunde (siehe Kasten). Bereits in dieser Woche werden sämtliche Vorlagen erneut im Gesundheitsausschuss thematisiert. Die Schlussabstimmung im Bundestag ist für den 11. November geplant.

Monika Pilath

Mehr zum Thema unter: [www.kbv.de](http://www.kbv.de) und [www.gkv-spitzenverband.de](http://www.gkv-spitzenverband.de)

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Der gläserne Spitzensportler

**SPORT** Das Leben eines Spitzensportlers ist von einem stetigen Wechsel zwischen hartem Training und Wettkampf geprägt. Seit dem Jahr 2009 werden jedoch zusätzlich Anforderungen an die Sportler gestellt, die aus Sicht von Datenschützern rechtswidrig sind. Dies machten die Landesdatenschutzbeauftragten Stefan Brink (Rheinland-Pfalz) und Ulrich Lepper (Nordrhein-Westfalen) am vergangenen Mittwoch im Sportausschuss deutlich. Das auf den Richtlinien der Internationalen Anti-Doping-Agentur (Wada) aufbauende deutsche Überprüfungsverfahren greift nach ihrer Aussage in die Grundrechte der Sportler ein. Insbesondere das Meldesystem ADAMS, in dem die Sportler ihre Aufenthaltsorte für drei Monate im Voraus angeben müssten, sowie die Weitergabe erhobener Daten durch die Nationale Anti-Doping-Agentur (Nada) an die Wada sind nach Auffassung der Datenschützer problematisch. Die Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte seien nicht dadurch zu rechtfertigen, dass die betroffenen Sportler einer entsprechenden Kontrolle nicht ausdrücklich widersprochen hätten, sagte Brink. Von einer freiwilligen Einwilligung könne nicht die Rede sein, da im anderen Fall die Berufsausübung nicht möglich sei. Es handle sich also um eine „Friss- oder Stirb-Situation“, ur-

teilte er. Ulrich Lepper machte deutlich, dass es nicht darum gehe, die Teilnahme deutscher Sportler an internationalen Wettkämpfen zu verhindern. „Die Grundrechte gelten aber auch für Sportler“, stellte er klar. Die Nada habe schon frühzeitig auf die Datenschutzproblematik hingewiesen, sagte deren Vertreter Lars Mortsiefer. Es gebe dazu „konstruktive Gespräche“ mit mehreren Landesdatenschutzbeauftragten. Auch die Nada bezeichne etwa die Speicherung der erhobenen Daten für acht Jahre als „nicht verhältnismäßig“. Gleichwohl stehe fest: „Die Nada muss internationale Vorgaben in Deutschland umsetzen.“ Verbesserungen im Bereich des Datenschutzes seien nur in Zusammenarbeit mit den Athleten und den internationalen Partnern zu erreichen. Für die Betroffenen warnte Silke Kassner vom Beirat der Aktiven im Deutschen Olympischen Sportbund vor überzogenen Datenschutzanforderungen. Die Athleten hätten die Regelungen des Wada-Codes 2009 akzeptiert, auch wenn das ADAMS-System sehr aufwendig sei. „Das System ist aber aktuell alternativlos“, sagte Kassner. Sport bestehe nun einmal aus Regeln, wozu auch Dopingkontrollen gehörten. Datenschutz, sagte die Wildwasser-Kanutin, dürfe nicht das Kontrollsystem gefährden. **hau**

### Kostenfaktor Menschenrecht

**ARBEIT UND SOZIALES** Die Bundesregierung muss sich noch konsequenter als bisher für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen und ihren Nationalen Aktionsplan (NAP) diesbezüglich konkretisieren. Dies forderte die Mehrheit der Sachverständigen in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am vergangenen Montag, in der der NAP im Zentrum stand. Mit dem Plan will die Bundesregierung nach eigenen Angaben einen Prozess anstoßen, um in den kommenden zehn Jahren die Idee der Inklusion, also das gemeinsame Leben von Menschen mit und ohne Behinderungen, im gesellschaftlichen Alltag zu verankern. Für Valentin Aichele vom Deutschen Institut für Menschenrechte leistet der Aktionsplan deshalb einen wichtigen Beitrag, um gesellschaftliche Multiplikatoren für das Thema zu gewinnen. Die Ausrichtung auf Inklusion sei richtig, müsse aber noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden, forderte er. Theresia Degeener, Professorin an der Evangelischen Fachhochschule in Bochum, hob positiv hervor, dass der NAP die Behindertenfrage klar zu einer Menschenrechtsfrage gemacht habe und Deutschland hier eine Vorreiterrolle spiele.

Kritischer äußerte sich Sigrid Arnade, Mitbegründerin vom Verein „Netzwerk behinderter Frauen Berlin“. Der NAP sei ein „munteres Bündel“ verschiedener, zum Teil schon abgeleiteter Maßnahmen. Zudem dürfe man Menschenrechte nicht unter einen Haushaltsvorbehalt stellen, also Fragen wie das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen nicht von Kostenfragen abhängig machen. Diesen Punkt sprach auch Felix Welti, Professor für Humanwissenschaften an der Universität Kassel, an: Es gebe ein Menschenrecht auf Privatheit und deshalb müsse man gerade beim Thema Wohnen den Kostenvorbehalt zurücknehmen. Auf die finanzielle Situation behinderter Menschen ging auch Petra Hilbert ein, selbst Opfer der Contergan-Affäre. Der NAP enthalte keine Aussagen zur finanziellen Absicherung behinderter Menschen. Wenn man jedoch eine selbstbestimmte Teilhabe durchsetzen will, brauche man ein separates Teilhabegesetz, so Hilbert. In dieselbe Richtung äußerte sich Claudia Tietz, Referentin beim Sozialverband Deutschland. Ein eigenständiges Leistungsgesetz sei unbedingt nötig, denn es sei schwer nachvollziehbar, dass es Einkommensabhängige Leistungen im Fürsorgerecht gibt, sagte Tietz. **che**

### Abschied vom Pappausweis gefordert

**PETITIONEN** Organspendeerklärungen sollen besser lesbar sein, um ein rechtzeitiges und ordnungsgemäßes Handeln der Notärzte sicherzustellen. Dieser in einer öffentlichen Petition erhobenen Forderung schloss sich der Petitionsausschuss am vergangenen Mittwoch an und beschloss daher, die Eingabe den Bundesministerien für Gesundheit (BMG) und Wirtschaft als Material zu überweisen sowie den Fraktionen des Bundestages zur Kenntnis zu geben. Der Petent hatte in der Eingabe darauf hingewiesen, dass die minderwertige Qualität der aktuellen Organspendeaussweise auf Pappkarten nicht gewährleistete, dass das Dokument auch starken Materialbelastungen standhalte. Es sei deshalb oftmals nur schlecht oder gar nicht mehr lesbar. Daher, so die Forderung in der Petition, müsse die Möglichkeit geschaffen werden, freiwillig die Wünsche zum Verfahren bei einer Organspende nach dem Ableben auf dem neuen elektronischen Personalausweis speichern zu lassen. Notärzte, so heißt es in der Petition weiter, wüssten so jederzeit, wo sie nach der Erklärung suchen müssten. Außerdem würden die Bürger beim Beantragen des Ausweises angeregt, sich Gedanken über ihre persönliche Haltung zum Thema Organspende zu machen.

In der Begründung zu seiner Beschlussempfehlung schreibt der Ausschuss, dass der Gesetzgeber die Bereitschaft zur Organspende „weder verlangen noch anordnen“ dürfe. Es könne ebenfalls nicht verlangt oder angeordnet werden, dass sich jeder zu Lebzeiten mit der Frage der postmortalen Organspende so intensiv beschäftigt, dass er eine entsprechende Erklärung abgibt. Dies würde ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen darstellen, urteilten die Abgeordneten. Gleichwohl sei es zu begrüßen, wenn möglichst viele Bürger zu Lebzeiten in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes eine solche Entscheidung treffen. Der Ausschuss erinnert daran, dass man sich schon in früheren Petitionsverfahren mit dem Vorschlag beschäftigt habe, die Organspendeerklärung elektronisch auf der Mitgliedskarte der Krankenkasse vermerken zu lassen. Damit könne man auch viele Forderungen der vorliegenden Petition umsetzen, heißt es weiter. Die Frage, wie und zu welchem Zeitpunkt die Aufnahme einer Erklärung zur Organspende auf der elektronischen Gesundheitskarte jedoch im Einzelnen umgesetzt werden kann, müsse nach Auskunft des BMG noch geklärt werden, schreiben die Abgeordneten. **hau**

## Koalition macht bei der elektronischen Gesundheitskarte Dampf

**GESUNDHEIT** In 85 Änderungsanträgen zum Versorgungsstrukturgesetz stecken einige Elemente, die viele Versicherte unmittelbar betreffen. Eine Übersicht

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP haben zum Regierungsentwurf eines Versorgungsstrukturgesetzes (17/6906, siehe Bericht „Geldspritze für Ärzte“) 85 Änderungsanträge eingebracht. Darin geht es um einige Punkte, die viele Versicherte direkt betreffen, etwa die elektronische Gesundheitskarte oder Wartezeiten auf einen Arzttermin. Ein Überblick:

**Elektronische Gesundheitskarte** Union und FDP drücken bei der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte aufs Tempo. Die Fraktionen schlagen in einem Änderungsantrag vor, dass nur die Krankenkassen, die die elektronische Gesundheitskarte bis Ende des Jahres 2012 an mindestens 70 Prozent ihrer Versicherten ausgegeben haben, im Jahr 2013 ihre Verwaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr erhöhen dürfen. Bislang gilt eine Regelung, wonach Kas-

sen eine Kürzung ihrer Verwaltungsausgaben hinnehmen müssen, wenn sie im Jahr 2011 nicht an mindestens zehn Prozent ihrer Versicherten die elektronische Gesundheitskarte ausgegeben haben.

Die elektronische Gesundheitskarte soll die bisherige Krankenversicherungskarte ersetzen. Das Projekt ist unter anderem aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken umstritten. Die Kassen haben inzwischen mit der Ausgabe der neuen Karten begonnen. Auf ihnen sind zunächst nur die Stammdaten der Versicherten festgehalten, also etwa Anschrift, Alter und Geschlecht. Später sollen, das Einverständnis des Versicherten vorausgesetzt, die Karten auch als elektronische Patientenakte fungieren, die von jedem behandelnden Arzt eingesehen werden kann.

**Familienversicherung** Mit einem weiteren Antrag reagiert die Koalition auf die Einfüh-

rung des freiwilligen Wehrdienstes und des Bundesfreiwilligendienstes zum 1. Juli dieses Jahres. Eine Verlängerung der Familienversicherung eines Kindes in der gesetzli-



Bald in jeder Geldbörse: die elektronische Gesundheitskarte

chen Krankenversicherung über das 25. Lebensjahr hinaus war bisher möglich, wenn die Schul- oder Berufsausbildung wegen der Erfüllung der Wehrpflicht oder des Zivildienstes verzögert wurde.

Nach dem Aussetzen der Wehrpflicht ist nun eine Verlängerung der Familienversicherung vorgesehen, wenn das Kind einen freiwilligen Wehrdienst oder einen Bundesfreiwilligendienst leistet. Der Verlängerungszeitraum ist allerdings auf zwölf Monate begrenzt. Die Neuregelung stelle die Gleichbehandlung aller gesetzlich geregelten Freiwilligendienste sicher, begründete die Koalition die-

sen Schritt. Die Regelung solle auch dazu beitragen, das ehrenamtliche Engagement und die Freiwilligendienste zu fördern.

**Haushaltshilfe** Bei der Gewährung von Haushaltshilfen im Krankheitsfall will die Koalition Hürden abbauen. Nach geltender Rechtslage können Kassen diese gewähren. Diese Kann- wird nach Vorstellung der Union und der FDP in eine Soll-Regelung überführt. Damit könne insbesondere von der Voraussetzung abgesehen werden, dass im Haushalt ein Kind leben muss, das bei Beginn der Haushaltshilfe das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, schreiben die Fraktionen zur Erläuterung.

**Wartezeit auf Arzttermin** „Von Versicherten wird immer wieder kritisiert, dass es insbesondere beim Übergang von der hausärztlichen Versorgung zu längeren

Wartezeiten kommt“, schreiben die Koalitionsfraktionen. „Vermeidbare Wartezeiten“ auf einen Facharzttermin sollen nun „vermindert und die erlebte Versorgungsrealität der Patienten verbessert werden“. Dazu soll klargestellt werden, dass die Aufgabe der kassenärztlichen Vereinigungen „auch eine angemessene und zeitnahe Zurverfügungstellung einer fachärztlichen Versorgung umfasst“, heißt es in einem Antrag. Auf Landesebene soll geregelt werden, „welche Zeiten im Regelfall und im Ausnahmefall noch eine zeitnahe fachärztliche Versorgung darstellen“.

Auch bei der Weiterbehandlung nach einem Krankenhausaufenthalt soll es künftig schneller gehen. Kliniken werden einem weiteren Antrag zufolge verpflichtet, „bei einer Anschlussbehandlung des Patienten für einen zeitnahen Behandlungstermin beim Facharzt Sorge zu tragen“. **mpi**



Deutsche Soldatinnen im Afghanistan-Einsatz. Seit gut zehn Jahren leisten Frauen in der Bundeswehr Dienst an der Waffe. Inzwischen liegt ihr Anteil in den Streitkräften bei neun Prozent.

## Stiftung für Strahlenopfer

**VERTEIDIGUNG** Angehörige der Bundeswehr und der ehemaligen NVA, die durch ihre Arbeit an Radaranlagen gesundheitliche Schäden davongetragen haben, können möglicherweise bald über eine extra zu diesem Zweck eingerichtete Stiftung oder einen Fonds entschädigt werden.

Die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen fordern in einem Antrag (17/7354), die Einrichtung einer solchen Stiftung oder die Beteiligung an einer schon bestehenden Stiftung zu prüfen. Auf diese Weise könne in besonderen Härtefällen auch außerhalb des geltenden Versorgungsrechts eine gewisse Unterstützung möglich gemacht werden, so die Begründung der Fraktionen. Ungeachtet rechtlicher Verpflichtungen sollen auch die Gerätehersteller an einem solchen Fonds oder einer Stiftung beteiligt werden. Darüber hinaus verlangen die Abgeordneten, die Entscheidungen der 2002 eingesetzten sogenannten Radarkommission „eins zu eins“ umzusetzen. Sie regen außerdem an zu prüfen, ob nicht nochmals ein unabhängiges Expertengremium eingerichtet werden soll, um vor dem Hintergrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse „Empfehlungen“ abzugeben.

Die „Radarkommission“ war 2002 auf Verlangen des Verteidigungsausschusses des Bundestages eingesetzt worden, um die Entschädigungsmöglichkeiten für die Betroffenen zu verbessern. 2003 legte die Kommission in ihrem Abschlussbericht dann einen Kriterienkatalog vor, an dem sich die Entschädigungspraxis orientiert.

Die Antragsteller begrüßen ausdrücklich die Fortschritte, die auf diesem Gebiet bisher gemacht wurden. Dennoch sei unter Fürsorgeaspekten ein sorgfältiger Umgang mit den noch nicht abgeschlossenen Einzelfällen angezeigt. Denn durch ionisierende Strahlung hätten Angehörige der Bundeswehr und der NVA unwissend bis in die 1980er-Jahre gesundheitsschädliche Partikel eingeatmet und seien teilweise schwer erkrankt. Der politische Wille, den Erkrankten möglichst zügig und unbürokratisch zu helfen, sei fraktionsübergreifend vorhanden, betonen die Antragsteller. *che*

# Frauen an die Waffen

**BUNDESWEHR** Das Parlament sucht nach Möglichkeiten, die Zahl der Soldatinnen zu erhöhen

Sie hat Geschichte geschrieben – wenn auch nicht für sich selbst. Als die Elektronikerin Tanja Kreil 1999 die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagte, weil ihr als Frau der Dienst an der Waffe in der Bundeswehr verweigert worden war, ahnte sie wohl nicht, wie sehr sie dadurch das Gesicht der Truppe in den folgenden Jahren verändern würde. Mit dem Urteil des EuGH vom 11. Januar 2000 stand fest: Der alte Passus des Grundgesetz-Artikels 12 Absatz 4, nach dem Frauen „auf keinen Fall Dienst an der Waffe leisten“ dürften, musste ersetzt werden. Jetzt legt er fest, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden“ dürfen – so sie es aber wollen, stehen ihnen alle militärischen Laufbahnen frei. Als 2001 die ersten 244 Frauen als Soldatinnen des Truppendienstes bei der Bundeswehr angingen, war Kreil allerdings nicht dabei: Die Hannoveranerin hatte zwar den Weg in die Kasernen für ihre Geschlechtsgenossinnen freigeekämpft, entschied sich aber selbst für einen zivilen Arbeitgeber.

setz angestrebten 15 Prozent, heißt es in einem Antrag der Fraktion (17/7351), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand. Danach ist die Anhebung des Frauenanteils in der Bundeswehr für die Grünen-Fraktion vor allem ein Gleichstellungsthema. Echte Gleichberechtigung könne nur erreicht werden, „wenn sie auf allen Ebenen einer Organisation verwirklicht wird“, schreibt die Fraktion im Antrag. Die Bundeswehr müsse deshalb sein, Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen auf allen Ebenen und in allen Tätigkeitsfeldern anzubieten – und so verstärkt auf eine weibliche Besetzung von militärischen und zivilen Führungspositionen hinzuwirken. Die Bundesregierung solle sicherstellen, dass die Werbemaßnahmen der Streitkräfte „Frauen und Männer gleichermaßen ansprechen“ und sich der Anteil von Soldatinnen „kurzfristig auf mindestens 15 Prozent“ erhöhe.

Die Bundeswehrreform müsse als „Gelegenheit begriffen werden, die gläserne Decke in der Bundeswehr zur Seite zu räumen“, gab die Grünen-Parlamentarierin Katja Keul zu Protokoll. Sie fordert einen Evaluationsbericht, um zu prüfen, ob die Zahl der bisherigen Gleichstellungsbeauftragten ausreicht. Werbemaßnahmen dürfen nicht mehr „auf ein überkommenes heroisches Männlichkeitsbild“ abzielen.

Die Sozialdemokraten unterstützen den Grünen-Antrag. Ohne ein „konsequentes und ernsthaftes Gleichstellungskonzept“ wird man nach den Worten der SPD-Abgeordneten Karin Evers-Meyer den Anteil der Soldatinnen nicht erhöhen können. Zudem sei die Bundeswehr für Frauen noch immer nicht attraktiv, argumentiert Evers-Meyer. Es fehlten bislang gute Familienförderungs- und Betreuungsstrukturen: „Sechs Monate Auslandseinsatz können nicht auf dem Rücken fürsorglicher Großeltern ausgetragen werden.“

»Keine Quotenfrauen« Der Wunsch nach mehr Soldatinnen wird zwar auch von der Koalition geteilt. CDU/CSU und FDP sind aber gegen Sonderbehandlungen. Nach ihrer Erfahrung wollten die weitaus meisten Soldatinnen „keine Quotenfrauen“ sein, gibt die Unions-Verteidigungsexpertin Anita Schäfer (CDU) zu bedenken. Sie wollten vielmehr durch Leistung überzeugen und würden es akzeptieren, wenn sie nicht die notwendige körperliche Leistung erbringen könnten, um in der Infanterie mithalten zu können.

Für den FDP-Parlamentarier Burkhardt Müller-Sönksen ist die Integration von Frauen noch längst nicht abgeschlossen, sondern ein „langfristiger Prozess, der die Bundeswehr auch in den nächsten Jahren begleiten wird“. Weil Familienfreundlichkeit einer der wichtigsten Faktoren bei der Berufswahl junger Menschen sei, Sorge man in der Truppe für eine elternfreundlichere Infrastruktur und mache so die Bundeswehr als Arbeitgeber für Frauen attraktiver. Auf Ablehnung stößt der Grünen-Vorstoß auch in der Linksfraktion. Für deren abrüstungspolitische Sprecherin Inge Höger ist es

ein Rätsel, wie die Grünen „so kritiklos dafür werben können, dass sich der Anteil der Frauen am Kanonenfutter erhöht“. Nötig ist Höger zufolge „ein Ende der Werbung für die Bundeswehr und ein Stopp der zugehörigen Rekrutierungsstrategien – für beide

Geschlechter“. Das Fazit Högers unterscheidet sich von dem anderer Fraktionen: In ihren Augen hat die Freigabe des Dienstes an der Waffe nichts zur Überwindung von geschlechtsspezifischer Rollenbildung beigetragen. *Susanne Kailitz*



»Die Öffnung der Bundeswehr für Frauen hat dieser Armee gutgetan.« Karin Evers-Meyer (SPD)

Anzeige

**ICH BIN 100% RECYCELBAR.**

**SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST**

**Du hast es in der Hand.**

Tetra Pak-Getränkekartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn sie sind nach Gebrauch vielseitig verwertbar: als Rohstoff und als Energieträger in einer Vielzahl von Industrien. Das spart Ressourcen – und jährlich zehntausende Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen. Das sind nur einige von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränkekartons schon heute zukunftsweisend sind.

**tetrapak.de**

## Die Sorge um die Fürsorge

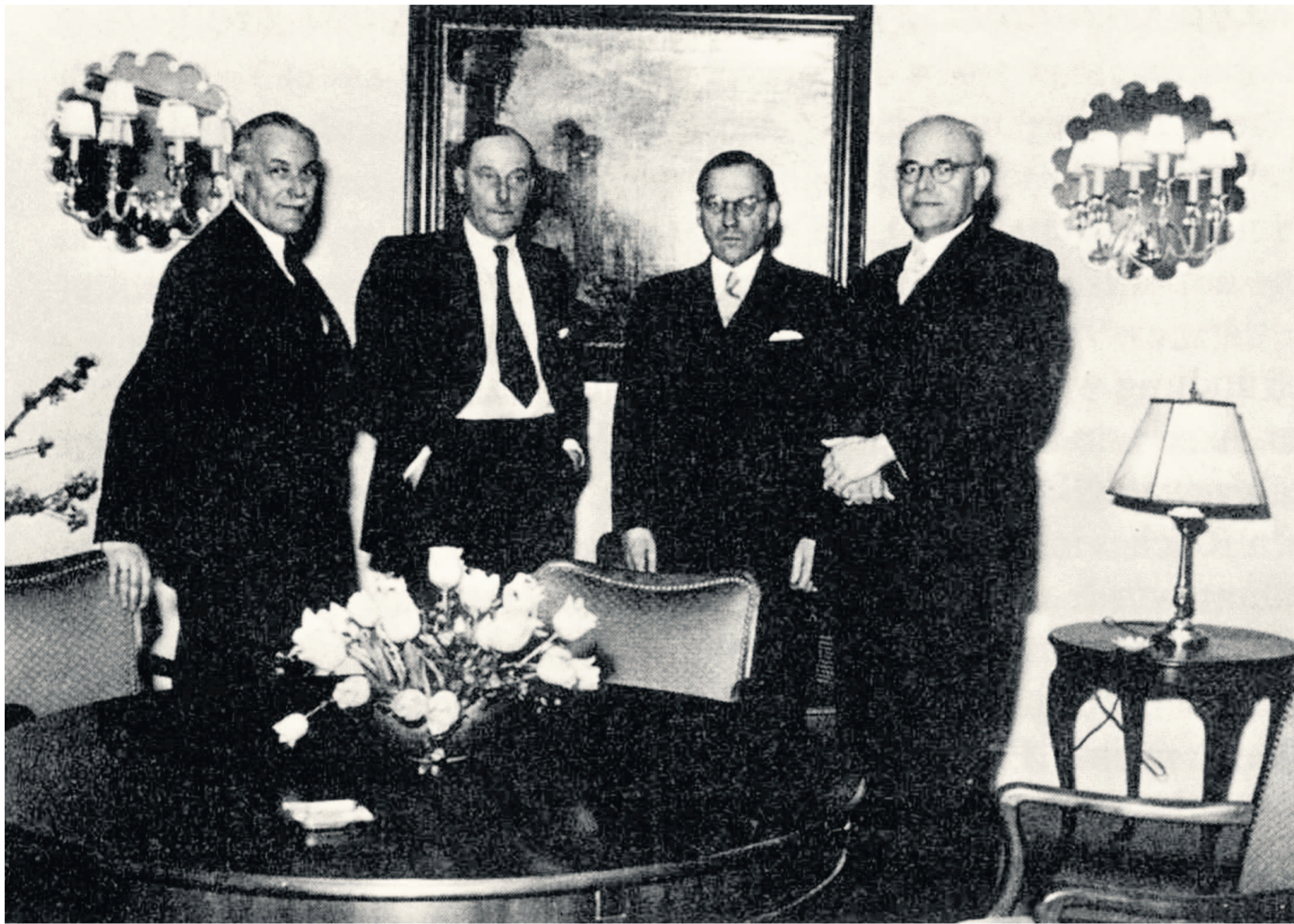
**STREITKRÄFTE** Anhörung zur sozialen und finanziellen Versorgung von verletzten Soldaten

Die Bundesregierung möchte die soziale und finanzielle Versorgung von Soldaten und Zivilbediensteten des Bundes, die bei einem Auslandseinsatz schwer verletzt wurden, verbessern. Der entsprechende Gesetzentwurf (17/7143) stand in der vergangenen Woche auf der Agenda einer öffentlichen Anhörung des Verteidigungsausschusses. Dabei wurde der Vorstoß an sich begrüßt, kritische Töne gab es dennoch. So geht nach Meinung eines Großteils der Sachverständigen die Beweislast bei der Geltendmachung von Wehrdienstbeschädigungen zu Lasten der Betroffenen. In der vorangegangenen Sitzungswoche hatte sich das Plenum mit dem Thema beschäftigt.

**Langjährige Verfahren** Konkret sieht der Entwurf des Einsatzversorgungsverbesserungsgesetzes unter anderem eine Erhöhung der einmaligen Entschädigungszahlung an schwer verletzte Soldaten, Beamte und Zivilbeschäftigte, deren Erwerbsfähigkeit dauerhaft um 50 Prozent vermindert ist, von derzeit 80.000 auf 150.000 Euro vor. Ebenso sollen die Entschädigungszahlungen an Ehepartner und Kinder von 60.000 auf 100.000 Euro steigen. Die Regierung plant außerdem Verbesserungen bei den Pensionen und Renten. Auslandseinsätze sollen ab einer bestimmten Mindestdauer

er stärker auf die Altersversorgung angerechnet werden. Der Stichtag im Einsatz-Weiterverwendungsgesetz wird zudem vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 zurückdatiert. Nach diesem Gesetz können Soldaten und Zivilbedienstete ab einer einsatzbedingten Erwerbsminderung von mindestens 50 Prozent eine Weiterbeschäftigung im Bundesdienst beantragen. Genau dies kritisierte der Bundesvorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes Ulrich Kirsch. Er forderte die Senkung des erforderlichen Grades der Schädigungsfolgen von 50 auf 30 Prozent, wie es auch in einem Antrag der Koalitionsfraktionen (17/2433) im vergangenen Jahr gefordert worden war. Der Antrag war im Oktober 2010 ohne Gegenstimme verabschiedet worden; lediglich Die Linke hatte sich der Stimme enthalten. Vor allem für Zeitsoldaten und freiwillige Wehrdienstleistende sei eine Senkung auf 30 Prozent wichtig, sagte Kirsch. Zudem kritisierte er, dass nach dem vorliegenden Entwurf betroffene Soldaten noch immer beweisen müssten, dass ihre Schädigung in direktem Zusammenhang mit ihrem Wehrdienst steht. Es sei „nicht hinnehmbar“, dass sie in oft langjährigen Verfahren belegen müssten, wo ihre Schädigung herkommt. Kirsch sprach sich für eine Umkehr der Beweislast aus. *Tatjana Heid*

Der Rechtsanwalt Arnd Steinmeyer sagte, er habe keine rechtlichen Bedenken gegen eine Umkehr der Beweislast. Er halte sie vielmehr für notwendig – vor allem bei Soldaten mit Posttraumatischen Belastungsstörungen. Dem widersprach Gerd Höfer vom Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. Eine Umkehr der Beweislast werde die Situation der Betroffenen nicht verbessern und die Feststellung der Schädigungsfolgen nicht erleichtern, betonte er. Für eine Umkehr der Beweislast plädierte wiederum Andreas Timmermann-Levanas, Vorsitzender des Bundes Deutscher Veteranen. Er kritisierte außerdem den im Gesetzentwurf genannten Stichtag, nach dem nur diejenigen von den erhöhten Einmalzahlungen profitierten, die ab 2011 im Einsatz seien. „Wir reden hier nicht von 300.000 Betroffenen, sondern von Einzelfällen“, betonte Timmermann-Levanas. Seit 1992 hätten 177 Soldaten eine Einmalentschädigung erhalten. Auch er hält die Senkung des Grades der Schädigungsfolgen auf 30 Prozent für richtig. Karl-Heinz Biesold vom Bundeswehrkrankenhaus Hamburg lehnte eine solche Senkung dagegen ab. Das Problem liege vielmehr bei den Gutachten, betonte er. Häufig würden Soldaten zu niedrig eingestuft. *Tatjana Heid*



Gruppenbild nach der ersten Vorstandswahl 1951. Vorsitzender der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft ist Karl Georg Pfeleiderer (2. v. re.). In der „Villa Dahm“ (o., beim Abriss) und im früheren Reichstagspräsidenten-Palais wurde und wird viel Politik gemacht.



# Hüter der leisen Politik-Kultur

**JUBILÄUM** Die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft feiert ihren 60. Geburtstag. Die Einrichtung hat sich auch in Berlin etabliert

**E**in vor 60 Jahren in Bonn gepflanztes Gewächs ganz besonderer Art gedeiht auch in Berlin prachtvoll. Auch weil es im Lauf der Jahre mit vielen Millionen Baukosten „gedüngt“ wurde. Allein die Runderneuerung des von der DDR auch als Horchposten gegen den Westen genutzten Berliner Reichstagspräsidenten-Palais' des wilhelminischen Architekten Paul Wallot durch seinen modernen Kölner Kollegen Thomas van den Valentyn soll 1999 rund 20 Millionen Euro gekostet haben. Der soeben abgeschlossene weitere Modernisierungsschritt war wahrscheinlich weitere 14,45 Millionen teuer. Aber es war in Bonn und ist in Berlin gut angelegtes Geld für eine besondere parlamentarisch-politische Kultur. Die beobachtet man sonst in der Londoner „Hansard Society“. Es handelt sich um den interfraktionellen Club der Abgeordneten, die „Deutsche Parlamentarische Gesellschaft e.V.“ Sie ist auch in ihrer Berliner Zeit seit 1999 mit mehr oder weniger zutreffenden Medien-Bildern geschmückt worden, vom „edlen Logenplatz an der Spree“ bis hin zum „Ort der wichtigsten Kompromisse“ („FAZ“), womit die „Frankfurter Allgemeine“ ein zutreffendes Wort von Carlo Schmid aufgriff, der die Gesellschaft mit einem „parlamentarischen Stammtisch“ und einem Vertrauen bildenden „Vermittlungsausschuss“ verglichen hatte.

**Festakt als Staatsakt** Die Parlamentarische Gesellschaft würdigte am vergangenen Dienstag im Paul-Löbe-Haus des Bundestages ihren 60. Geburtstag (siehe „Vier Präsidenten und eine musikalische Zeitreise“). Mit gleich vier Präsidenten als Gratulanten und Laudatoren: Bundespräsident Christian Wulff, Bundestagspräsident Norbert Lammert (beide CDU), der polnische Präsident des Europa-Parlaments Jerzy Buzek und Heinz Riesenhuber (CDU) als Gastgeber. Der 1935 geborene langjährige Bundesforschungsminister Riesenhuber ist Alterspräsident dieser 17. Wahlperiode des Bundestages. Ein Blick zurück nach Bonn: Als die Bundesrepublik kürzlich am 3. Oktober die deutsche Einheit offiziell in den Bonner Parks der Bundespräsidenten und -kanzler feierte, wäre es schön gewesen, wenn der Satz noch gestimmt hätte. „In der Rheinaue stehen drei Villen für die Bonner Erfolgsgeschichte der Demokratie: die Villa Hammerschmidt des Bundespräsidenten, das Palais Schaumburg des Bundeskanzlers und die Villa Dahm als Sitz der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft.“ Leider wurde der Dreiklang dieser weißen Gründerzeitvillen am Rhein zerstört.

**Dieckmanns Fehlkalkulation** Denn die Stadt Bonn hatte unter Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) die denkmalgeschützte Villa Dahm dem noch immer unfertigen Wolkenkuckucksheim eines „Weltkongresszentrums“ (WCCB) geopfert. Sie ließ 2006 den Abriss durch einen nicht wirklich existierenden „Investor“ zu. Sie opferte für einen modernen, wahrscheinlich erst 2013 nutzbaren Bauklotz ein Millionengeschick des Bundes und stellte sich selbst damit eine Millionenfalle. Der Bund hatte nach dem Abschied des Bundestages aus Bonn 1999 die von ihm in den 80er Jahren für mindestens vier Millionen D-Mark renovierte und seither vorbildlich erhaltene Villa 2002 der Stadt ge-

schenkt. Der Abgeordneten-Club war 1955 in die feine Villa an der Bonner Dahlmannstraße 7 gezogen, nachdem er 1951 im Bonner Hotel „Bergischer Hof“ gegründet worden war. Nach dem Berlin-Umzug wurde das ursprüngliche Doppelhaus zweier Bonner Brüder und Gesellschaftsleute der Familie Dahm noch als Sitz von Stiftungen genutzt, bis sich das einst maßvolle Bonn in den WCCB-Skandal verstrickte. Der Abriss war der erste Teil jenes Skandals. Die im Verhältnis zur Villa nichtssagenden, aber ebenfalls wie der Kiosk vor dem Bundesrat unter Denkmalschutz stehenden bescheidenen Ex-Abgeordneten-Wohnungen wurden dagegen erhalten. Immerhin protestierte 2004 die seit zwölf Jahren im vormaligen Berliner Palais des Reichstagspräsidenten gegenüber dem Reichstagsgebäude vorzüglich untergebrachte Parlamentarische Gesellschaft mit ihrer damaligen Präsidentin Elke Leonhard gegen die Abrisspläne. Auf Vorschlag ihres Ehrenpräsidenten Otto Wulff (CDU) wurde in Berlin einstimmig eine „Resolution zum Erhalt der Villa Dahm“ beschlossen. „Die für die politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland so wichtige Gründerzeitvilla von 1870“ stehe für ein „parlamentarisches Gesellschaftsbewusstsein und die vertrauensvolle Begegnung über Parteigrenzen hinweg“. Und weiter: „Ihr einstiger Sitz in Bonn mit den sich zum Rhein erstreckenden ehemaligen Gebäuden des Bundestages und des Bundesrates ist ein gemeinsames historisches Ensemble, das nicht zerstört werden darf.“ Aber es wurde.

**Vergebliche Proteste gegen den Abriss der traditionsreichen Bonner »Villa Dahm«**

**Gründergeist** Zum Glück setzte die Parlamentarische Gesellschaft in Berlin fort, was sie in Bonn begonnen hatte. Diese Kontinuität hängt mit Gründergeist und -geschichte der Gesellschaft zusammen. Am Anfang standen Persönlichkeiten, die aus dem Untergang der Weimarer Republik und der NS-Barbarei gelernt hatten. Sie wollten es nicht beim Lippenbekenntnis „Nie wieder“ belassen und parlamentarische Kollegialität über den Parteienstreit stellen. In diesem Geist trafen sich die Gründer der Gesellschaft am 1. April 1951 im „Bergischen Hof“, nachdem sie in London auf Einladung des liberalen britischen Abgeordneten Stephen King Hall das Unterhaus und den diskreten, Parteigrenzen überwindenden Club der Hansard Society kennengelernt hatten.

**Hitler-Gegner** Zwei der drei Gründungsvorsitzenden waren Diplomaten und alle ausgewiesene Gegner Hitlers: der liberale Vordenker Karl Georg Pfeleiderer, der Sozialdemokrat Gerhard Lütken und der CSU-Mitbegründer Josef Ernst Fürst Fugger von Glött. Ihre Nachfolger festigten diese Tradition in der Kommunität von Bonn in Berlin. Den „Gründervätern“ folgte 1954 bis 1957 der spätere Kanzler der ersten Großen Koalition und „wandelnde Vermittlungsausschuss“ Kurt Georg Kiesinger (CDU), damals zugleich Chef des Auswärtigen Ausschusses. Der Diplomat Otto Fürst von Bismarck (CDU) war von 1957 bis 1961 Vorsitzender. Danach wurde es Ernst Majonica (1961 bis 1972). Der CDU-Mann war erster Berufspoli-

tiker in diesem Amt. Da dafür, vergleichbar dem Amt des Bundestagspräsidenten, die jeweils stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht hat, kam mit Hedwig Meermann (SPD) die erste Frau zu dieser Ehre (1972 bis 1976), nachdem die Frauen als Clubmitglieder von Elisabeth Lüders (FDP) über Helene Weber (CDU) bis Annemarie Renger (SPD) schon längst aus dem Herrenclub eine Koedukationsgesellschaft gemacht und mit „der Gräfin“ „Betta“ von Werthem als Geschäftsführerin, und deren Sohn ohnehin das Sagen hatten. Hedwig Meermann half diskret, Feindseligkeiten zu überwinden. Zum Beispiel, nachdem der spätere Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) Grafiken des SPD-nahen Künstlers Klaus Staack in der Villa abgerissen hatte. Sie hatte in diesem guten Geist deshalb auch bei der Gründung der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten mitgewirkt, die nun in Berlin ihren Sitz ebenfalls im Palais der „Parlamentarischen“ hat.

**Präsident als neuer Titel** 1976 bis 1978 führte der Franke Richard Stücklen (CSU) das Zepter. Er ließ sich als erster Präsident statt Vorsitzender nennen, als hätte er gewusst, dass er Bundestagspräsident werden sollte. Deshalb folgte ihm schon bald, bis 1980, Burkhard Ritz (CDU) aus dem Emsland. Nach dem Wechsel in die Landespolitik abgelöst von Otto Wulff (CDU) (1980 bis 1991), einem Multi-Talent aus Westfalen, von der Wissenschaft über die Bankwirtschaft bis zu kabarettreife Sprachparodien. Heute ist er Kopf der Senioren-Union seiner Partei.

**Eine Frau gibt Glanz** 1991 bis 1999 war Reinhard Freiherr von Schorlemer (CDU) der Präsident des Übergangs im Umzug von Bonn nach Berlin. Der bei Osnabrück Geborene stammte aus westfälischem katholischen Uradel. Auch er betrieb exzellent die vertrauensvolle interfraktionelle Zusammenarbeit. Dies auch mit seiner in der SPD aktiven Vizepräsidentin Elke Leonhard, die dann von 1999 bis 2006 Präsidentin war. Die Frau und Mitautorin des berühmten Publizisten Wolfgang Leonhard war eine sehr eigenständige Persönlichkeit. Sie gab der allmählich „alt“ werdenden „Parlamentarischen“ frischen Glanz. Das verbindet sie mit dem vom Englischen bis zum Japanischen sprachgewandten geistesgegenwärtigen jetzigen Präsidenten Heinz Riesenhuber (CDU). Er ist seit 2006 in jenem seiner Persönlichkeit entsprechenden Ehrenamt. Der „Mann mit der Fliege“ ist Bauherr eines soeben abgeschlossenen Umbaus im Palais. Er empfindet sich als Hüter einer „leisen Kultur des Parlaments ohne Öffentlichkeitsarbeit“ und damit eines strikteren diskreteren Club-Charakters als in Bonn.

**Alter Gründergeist** Die Satzung dieses e.V. entspricht bis heute dem Gründergeist von 1951: „Die Parlamentarische Gesellschaft setzt sich das Ziel, die menschlichen, sachlichen und politischen Beziehungen im Kreise der Mitglieder der Parlamente des Bundes und der Länder zu pflegen.“ Unterdessen ist dieses „Grundgesetz“ des Clubs erweitert um den Hinweis auf die europäischen Institutionen und ihre vergleichbaren Gesellschaften des Auslandes. Diese Pflege der parlamentarischen Kultur des Miteinandersprechens ist von Anfang an geglückt – und gelingt auch in Berlin. Dem guten Geist des Clubs dienten schon die Personalentscheidungen von 1951: erste Geschäftsführerin wurde „Betta“ Gräfin Werthem, die bis 1984 als „First Lady“ Atmosphäre und Kultur in der Villa am Rhein prägte. Das galte auch für ihre Nachfolgerin Ingrid von Hagen (bis 2000), die den Umzug nach Berlin zu meistern hatte. Ihr folgte die Kunsthistorikerin Heine Sudhoff. Seit 2003 ist zum ersten Mal ein Mann der Geschäftsführer, der aus dem Beamtentum des Haushaltsausschusses kommend, diskret und geräuschlos arbeitende Regierungsrat Bernd Wichterich.

**Essen und Trinken** Nicht zu vergessen die „Markentendenz“. Essen und Trinken hält Leib und Seele gerade im politischen Betrieb zusammen. Insgesamt arbeiten in der Gastronomie und im Stab der Gesellschaft rund 40 Mitarbeiter und erwirtschaften zur Freude des Schatzmeisters Johannes Kahrs (SPD) einen Teil des vom Bundesgesetz garantierten jährlichen Zuschusses von 1,4 Millionen Euro. Eine weitere Einnahme stammt von den Beiträgen der über 1400 Mitglieder. Zurzeit sind es 180 Euro für aktive Abgeordnete jährlich. Ehemalige zahlen ein Drittel. Der Gesellschaft gehören zurzeit 575 der aktiven MdBs an – also nicht alle –, 20 Europaparlamentarier und 100 Landtagsabgeordnete. Die übrigen sind Ehemalige. Nach Parteizugehörigkeiten: 641 CDU/CSU, 415 SPD, 199 FDP, 104 Grüne, 54 Linke, sechs Fraktionslose.

**Carlo Schmid Bonmot** Elke Leonhard zitierte beim Festakt zum 50-jährigen Bestehen der Gesellschaft am 15. Oktober 2001 Carlo Schmid als einen der führenden Köpfe beim Aufbau des Parlamentarismus in Bonn: „Die jungen Parlamentarier sollten begreifen, dass sich oft um den weißen Tisch herum in der Politik besser vorankommen lässt als an den grünen Tischen. Ich verrate damit kein Geheimnis, dass die wichtigsten Kompromisse an – also nicht alle –, 20 Europaparlamentarier und 100 Landtagsabgeordnete. Die übrigen sind Ehemalige. Nach Parteizugehörigkeiten: 641 CDU/CSU, 415 SPD, 199 FDP, 104 Grüne, 54 Linke, sechs Fraktionslose.“

## Vier Präsidenten und eine musikalische Zeitreise

**FESTAKT IN BERLIN** Jerzy Buzek fordert mehr Europa. Christian Wulff äußert sich zu Krisensymptomen im Parlamentarismus

Die Feier des 60. Geburtstages der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft im Paul-Löbe-Haus war eine Mischung aus staatlichem Festakt und Familienfest. Für diese Stimmung sorgten die vier Redner und das aus aktiven wie ehemaligen Parlamentariern gut gemischte Publikum. Und nicht zuletzt die Big Band der Bundeswehr, die eine musikalische Zeitreise mit historischem Hintersinn bot. Beginnend mit einer Interpretation der Eurovisionsmelodie und endend mit der von den Gästen stimmungsvoll gesungenen deutschen Nationalhymne. Zu diesem emotionalen Höhepunkt hatte der polnische Präsident des Europaparlamentes, Jerzy Buzek, in einer auf deutsch gehaltenen Rede hingeführt: „Wir brauchen mehr Mut, mehr Europa, mehr Solidarität“ und den „deutschen Glauben an den Erfolg des gemeinsamen Projektes“. Heinz Riesenhuber, Präsident der Parlamentarischen Gesellschaft, würdigte die Bonner Gründungsgeschichte und Kontinuität dieses in der Welt einmaligen interfraktionellen Clubs in Berlin. Das Klima der Vertraulichkeit sei unter schwierigeren Bedingungen erhalten und gepflegt worden. Er bedauerte den Abriss der Villa Dahm, ihres Sitzes in Bonn, trotz aller Proteste. Riesenhuber begrüßte, dass in Straßburg eine vergleichbare Vereinigung in

der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft heranwache. Bundespräsident Christian Wulff verband die Würdigung der Parlamentarischen Gesellschaft mit kritischen Anmerkungen zum gegenwärtigen politischen Betrieb und Krisenerscheinungen im Parlamentarismus: „Unser Repräsentativsystem bedarf immer wieder der

Revitalisierung.“ Er nannte drei Beispiele: Politikverdrossenheit ergebe sich, wenn sich Abgeordnete bei Fragen nach dem Eurorettungsschirm im Fernsehen ausdrücklich als nicht informiert zeigten. Entscheidungen würden in kürzester Frist durch die Parlamente gebracht. Die Vorentscheidungen, die in „Fachbruderschaften, Expertengremien, su-

pemationalen Gremien“ getroffen worden seien, „müssen solche Bürgerinnen und Bürger ermüthen, die aktiv mitgestalten wollen“. In Plebisziten sah der Bundespräsident zwar keinen Ausweg, aber er rief dringend zur größeren Beteiligung der Bürger, vor allem über das Internet mit Twitter und Blog. Die Politiker sollten auf diese Weise am Anfang der Entscheidungsprozesse auf die Bürger zugehen. Der Bundespräsident stärkte damit – unausgesprochen – die Parlamentarismus-Positionen des Bundestagspräsidenten. Norbert Lammert war in freier Rede abermals in rhetorischer Höchstform. Er ironisierte die Übergangsmelodie der Big Band zu seiner Rede „Saving All My Love For You“ als bezeichnend für sein Verhältnis zur Parlamentarischen Gesellschaft. Einerseits habe die Gesellschaft dem Parlamentspräsidenten zwar ein mögliches Domizil im früheren Reichstagspräsidentenpalais genommen. Andererseits habe sie dafür viel gegeben: Das in der Welt „einmalige Klima“ gepflegt, „das unsere Parlamentsarbeit auszeichnet“. Er wünsche deshalb dem Club für die nächsten Jahrzehnte, dass er „hellwach, kollegial, kompetitiv und souverän bleibe, wie es sich für Volksvertreter gehört – eine wahrhaft Parlamentarische Gesellschaft.“



EU-Parlamentspräsident Jerzy Buzek bei seiner Rede im Paul-Löbe-Haus.

Helmut Herles war FAZ-Korrespondent und Chefredakteur des General-Anzeigers in Bonn. Über die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft schrieb er 2001 das Buch „Von der Villa am Rhein in das Palais an der Spree“.





Begehrt in vielen Teilen der Welt: Deutsche Gewehre von Heckler & Koch, deren Export die Opposition verbieten lassen möchte.

# Im Verborgenen

**RÜSTUNGSEXPORT** Opposition kritisiert späte Vorlage des Regierungsberichts und fordert Transparenz bei Genehmigungen

Deutschland wird auch in Zukunft Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter exportieren. Forderungen der Linksfaktion nach einem Exportstopp in mehrere arabische Länder und nach Israel (17/5935-17/5950) lehnte der Bundestag am vergangenen Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (17/6335) in namentlicher Abstimmung ab. Während der Debatte wurde zudem über die Frage diskutiert, ob der Bundestag künftig bei Exporten von Rüstungsgütern mitentscheiden soll. Hintergrund sind geplante Panzerlieferungen nach Saudi-Arabien, von denen die Öffentlichkeit erst durch Medienberichte erfahren hatte. Während Reinhard Brandl (CDU/CSU) ebenso wie Martin Lindner (FDP) eine Parlamentsbeteiligung ablehnte, sprachen sich Oppositionsvertreter dafür aus, um so zu mehr Transparenz zu kommen. Aber auch aus den Koalitionsfraktionen gab es Kritik am derzeitigen Verfahren.

geschlossen worden. Damals wie heute, so Lindner, sei die Menschenrechtssituation ein „wichtiges, aber nicht das ausschließliche Kriterium“ gewesen. Würde man jedes Mal eine öffentliche Debatte führen, gäbe es keine Exporte mehr, sagte der Unionsabgeordnete Brandl. Durch die Geheimhaltung behalte die Bundesregierung vielmehr einen größeren Entscheidungsspielraum, „auch für eine Ablehnung der Anfragen“. Wäre dies anders, käme eine solche Ablehnung einer öffentlichen Brückung gleich.

**Abwägen** Sein Fraktionskollege Erich Fritz verwies darauf, dass jede Regierung bei Anfragen abwägen müsse, um im Einzelfall verschiedene Gesichtspunkte in Einklang zu bringen. Dies gelinge jedoch nicht immer, räumte er ein. Dass der für die Waffenexporte zuständige Bundessicherheitsrat nicht öffentlich tage, sei richtig, betonte Fritz. Wenn dann aber „fast wörtliche Abläufe des Bundessicherheitsrates“ in der Presse erscheinen würden, halte er das als Parlamentarier für „schwer erträglich“. Daher sei die geführte Debatte wichtig, weil das Parlament in seiner jetzigen Rolle nicht verbleiben könne. Klaus Barthel (SPD) räumte in der Debatte Fehler früherer Bundesregierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung ein. Diese Fehler dürfe man aber nicht fortsetzen, sondern müsse daraus lernen. Schwarz-Gelb tue dies jedoch nicht, kritisierte er. Rüstungsexporte in Nicht-EU-Länder, so Barthel, sollten die Ausnahme und nicht die Regel sein. Unter Union und FDP sei dies jedoch anders. Das Verhalten der Bundesregierung in der Frage der Waffenexporte sei von einem voraus eilendem Gehorsam gegenüber der Rüstungsindustrie geprägt, befand Barthel und stellte klar: „Wirtschaftliche Interessen dürfen nicht das Leitmotiv der Exporte sein.“

**Exportbericht angemahnt** Die Grünen-Abgeordnete Katja Keul empörte sich, es könne nicht angehen, dass das Parlament auf Recherchen des „Magazins Spiegel“ angewiesen sei, um die Beweggründe der Bundesregierung für den Export von Kampfpanzern nach Saudi-Arabien zu erfahren. „Die Regierung darf nicht weiter im Verborgenen agieren“, forderte sie. In Großbritannien, so Keul, sei man da weiter. Dort müsse die Regierung vierteljährlich alle Genehmigungen zum Rüstungsexport bekannt machen, damit sie in einem parlamentarischen Gremium diskutiert werden könnten. „Wir hingegen warten immer noch auf den Exportbericht für 2010.“ Der britische Parlamentsausschuss, so Keul, habe die Regierung veranlasst, 160 Exportgenehmigungen in Länder des „arabischen Frühlings“ entschädigungsfrei zu widerrufen. Die Bundesregierung habe hingegen nach eigener Aussage keine einzige Genehmigung für die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in arabische Länder widerrufen.

**Lieferungen nach Ägypten** Zum Studium eines aktuellen Berichtes von Amnesty International zu Waffenexporten in arabische Länder rief Jan van Aken (Die Linke). Darin sei nachzulesen, dass auch mit Waffen aus Europa Demonstranten getötet worden seien. „Deutschland war da ganz vorne dabei“, so van Aken mit Blick auf deutsche Waffen. In den vergangenen zehn Jahren seien Genehmigungen zur Lieferung von Rüstungsgütern unter anderem nach Saudi-Arabien im Umfang von 665 Millionen und nach Ägypten im Umfang von 268 Millionen Euro erteilt worden. Das sei „unerträglich“, da bekannt gewesen sei, dass in diesen Ländern die Menschenrechte nicht beachtet werden und sie sich in Kriegs- und Krisensituationen befunden hätten, urteilte van Aken.

Götz Hauding

© picture-alliance/dpa

## »Wachstum verstetigen«

**HAUSHALT** Bisher kaum Änderungen bei den Etatberatungen

„Ziel ist es, das Wirtschaftswachstum auch in unruhiger werdenden Zeiten zu verstetigen.“ Dies erklärte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) am Mittwochabend im Haushaltsausschuss bei den Beratungen des Etats des Bundeswirtschaftsministeriums. Als derzeit größte Wachstumsbremse bezeichnete er den Fachkräftemangel. Es müsse alles getan werden, um ihn zu beseitigen. Eine weitere Aufgabe seines Ministeriums sei die Stärkung des Mittelstandes. Dazu zählte er unter anderem die Entbürokratisierung und die Unterstützung der Innovationsbereitschaft der kleineren und mittleren Betriebe. Zudem werden in seinem Ministerium die Technologie- und Innovationsförderung fortgesetzt. Dies gelte auch für die Speichertechnologien bei den alternativen Energien. Der Etatentwurf der Bundesregierung für das Bundeswirtschaftsministerium passiere im übrigen den Haushaltsausschuss fast unverändert. Danach bleibt es bei einer Steigerung der Ausgaben um 0,3 Prozent auf 6,15 Milliarden Euro. Der Sprecher der FDP wies darauf hin, dass die Mittel für die Luft- und Raumfahrt angehoben worden

seien auf nun 1,2 Milliarden Euro. Die CDU/CSU-Fraktion kündigte an, dass bis zur Bereinigungssitzung ein Konzept für die finanzielle Ausstattung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) vorgelegt werde. Die Sprecher der Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen setzten sich ebenfalls für eine bessere Ausstattung der GRW ein. Sie forderten, dass die Ausgaben mindestens auf dem Niveau von 2010 fortgesetzt werden sollten. Ebenso unverändert blieb am Donnerstag der Etatentwurf des Gesundheitsministeriums. Insgesamt soll es bei den Ausgaben in Höhe von insgesamt 14,48 Milliarden Euro bleiben. Die Sprecher aller Fraktionen wiesen darauf hin, dass von den Gesamtausgaben fast 97 Prozent für den Zuschuss an die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) reserviert seien. Dabei handle es sich um gesetzliche Verpflichtungen, die automatisch steigen würden. Die SPD-Fraktion setzte sich unter anderem besonders dafür ein, die Kürzungen bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung teilweise zurückzunehmen.

Anzeige

**ICH BIN RESSOURCENSCHONER.**

SCHÜTZT Tetra Pak WAS GUT IST

**Du hast es in der Hand.**

Tetra Pak-Getränkkartons gehören zu den umweltverträglichsten Getränkeverpackungen. Denn sie bestehen überwiegend aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz, der bei verantwortungsbewusster Waldwirtschaft nahezu unbegrenzt zur Verfügung steht. Das ist nur einer von vielen Gründen, weshalb Tetra Pak-Getränkkartons schon heute zukunftsweisend sind.

tetrapak.de

### KURZ NOTIERT

#### Grüne wollen weniger Flächenverbrauch

Für eine wirksame Reduktion des Flächenverbrauchs setzt sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/6502) ein. Die Abgeordneten fordern deshalb die Bundesregierung auf, am 30-Hektar-Ziel festzuhalten, nach dem ab 2020 täglich nur 30 Hektar Flächen für die Siedlungsentwicklung verbraucht werden dürfen. Weiter soll die Regierung eine Grundlage für strategische und nachhaltige Planungen schaffen und den Fehlentwicklungen durch Bebauung im Außenbereich und durch große Infrastrukturprojekte mit starker Zerschneidungswirkung begegnen. Dabei sollen unter anderem Projekte im Fernstraßenbedarfsplan, die besonders wertvolle zusammenhängende Lebensräume entwerfen, einer naturschutzfachlichen Prüfung unterzogen werden. Zudem soll die Regierung ökonomische Anreize für eine Flächenkreislaufwirtschaft schaffen sowie Fehlanreize streichen und die Auswirkungen des hohen Flächenverbrauchs stärker thematisieren. Der Antrag wurde am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten.

mik

#### Vorstoß für altersgerechte Wohnungen

Die Bundesregierung soll den barrierefreien Umbau von Wohnungen und Häusern stärker unterstützen. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/7188), der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Anstatt das Kredit- und Zuschussprogramm „Altersgerecht Umbauen“ der KfW Bankengruppe zum Ende des Jahres auslaufen zu lassen, soll es über das Jahr 2011 hinaus verlängert sowie das bereits bestehende Programm hierfür auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Die Zahlung von Zuschüssen müsse im Vergleich zur Kreditvergabe gestärkt werden, fordert die Fraktion.

amr

#### Tiertransporte sollen zeitlich begrenzt werden

Für die Verbesserung des Tierschutzes setzt sich die Fraktion Die Linke in einem am Donnerstag erstmals beratenen Antrag (17/6913) ein. Die Bundesregierung soll sich unter anderem auf europäischer Ebene für eine zeitliche Begrenzung der Dauer von Tiertransporten auf maximal vier Stunden einsetzen. Außerdem sollen der Erhalt und die Schaffung eines dezentralen Netzes von Schlachthöfen gefördert sowie Regelungen eingeführt werden, die für die Tiere höhere Transportbehältnisse vorsehen.

eis

## Trennung umstritten

**VERKEHR UND BAU** Experten über Zukunft der Bahn uneins

Die Trennung von Schiene und Verkehr bei der Deutschen Bahn AG (DB AG) bleibt weiterhin umstritten. Dies wurde am Mittwoch bei der Anhörung des Verkehrsausschusses zur Bahnstruktur deutlich. Grundlage der Anhörung waren drei Anträge der Opposition (SPD:17/4428, Linke: 17/4433, Bündnis 90/ DieGrünen: 17/4434) sowie ein Gutachten der Monopolkommission. Professor Justus Haucaj von der Monopolkommission sprach sich dabei für eine

„weitestgehende Entflechtung“ des Bahnkonzerns aus. Nur so könnten Interessenkollisionen verhindert werden. Auch Michael Holzhey von dem Strategieberatungsunternehmen KCW setzte sich mit dem bestehenden integrierten Modell auseinander und sprach sich für ein unabhängiges Netzmodell aus. Demgegenüber hat sich für Richard Lutz von der DB AG die aktuelle Eisenbahnstruktur in Deutschland bewährt. Die Bahnstrukturreform von 1994 sei ein Erfolg, genieße international hohe Anerkennung und habe ihre wesentlichen Ziele erreicht. Sie habe mehr Verkehr auf die Schiene gebracht und die Belastung des Bundeshaushalts reduziert. Die Herauslösung der Infrastruktur aus dem DB-Konzern, also die Trennung von Schiene und Verkehr, würde hohe Kosten nach sich ziehen. Alexander Kirchner von der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) lehnte ebenfalls die Zerschlagung des Konzerns in einen infrastrukturellen und verkehrlichen Teil „strikt“ ab. Er kritisierte unter anderem, dass die zurückliegende Debatte um eine Teilprivatisierung der DB AG und die diskutierten Modelle zu keinem einheitlichen politischen Verkehrskonzept der Bundesregierung geführt hätten.

mik



In der Diskussion: Bahn und Schiene.

© picture-alliance/dpa

## KURZ NOTIERT

## Koalition sieht Chancen in der Nanotechnologie

Die Bundesregierung soll nach dem Willen der Fraktionen von CDU/CSU und FDP im Rahmen des Aktionsplans Nanotechnologie 2015 (17/4485) zusätzliche Ressourcen im Bereich der Nanotechnologie bereitstellen. In einem gemeinsamen Antrag (17/7184) fordern sie, kleine und mittlere Unternehmen, die rund 80 Prozent der Nanotechnologieunternehmen in Deutschland ausmachen, im Rahmen des Aktionsplans stärker zu unterstützen. Notwendig sei unter anderem eine Förderung von Langzeitforschungsvorhaben. Die Zukunftstechnologie könne nur dann nachhaltig erschlossen werden, wenn ausreichend in die Risiko- und Sicherheitsforschung investiert werde. Dies trage zu einer nachhaltigen Analyse aller Vorteile und Risiken der Nanotechnologie bei und rücke damit stärker in den Fokus, dass Nanomaterialien nicht per se risikobehaftet seien. *amr*

## Erdölvorräte sollen für 90 Tage ausreichen

Aufgrund von Vorgaben der EU muss die Erdölbevorratung in Deutschland neu ausgerichtet werden. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Erdölbevorratungsgesetzes und zur Änderung des Mineralöl-daten-gesetzes (17/7273) vorgelegt, der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Das „bewährte deutsche Bevorratungssystem“ und die bewährten Regelungen des bisherigen Gesetzes würden jedoch beibehalten, versichert die Regierung in der Begründung des Gesetzentwurfs. Die Bevorratung hat sich durch die Vorgaben der Europäischen Union in Zukunft an den Nettoeinfuhren von Erdöl und Erdölzeugnissen während eines Zeitraums von 90 Tagen auszurichten. Bisher war der Inlandsverbrauch bestimmter Gruppen maßgebend. *hle*

## Kormorane fressen Süßwasserfische weg

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP wollen dem Schutz natürlich vorkommender Fischarten den gleichen Stellenwert einräumen wie dem Vogelschutz. Diesem Ziel dient ein vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiegener Antrag (17/7352). Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen haben die Erfolge im Rahmen des bisher geleisteten Vogelschutzes zu einer erheblichen Vermehrung der Kormoranbestände geführt. Dies habe den von den Kormoranen verursachten Fraßdruck auf die Bestände der Süßwasserfische zu deren Schaden enorm anwachsen lassen. Daher müssten die Kormoranbestände nachhaltig reguliert werden. *eis*

## Pflanzenschutzrecht wird EU-Vorgaben angepasst

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des Pflanzenschutzrechts (17/7317) vorgelegt. Der Entwurf hat den Zweck, die nationale Gesetzgebung an mehrere Rechtsakte der Europäischen Union anzupassen und betrifft die Durchführung verschiedener Zulassungs- und Genehmigungsverfahren für Pflanzenschutzmittel. Der Bundestag überwies den Entwurf am Donnerstag zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse. *eis*



Rund 50 Milliarden Euro aus Kriminalität und Schattenwirtschaft werden in Deutschland nach Expertenangaben rein gewaschen.

# Geldwaschmaschine läuft

**FINANZEN** Sachverständige enttäuscht von Planungen der Regierung – Wirtschaft sieht neue Bürokratie

Ein Mann sitzt vor einem Spielautomaten. Stunde um Stunde wirft er Kleingeld in die Maschine und scheint auf den großen Gewinn zu hoffen. Der Eindruck kann täuschen. Längst sind diese Automaten nicht nur Vergnügen oder in vielen Fällen eine Gefahr für Suchtgefährdete. Kriminelle haben die Automaten entdeckt. Bis zu 20.000 Euro pro Monat können pro Gerät auf ganz einfache Weise „gewaschen“ werden.

**Wie geschmiert** Dass die Geldwaschmaschine wie geschmiert läuft, liegt für Experten an fehlenden Kontrollen der Spieler. Jeder über 18 Jahre kann in Spielhallen gehen, Personalien werden nicht erfasst. Viele kommen, um zu spielen. Einige haben jedoch Geld aus Rauschgifthandel, Zigarettenmuggel oder anderen Unterweltgeschäften bei sich und werfen dies flüchtig ein. Gewinn soll es keinen geben, denn der Spieler steckt mit dem Betreiber der Halle unter einer Decke. Der streicht das eingeworfene Geld ein, verbucht es als Einnahmen, zahlt davon Miete, Strom und andere Kosten, versteuert den Rest und hat den Nettogewinn für legale Investitionen frei. Vielleicht kauft er davon ein Geschäftsgebäude und eröffnet eine weitere Spielhalle. Bei einer Anhörung des Finanzausschusses am vergangenen Mittwoch forderten die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft sowie die Deutsche Steuer-Gewerkschaft harte Maßnahmen gegen die Geldwäsche. Es sei davon auszugehen, dass in Deutschland über 50 Milliarden Euro gewaschen würden.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter machte am Beispiel einer Spielhalle deutlich, welche Dimension das Problem hat: In einem Spielgerät würden sich bei acht Spielstunden täglich 640 Euro einwerfen lassen. Möglich wären bis zu 20.000 Euro pro Gerät und Monat, die auf diese Weise gewaschen werden könnten. Und es gebe kaum noch Spielhallen mit weniger als einem Dutzend Geräte. In einem Positionspapier zur Anhörung wird auf Gutachter verwiesen, denen völlig unverstänlich sei, „warum jede moderne Registrierkasse eine bessere Nachvollziehbarkeit der erfolgten Einnahmen, Ausgaben und Umsätze bietet als Geldspielgeräte.“

**Entwurf vorgelegt** Die Bundesregierung hat zwar inzwischen einen Gesetzentwurf zur Optimierung der Geldwäscheprevention (17/6804) vorgelegt, doch stießen zahlreiche Regelungen nicht nur bei den Kriminalbeamten auf Widerstand, die dringend eine Regelung der Spielhallenproblematik forderten. Nach dem Gesetzentwurf sollen bestimmte Pflichten auf den Nichtfinanzsektor (unter anderem Immobilienmakler, Spielbanken, Steuerberater und Rechtsanwälte) ausgeweitet werden. In Zukunft sollen persönliche Daten beim Erwerb von anonymen Prepaid-Karten erfasst werden müssen. Außerdem sollen Betriebe mit mindestens neun Beschäftigten einen „Geldwäschebeauftragten“ ernennen müssen. Die Ernennung eines Geldwäschebeauftragten war wiederum der Wirtschaft zu viel des Guten. Dies bedeute „eine nicht erforderliche Überregulierung und neue Bürokratie“,

hiess es in einer gemeinsamen Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). „Zu der Verpflichtung zur Bestellung diverser Beauftragter käme ein weiterer Beauftragter hinzu, der geschult oder für die Er-

ders in Behörden geführt. Es werde aber überwiegend nicht die Korruption bekämpft, sondern es würden Geschenke kontrolliert. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZdH) protestierte gegen die geplante Regelung, dass beim Vertrieb von

warnte der ZdH. Die Einführung von Geldwäschebeauftragten kommentierte die Organisation mit dem Hinweis, es würden hohe Kosten entstehen, ohne dass es zu einer besseren Bekämpfung der Geldwäsche komme.

**Kontrollen an Tankstellen** BDI und BKA sprachen sich dagegen aus, dass selbst Supermärkte und Tankstellen eine Identifizierung ihrer Geschäftspartner vorzunehmen hätten. Der Vertreter von „Lekkerland“, einer Firma, die Tankstellen und Kioske beliefert, sprach die Erwartung aus, dass es für die kleinen Betriebe mit dem Prepaid-Geschäft vorbei sein werde, wenn die Regelung unverändert in Kraft treten würde.

Vertreter von Finanzaufsicht, Sicherheitsbehörden und Gewerkschaften widersprachen den Argumenten der Wirtschaft heftig. Ein Vertreter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wies darauf hin, es gehe nicht um Prepaid-Aufladungen des Handys, sondern um völlig anonyme Karten, die gekauft würden und deren Gegenwert an Automaten in bar ausgezahlt werden könne. Er warf dem Vertreter der Firma „Lekkerland“ sogar vor, die Abgeordneten „hinteres Licht zu führen“. Der Vertreter des Bundeskriminalamtes (BKA) sagte, man sehe bisher nur einen Bruchteil der Aktivitäten. Mit dem E-Geld könne das Geld in einem Bruchteil von Sekunden rund um den Globus transferiert werden. Dass diesen Transfers keine Personen zugeordnet werden könnten, sei ein „Horrorzenario“. Die Entwicklung sei dramatisch. *Hans-Jürgen Leersch*



Ein Spielautomat kann nicht nur Unterhaltungs-, sondern auch Geldwäschegerät sein.

füllung dieser Aufgabe freigestellt werden müsste“, schrieben die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme. Katharina Beckemper (Universität Leipzig) erklärte, bereits die Pflicht zu Ernennung von „Antikorruptionsbeauftragten“ habe zu einer unglaublichen Mehrbelastung beson-

„E-Geld“ (Prepaid-Karten) künftig in allen Fällen die persönlichen Daten des Kunden festgestellt werden müssen. Dadurch hätten 60.000 Verkaufsstellen von Bäckereien, die auch solche Karten vertreiben würden, künftig die Personalien festzustellen. „Das ist das Gegenteil von Bürokratieabbau“,

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## »Wächter« gegen Anlagebetrug

**FINANZEN** Die Bundesregierung soll im Interesse der Verbraucher einen „Finanzmarktwächter“ einrichten. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (17/6503), der am Donnerstag vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen wurde. Dazu soll die Regierung die Verbraucherschutzzentralen mit der Aufgabe einer Interessenvertretung für Verbraucher auf den Finanzmärkten, den sogenannten Finanzmarktwächter, betrauen. Dafür soll die Regierung auch angemessene Haushaltsmittel bereitstellen. Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe ergeben, dass den Verbrauchern jährlich rund 20 Milliarden Euro Verluste durch falsche Finanzberatung entstehen, schreibt die Fraktion zur Begründung. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher seien falsch versichert oder würden Geldanlagen besitzen, die nicht ihrem Bedarf entsprechen. Auch im „Grauen Kapitalmarkt“ würden viele Milliarden Euro verloren gehen. Die Finanzmarktwächter habe erneut verdeutlicht, dass sich Anbieterseite und Kunden nicht auf Augenhöhe begegnen. Es gebe ein großes Ungleichgewicht zwischen den Verbrauchern auf der einen Seite und der Finanzwirtschaft auf der anderen Seite. Von den Verbraucherschutz-

könnten die Anfragen mit dem derzeitigen Kapazitäten nicht bewältigt werden. Eine Erweiterung der Interessenvertretung der Verbraucher auf den Finanzmärkten sei daher dringend geboten, heißt es in dem Antrag. Der Finanzausschuss stimmte am Mittwoch einer stärkeren Regulierung des „Grauen Kapitalmarktes“ zu. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP beschloss der Ausschuss den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagerechts (17/6051). Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnten den Entwurf ab, die Linksfraktion enthielt sich. Mit dem Gesetz werden die Pflichten für Banken und Sparkassen im regulierten Bereich des Kapitalmarktes auf Anbieter im „Grauen Markt“ ausgedehnt. Dazu gehören das aufsichtrechtliche Gebot, anlegergerecht zu beraten, Provisionen offen zu legen, über Beratungsgespräche ein Protokoll zu führen und dem Anleger zur Verfügung zu stellen. Die Berater müssen künftig für die Berufsausübung einen Sachkundenachweis und eine Berufspflichtversicherung vorweisen. Als Aufsicht werden für sie nach dem Vorbild der Aufsicht über Versicherungsvermittler die Gewerbeämter zuständig sein. *mikhlh*

## Ein Schlichter für alle Verkehrsteilnehmer

**VERKEHR** SPD-Fraktion fordert verbraucherfreundliche Regelungen nach Flugausfällen

Verspätungen oder ausgefallene Flüge können bei Urlaubern und Geschäftsreisenden für viel Unmut sorgen. Auch wenn der entstandene Ärger schwer wieder gut zu machen ist, besitzt der Kunde in solchen Fällen immerhin Anspruch auf eine Entschädigung. Zur Klärung strittiger Fälle gibt es für Bus- und Bahnunternehmen seit zwei Jahren die Schlichtungsstelle öffentlicher Personenverkehr (SöP). Luftfahrtunternehmen regeln die Rechte ihrer Fluggäste bisher jedoch intern im eigenen Unternehmen. Die SPD-Fraktion hat dazu einen am Donnerstag erstmals beratenen Antrag (17/7337) gestellt, in dem sie die Bundesregierung auffordert, eine einheitliche Schlichtungsstelle für alle Verkehrsunternehmen einzurichten. Zur Begründung des Antrags verwies die SPD-Fraktion zu Beginn der Debatte auf die schlechte Umsetzung der Fluggastrechte in Deutschland. Bei Befragungen habe eine Mehrheit angegeben, bei ausgefallenen Flügen oder Verspätungen nicht angemessen über ihre Rechte informiert worden zu sein. Dieses Problem sei nicht neu. Deshalb hätten auch die Koalitionsfraktionen in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, eine einheitliche Schlichtungsstelle für alle Verkehrsunternehmen einzuführen, sagte Ulrike Gottschalck (SPD). Markus Tressel (Bündnis

90/Die Grünen) verwies darauf, dass das Vorhaben der Regierung, mit den Fluggesellschaften zuerst eine einvernehmliche Regelung zu finden, nur den Unternehmen und nicht dem Kunden diene. SPD und Grüne forderten deshalb, dass die Fluggesellschaften zur Teilnahme an einer Schlichtungsstelle verpflichtet werden müssten – wenn sie sich nicht freiwillig beteiligen wollten. Anders sah dies Marco Wanderwitz von der



Warten auf das Flugzeug...

CDU/CSU-Fraktion. Er hielt die Forderung für zu früh. Die Regierung werde derzeit „intensive Verhandlungen, und die Luftfahrtunternehmen haben sich auch schon bewegt – wenn auch nicht soweit, wie wir es gerne hätten“. Diesem Fortschritt nun mit Zwang zu begegnen, sei keine Lösung. Auf die freiwillige Beteiligung der Luftfahrtunternehmen zu setzen, ermögliche den Fluggesellschaften ein weiteres Mal ihre Position des Stärkeren auszuspielen, betonte hingegen Herbert Behrens (Die Linke). Der Fluggast sei gegenüber den großen Unternehmen immer in der schwächeren Position, wenn er nur mit viel Aufwand vor Gericht seine Rechte erstreiten könne. Dem hielt Patrick Döring (FDP) die Prinzipien der Marktwirtschaft entgegen. Wenn der Kunde mit einer Fluggesellschaft oder deren Fluggastrechte-Regelung unzufrieden sei, könne er die Airline wechseln – der Kunde sei also gar nicht so machtlos. In einem waren sich die alle Debatteilnehmer jedoch einig: Bei der Einrichtung einer zentralen Schlichtungsstelle müssen die Rechte der Verbraucher im Vordergrund stehen. Über den Antrag der SPD-Fraktion und die genaue Ausgestaltung der Schlichtungsstelle wird nun im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung weiter beraten. *Stephan Altemeier*

## Neue Grenze bei Umsatzsteuer

**FINANZEN** Die für die Berechnung der Umsatzsteuer maßgebliche Umsatzsteuerengrenze bleibt dauerhaft bei 500.000 Euro. Der Bundestag beschloss am Donnerstag einstimmig einen von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (17/7020, 17/7378). Die Anhebung der Umsatzsteuerengrenze von 250.000 auf 500.000 Euro war 2009 zur Abmilderung der Folgen der Wirtschaftskrise beschlossen worden und sollte zum 31. Dezember 2011 auslaufen. Die Koalitionsfraktionen wollten die Befristung aufgehoben wissen, weil andernfalls den betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen Liquidität entzogen werden wäre. In der Begründung des Entwurfs heißt es, die Umsatzsteuer entstehe grundsätzlich mit Ablauf des Voranmeldezeitraums, in dem die Leistung ausgeführt wurde. Auf die Bezahlung durch den Kunden komme es nicht an. Unternehmen mit einem Umsatz bis 500.000 Euro könnten jedoch statt dieser „Soll-Versteuerung“ die „Ist-Versteuerung“ wählen. Danach entsteht die Steuer erst mit Ablauf des Voranmeldezeitraums, in dem das Unternehmen das Entgelt für die Leistung erhalten hat. Die Abführung der Steuer hat damit erst dann zu erfolgen, wenn der Kunde gezahlt hat. *hle*

## Gespräch zu Technikfolgen

**EUROPA** Hope, Hype, Fear – Hoffnung, übersteigerte Erwartungen und Angst im Umgang mit Technik, das war das Leitmotiv der Konferenz des Netzwerks europäischer parlamentarischer Einrichtungen für Technikfolgenabschätzung (European Parliamentary Technology Assessment, EPTA) am vergangenen Donnerstag im Bundestag. Deutschland richtete die Veranstaltung im Rahmen seiner diesjährigen Präsidentschaft aus. Insgesamt diskutierten Forscher aus 18 Ländern – darunter aus Frankreich, Norwegen, Österreich, den USA, China und Russland – mit Abgeordneten des Bundestages über die Aufgaben von Politik und Wissenschaft. Im Mittelpunkt standen die Bereiche Nanotechnologie, Internet und Geo-Engineering.

Wenn es die Technikfolgenabschätzung (TA) nicht gäbe, müsste man sie erfinden, sagte Ulla Burchardt (SPD), Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, zur Begrüßung. Die Einrichtungen für Technikfolgenabschätzung weltweit seien „vielfältig und sehr verschieden“ – und wichtig für die politische Arbeit. Abgeordnete müssten auch nach bestem – also bestmöglichem – Wissen ihre Entscheidungen treffen. Dafür brauchten sie die Kenntnisse der TA.

Im Bereich Technik gehen die Meinungen weit auseinander, wie Armin Grunwald, Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung im Bundestag, betonte. Die einen prophezeiten eine apokalyptische Katastrophe, die anderen das Paradies. „Wir wissen nicht, wer recht hat“, sagte er. Ein Bereich, der mit großen Hoffnungen verbunden sei, sei das Internet. Und so wurden gerade die Möglichkeiten der Cyberdemokratie – als Verbindung von Politik und Technik – von den internationalen Gästen heiß diskutiert. Im kommenden Jahr hat Katalonien die Präsidentschaft inne und wird die Konferenz ausrichten. *Tatjana Heid*



Aus dem Bergwerk ins Mobiltelefon: Ohne Edelmetalle und Seltene Erden gäbe es keine High-Tech-Produkte.

### KURZ NOTIERT

#### Linke scheitert mit Antrag zu ausbeuterischer Kinderarbeit

Die Fraktion Die Linke will Steinprodukte, die durch ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden, mit einem Einfuhr-, Handels- und Verwendungsverbot belegen. In ihrem Antrag (17/5803) schreibt die Fraktion, dass allein zwei Drittel aller in Deutschland aufgestellten Grabsteine aus Indien stammen, wo schätzungsweise 150.000 Kinder in der Regel unter extrem menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. Der Antrag wurde am vergangenen Donnerstag mit der Koalitionsmehrheit abgelehnt. *ah*

#### SPD hinterfragt deutsche nukleare Abrüstungspolitik

Zu Deutschlands Rolle in der nuklearen Abrüstungspolitik hat die SPD-Fraktion eine Große Anfrage (17/7226) vorgelegt. Sie erinnert an den Gipfel von Lissabon im November 2010: Dort habe die Nato sich dazu verpflichtet, die Voraussetzungen für eine vollständige atomare Abrüstung zu schaffen. Weiterhin bestehe aber die Gefahr der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen durch Staaten wie Nordkorea und die „offensichtliche Absicht“ des Iran, sich die Option auf Atomwaffen zu verschaffen. Die Sozialdemokraten wollen wissen, welche Möglichkeit die Regierung sieht, den Dialog mit dem Iran über eine diplomatische Lösung des Nuklearkonflikts voranzubringen. *bob*

#### Bundesregierung sieht Roma weiter diskriminiert

Die Lebensbedingungen der Sinti und Roma sind in vielen Ländern Europas trotz Fortschritten bei der Integration nach wie vor von Diskriminierung und fehlender Chancengleichheit geprägt. Zu dieser Feststellung kommt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/7131) auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/5536). Dort heißt es weiter, dass zwar die rechtliche Gleichstellung der Roma als Teil des allgemeinen Minderheitenschutzes in allen Mitgliedstaaten der EU weitgehend realisiert sei. Nach wie vor bestünden aber erhebliche Defizite bei der Umsetzung dieser Rechte. *che*

#### Grüne setzen auf Zivilpersonal in Konflikten

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung auf, die Erfahrungen und Probleme des Zivilpersonals in Konfliktregionen wie in Afghanistan bei den Einsätzen zu evaluieren und den Bedarf an psychosozialer und sozialer Betreuung und Unterstützung zu ermitteln. In einem Antrag (17/7191) erwarten die Abgeordneten von der Regierung, sie solle „zeitnah“ ein Konzept vorlegen, das diesen Herausforderungen Rechnung trägt. *bob*

# Den Schatz im Handy heben

**ROHSTOFFE** Union und FDP wollen die Versorgung sichern. Die Opposition setzt auf Recycling und Entwicklungspolitik

**O**b Handy, Notebook oder Solarzelle: Keines dieser Alltagsprodukte würde ohne Metalle wie Lithium, Gallium oder die sogenannten Seltenen Erden funktionieren. Die weltweite Nachfrage nach solchen Rohstoffen steigt, das Angebot ist knapp und die Vorkommen sind auf der Erde ungleich verteilt.

Eine Woche nach dem Abschluss eines Rohstoffabkommens zwischen der Mongolei und Deutschland debattierte der Bundestag am vergangenen Donnerstag über zwei Anträge zur Rohstoffversorgung und zu internationalen Rohstoffpolitik. Während die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag (17/7353) vor allem die sichere und langfristige Versorgung der Wirtschaft ins Zentrum rückten, forderten die Fraktionen von SPD und Grünen, stärker auf Recycling und die Beschränkung von Rohstoffspekulation zu setzen. Die Fraktion Die Linke forderte mit einem eigenen Antrag (17/6153, 17/7151) eine „gerechte und entwicklungs-förderliche internationale Rohstoffpolitik“ ein, die nicht den Wünschen der deutschen Industrie folge, sondern eine soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens vorantreibe.

Der Antrag der Koalition wurde von der Mehrheit des Plenums angenommen, der Antrag der Linken bei Enthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

**Importabhängigkeit** „Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt“, sagte Ernst Burgbacher (FDP), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, zum Auftakt der Debatte. Deutschland brauche Rohstoffe, um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu sichern. Mit Abkommen wie jenem mit der Mongolei öffne die Bundesregierung Türen zu rohstoffreichen Ländern. „Durch diese Türen muss die Wirtschaft dann allerdings selbst gehen“, sagte Burgbacher und erläuterte die weiteren Schwerpunkte der Rohstoffstrategie der Bundesregierung.

Dazu zählten etwa ein Rohstoff-Informationssystem für mittelständische Betriebe, Investitionsanreize, das Engagement gegen wettbewerbsverzerrende Handelsbeschränkungen auf internationaler Ebene, vor allem aber Maßnahmen für mehr Rohstoffeffizienz und Recycling. „Wir können es uns schlicht nicht leisten, wertvolle Rohstoffe auf den Müll zu kippen“, sagte Burgbacher.

»Kolonialisierung« Der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rolf Hempelmann, warf der Koalition vor, beflügelt von der Erfolgsmeldung aus der Mongolei jetzt einen Antrag „mit heißer Nadel“ zu stricken. Damit springe die Koalition zu kurz. Das Beispiel zeige, dass die Bundesregierung wenig Konkretes für die Entwicklung im Partnerland vorsehe. Solche Abkommen erweckten den Eindruck einer „dritten Welle der Kolonialisierung“, von der die Bundesregierung ein paar „Glasperlen“ mit nach Hause bringe. „Wir können nicht die Methode Chinas verwenden, das die Rohstoffe in den Ländern Afrikas oder auch in Brasilien ausbeutet, die dortigen Märkte gleichzeitig mit ihren billigen Industrieprodukten überschwemmt und damit verhindert, dass dort eine eigene Wertschöpfung entsteht“, sagte Hempelmann.

Einen Zweispart der „interessengeleiteten und gleichzeitig wertgebundenen Außenpolitik“ machte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder, aus. Gerade in rohstoffreichen Ländern herrschten häufig große Armut und „sehr schwierige politische Verhältnisse“. Dennoch sei „realpolitisches Handeln notwendig, weil dies unseren Interessen entspricht“, sagte Mißfelder und verwies auf die Abhängigkeit großer deutscher Unternehmen von Rohstoffimporten. Der Linken warf Mißfelder einen „Pawlowschen Ideologierex“ vor. „Sobald Sie das Thema Ressourcen, Industrie, Wirtschaft, Rohstoffe hören, sagen Sie: Kein Krieg für Rohstoffe!“ Ohne eine „engagierte Rohstoffaufsempolitik“ aber würde die Industrie in Deutschland schlicht eingehen, warnte Mißfelder.

Wolfgang Gehrcke von der Fraktion Die Linke warf der Bundesregierung vor, sich um die Menschenrechte „einen Dreck zu scheeren“, wenn es um den Profit gehe. Seine Fraktion betone den fairen Ausgleich zwischen Rohstoffproduzenten und -konsumenten und frage nach den Arbeitsbedingungen von Menschen, die Rohstoffe fördern. „Wir wollen Ausgleich und nicht Dominanz“, sagte der außenpolitische Sprecher der Linken. Zudem sagte Gehrcke zum militärischen Aspekt des Themas, Rohstoffsicherheit und die Sicherung von Handelswegen seien Gründe für deutsche Militäreinsätze wie in Afghanistan.

»Kein Innovationsbrummer« Der Fraktionsvize von Bündnis 90/Die Grünen, Fritz Kuhn, kritisierte, dass sich die Koalition zu stark auf die Rohstoffsicherung und zu wenig auf Recycling und Rohstoffeffizienz konzentriere. Zudem werde sie ihrem eigenen Anspruch einer europäischen Rohstoffpolitik nicht gerecht: „Hat die Kanzlerin die EU vorher über ihr Vorhaben in der Mongolei informiert?“, fragte Kuhn. Überdies sei das Abkommen mit seiner starken Ausrichtung auf Steinkohle nicht gerade ein „Innovationsbrummer“. Besonders schwach sehe die Koalition in der Frage der Rohstoffspekulation aus, die für die deutsche Wirtschaft wie für die Entwicklungsländer „extrem schädlich und gefährlich“ sei. Schwarz-Gelb scheue das Wort Regulierung „wie der Teufel das Weihwasser“, sagte Kuhn. Die „kräftigen Preisanstiege“ für Metalle seien weniger Folge von Spekulationen, sondern des Aufstiegs von Schwellenländern wie China, sagte Klaus Breil von der FDP-Fraktion. Rohstoffsicherheit sei vor allem eine Aufgabe der Wirtschaft selbst, die Bundesregierung setze lediglich die Rahmenbedingungen: mit Lieferabkommen, „staatlich investierten Rohstoffpartnerschaften“, Investitionskredit und dem Abbau von „Handels- und Wettbewerbsverzerrungen“. Außerdem müsse das Recycling noch gesteigert werden, sagte der energiepolitische Sprecher der Liberalen. *Alexander Heinrich*

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Entwicklungshilfe soll grüner werden

**ZUSAMMENARBEIT** Die Bundesregierung will nachhaltige Energien und Deutschlands Innovationspotenziale beim Klimaschutz zu Schwerpunkten in der Entwicklungspolitik machen. Dies geht aus dem Strategie-Konzept mit dem Titel „Chancen schaffen - Zukunft entwickeln“ hervor, das Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) am vergangenen Mittwoch im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorstellte. Zu den insgesamt fünf Schlüsselbereichen gehören demnach auch das verstärkte Engagement auf dem „Chancenkontinent Afrika“ und in „fragilen Ländern als Friedensinvestition“ sowie die Förderung der „Innovationskompetenz von Verantwortungseliten“. Das Konzept markiere die Bedeutung von „Bildung als Schlüssel zur Überwindung von Armut“, betonte Niebel. Weitere Schwerpunkte seien die stärkere Wirkungsorientierung, die Beteiligung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft und die Förderung des Unternehmertums in Partnerländern. Die SPD-Fraktion warf Niebel „Realitätsblindheit“ und „Arroganz“ vor. Noch immer sei Deutschland weit vom UN-Millenniumsziel ent-

fernt, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungspolitik aufzuwenden. Die Fraktion Die Linke kritisierte die „neoliberale“ Handschrift des Konzepts wie etwa die Betonung des Freihandels und die Ablehnung von Schutzzöllen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen prophezeite dem Minister, dass sein Strategiepapier „verpuffen“ werde. Niebel begreife Budgethilfen als „Gift der Entwicklungspolitik“, dabei seien diese ein Mittel zur „Entwicklung der Eigenverantwortlichkeit von Staaten“, sagte eine Vertreterin der Fraktion. Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP bestärkten Niebel in seinem Kurs. Das Konzept setze auf Eigenverantwortung, Wirkungsorientierung und wirtschaftliche Entwicklung, vor allem aber darauf, „Armut abzubauen statt Symptome zu bekämpfen“, sagte ein Vertreter der Unionsfraktion. Die FDP-Fraktion hob hervor, dass die deutsche Entwicklungspolitik das Ziel verfolge, aus Abhängigen Partner zu machen. Eine stärkere Fokussierung sei allerdings bei der Rolle der Frauen und bei der Entwicklung der ländlichen Räume angebracht, sagte eine Vertreterin der Fraktion. *ah*

### Hilfe für iranische Regimegegner

**MENSCHENRECHTE** Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe protestiert gegen die „sich weiterhin verschlechternde Lage der Menschenrechte im Iran“. Die Abgeordneten fordern die Bundesregierung fraktionsübergreifend auf, sich für die „sofortigen Freilassungen des Pastors Youcef Nadarkhani und des Menschenrechtsverteidigers Abdolfattah Soltani“ einzusetzen. Nadarkhani wurde wegen Glaubensabfalls zum Tode verurteilt. Soltani sitzt wegen seines Engagements für politische Gefangene in Haft.

Anlass der Erklärung war der Neunte Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen (17/2840), der am vergangenen Mittwoch auf der Tagesordnung des Ausschusses stand. In dem Bericht zum Zeitraum 1. März 2008 bis 28. Februar 2010 setzt sich die Regierung weltweit für wichtige Punkte in der internationalen Menschenrechtspolitik ein, so für bürgerliche und politische Rechte,

Rechte von Kindern, Frauen und Minderheiten sowie wirtschaftliche und soziale Rechte. Erstmals ist der Bericht in einen innen- und einen außenpolitischen Teil aufgeteilt. Eine Entschließung der Fraktionen von CDU/CSU und FDP wurde gegen die Stimmen der Opposition angenommen. Darin wird die Bundesregierung unter anderem aufgefordert, sich im nächsten Menschenrechtsbericht mehr der Lage der christlichen Minderheiten zu widmen. Die SPD-Fraktion mahnte die Regierung, künftig die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleichrangig im In- wie Ausland darzustellen. Die Grünen forderten, die Ziele in der Menschenrechtspolitik überprüfbar zu machen und verlangten, auch über die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung in Deutschland zu berichten. Die Fraktion Die Linke forderte, es müsse auch über die Kinder- und Altersarmut sowie über Probleme von Hartz-IV-Beziehern im Inland unterrichtet werden. *kr*

### Ländliche Räume im Fokus

**ENTWICKLUNG** Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Partnerländer in der Entwicklungszusammenarbeit bei der gesetzlichen Absicherung des Schutzes von Besitz und Eigentum zu beraten. Ferner soll sie den Aufbau eines Vergabesystems und des Justizwesens unterstützen und die Partnerländer beraten, wenn es um Verträge mit ausländischen Investoren geht, um die Interessen der ortsansässigen Bevölkerung wahren und die Risiken für die Umwelt einschätzen zu können. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und FDP (12/5488) hat das Parlament am vergangenen Donnerstag gegen das Votum der Opposition angenommen.

In einem weiteren Antrag (17/7185) forderten die Koalitionsfraktionen, „die Entwicklung ländlicher Räume zu einem Schlüsselbereich und Förderschwerpunkt“ der Entwicklungspolitik zu machen. Die Ernährungssicherheit von zukünftig zehn Milliarden Menschen und mehr sei nicht nur eine humanitäre Herausforderung, sondern auch eine wirtschaftliche. Die Abgeordneten zur Begründung

ihrer Initiative. Sie habe sicherheits-, wirtschafts-, umwelt- und migrationspolitische Folgen, die auch Deutschland betreffen werden. Der Antrag wurde in den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen. Keine Mehrheit fand hingegen ein Antrag der Linken (17/3541), der sich gegen die großflächige Landnahme und Spekulationen mit Land oder Agrarproduktion in den Ländern des Südens wandte. Die Linke hatte unter anderem gefordert, Investitionen deutscher und europäischer Unternehmen und Finanzinstitutionen in Agrarproduktion und in Land in diesen Ländern nur zu erlauben, wenn eine menschenrechtliche Prüfung stattfindet und Teilhaberechte der Bevölkerung beachtet werden. Schließlich scheiterte Die Linke mit einem Antrag (17/3542), in dem sie verlangt hatte, Erkenntnisse des Weltagrarberichts zur Grundlage deutscher und internationaler Agrar- und Entwicklungspolitik zu machen. Die Koalition lehnte ihn ab, die Grünen unterstützten ihn, die SPD enthielt sich. *vom*

Anzeige

## DAS WILL ICH LESEN!

**Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Meinung.  
Mehr Parlament.\***

**Jetzt auch als E-Paper**

\* Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253  
parlament@fs-medien.de  
www.das-parlament.de

**ENTWICKLUNGSMASCHINE**  
Im Internet sind grünes Eigentum  
Bestand wie nie

**SUCHMASCHINE**  
Was wie im World Wide Web findet, liegt  
in den Händen weniger Konzerne

**THEMA: Zukunft des Wissens im  
digitalen Zeitalter**

# DasParlament

**Die Ware Wissen**  
Informationen sind Kapital. Für die Gesellschaft und für den Einzelnen.



# Aufbruch in Tripolis

**NORDAFRIKA** Libyens Machthaber Gaddafi ist tot und das Land atmet auf. Doch die größte Herausforderung steht noch bevor: Der Aufbau eines neuen Staates.



In der arabischen Welt gibt es in diesen Tagen so viele bedeutende Ereignisse wie früher machmal in einem ganzen Jahrzehnt. In der libyschen Stadt Sirte nahmen die Truppen des Übergangsrates den ehemaligen Machthaber Muammar al-Gaddafi gefangen, der die Geschicke ihres Landes fast 42 Jahre lang bestimmt hatte. Kurz darauf wurde Oberst Gaddafi erschossen, wobei noch nicht ganz klar ist, wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat. Was die von den Revolutionstruppen inoffiziell verbreiteten Fotos und Videos aus den letzten Stunden des Despoten jedoch deutlich zeigen, ist, dass Gaddafi von den Kämpfern herumgeschubst und verhöhnt wurde. Sein Tod erinnert an das grausige Ende des rumänischen Machthabers Nicolae Ceausescu 1989.

**Islamisten** Wenn sich die Aufregung um die Umstände von Gaddafis Tod gelegt hat, wird die Frage im Vordergrund stehen, wie man die Interessen der Islamisten und die Vorstellungen der liberalen Kräfte unter einen Hut bringen kann. Dies ist ein Problem, das auch in Ägypten virulent ist und unter den Oppositionellen im Jemen und in Syrien ebenfalls sehr kontrovers diskutiert wird. Die Libyer, die nun binnen eines Monats eine neue Übergangsregierung bilden wollen, haben letztlich die größte Aufgabe zu bewältigen, weil ihnen der Kontrollfreak Gaddafi einen Staat hinterlassen hat, in dem bislang nur sein Wort galt. Deshalb ist das nordafrikanische Land trotz seines Öl-Reichtums praktisch ohne Institutionen. Und die Infrastruktur ist in vielen Gebieten außerhalb der Hauptstadt so schlecht wie im Jemen oder im Nord-Sudan.

Libyen hat bisher keine Verfassung. Parteien waren generell verboten. Abgesehen vom Außenministerium, dem staatlichen Investitionsfonds und der staatlichen Öl-Gesellschaft gab es kaum vernünftig funktionierende Behörden. Einige Beobachter glauben jedoch, dass es den Libyern gerade aufgrund dieses Vakuums sogar leichter als anderen Arabern fallen wird, einen Staat mit modernen Strukturen zu schaffen. Denn in Ägypten und in gewissem Maße auch in Tunesien müssen die Reformer dauerhaft mit dem Widerstand eines Apparats rechnen, in dem sich auch auf den unteren Ebenen unter dem alten Regime korrupte Beamte häuslich eingerichtet hatten.

**Neuanfang** Die Hauptstadt Tripolis hatten die Rebellen zwar schon im August eingenommen. Doch es war immer klar, dass es keinen echten Neuanfang geben könnte, solange die letzten Gaddafi-Getreuen noch in den Städten Sirte und Bani Walid Widerstand leisten. Das hatte auch der Übergangsrat so gesehen, der deshalb alle wichtigen Entscheidungen auf die Zeit nach der „Befreiung“ des ganzen Landes verschoben hatte. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen. Es gibt viel zu tun und etliche der Geschäftleute, Banker, Journalisten, Richter und Offiziere, die in den vergangenen Monaten wichtige Posten in den ad hoc zusammengewürfelten Gremien des Übergangsrates bekleidet hatten, werden wohl in zwei Monaten kein Spitzenamt mehr bekleiden. Der bei westlichen Diplomaten gut geliebte Vorsitzende der ersten Interimsregierung, Mahmud Dschibril, hat schon öffentlich er-

klärt, er stehe als neuer Ministerpräsident nicht zur Verfügung. Er hat dies mit einer Spur Bitterkeit gesagt. Denn der Akademiker, der in den letzten Jahren der Gaddafiherrschaft versucht hatte, Libyens Wirtschaft zu modernisieren, war zuletzt von einigen Rebellenkommandeuren und islamistischen Gruppen angefeindet worden. Sie hatten ihm vorgeworfen, er habe sich – während sie an der Front ihr Leben riskierten – im Ausland ein angenehmes Leben gemacht. Dabei vergaßen sie meist zu erwähnen, dass die auch militärisch wichtige internationale Unterstützung für den Übergangsrat und die Rebellenarmee auch Dschibrils diplomatischem Geschick zu verdanken war.

- KOMPAKT**
- > **Gefangennahme** In der libyschen Stadt Sirte haben die Truppen des Übergangsrates den ehemaligen Machthaber Muammar al-Gaddafi gefangen. Er hatte fast 42 Jahre die Geschicke seines Landes bestimmt.
  - > **Tödliche Schüsse** Am Donnerstag wurde Gaddafi erschossen. Wer die tödlichen Schüsse abgegeben hat, ist noch unklar.
  - > **Keine Verfassung** Libyen hat bisher keine Verfassung. Abgesehen vom Außenministerium, dem staatlichen Investitionsfonds und der staatlichen Öl-Gesellschaft gab es bisher kaum vernünftig funktionierende Behörden.

Auch in Tunesien, wo der „Arabische Frühling“ seinen Anfang genommen hatte, wird jetzt Geschichte geschrieben. Am gestrigen Sonntag gingen die Tunesier erstmals seit dem Sturz von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali zur Wahl. Sie wählten eine verfassungsgebende Versammlung, deren Aufgabe nicht weniger sein wird, als den Staat komplett neu zu erfinden. Viel deutet darauf hin, dass am Ende dieses Prozesses eine Demokratie mit einem starken Parlament stehen wird, das dem Islam einen höheren Stellenwert einräumen wird, als dies unter Ben Ali und seinem Vorgänger, dem Modernisierer Habib Bourgiba, der Fall gewesen war. Der Graben, der zwischen islamisch-konservativen und liberalen Tunesiern, deren Lebensstil sich eher an Frankreich orientiert, verläuft, ist tief. Doch vom Prozedere her ist es so angelegt, dass die neue Verfassung wohl nicht ohne die Zustimmung beider Blöcke verabschiedet werden kann.

**Friedensnobelpreis** Für den Jemen, wo Demokratie-Aktivisten versuchen, den immer noch von etlichen Stammesführern und Offizieren gestützten Langzeitpräsidenten Ali Abdullah Salih zu entmachten, hielt der Oktober ebenfalls ein großes Ereignis bereit. Mit der Salih-Gegnerin und Menschenrechtsaktivistin Tawakkul Karman wurde zum ersten Mal einem Bürger dieses unterentwickelten Landes der Friedensnobelpreis zugesprochen. Die energische Tawakkul Karman ist kompromisslos, wenn es um bürgerliche Freiheiten geht. Sie gehört, was für viele westliche Beobachter erst einmal ungewöhnlich klingt, einer islamistischen Partei an. *Anne-Béatrice Clasmann*

# Wird die Ukraine zu einem zweiten Weißrussland?

**OSTEUROPA** Timoschenko-Urteil bringt Eiszeit mit der EU

Da mag sich Europa über die willkürliche Verurteilung von Ex-Premierministerin Julia Timoschenko empören. Den ukrainischen Staatspräsident Wiktor Janukowitsch zwingt das nicht in die Knie. Die Botschaft ist eindeutig: „Wenn ihr im Westen uns nicht wollt – wir kommen auch ohne Euch klar.“ Dass er mit seiner Starrköpfigkeit sein Land immer mehr ins Abseits manövriert, nimmt Janukowitsch offenbar in Kauf: Donnerstag letzter Woche sagte die Europäische Union kurzfristig den Besuch des ukrainischen Präsidenten in Brüssel ab. Gleichzeitig stellt sie die Ratifizierung des lange herbei verhandelten und endlich unterschrittreifen Freihandelsabkommens auf unbestimmte Zeit zurück. Doch der Ausgeladene nutzt den freien Tag nicht etwa für Krisentelefonate. Janukowitsch fliegt ungerührt zum Staatsbesuch nach Kuba. Nicht ohne zuvor von der EU über Fernsehen noch ultimativ eine Beitrittsperspektive für sein Land zu fordern. Das ganze Volk sei zu „Geiseln einsamer Entscheidungen“ geworden“, stellt die regierungskritische Tageszeitung „Levy Bereg“ dieser Tage resigniert fest. Und die Resignation breitet sich aus. Vor allem junge Leute sind frustriert über Korruption, mangelnde Jobchancen und die Rückschritte bei Pressefreiheit und Menschenrechten. Doch Massenproteste wie in anderen Metropolen Europas – in Kiew heute nicht vorstellbar. Stattdessen reden viele nicht mehr nur über Auswanderung, sondern bereiten sie konkret vor: Rette sich, wer kann – ein deprimierendes Motto, acht Monate, bevor sich das Land bei der Fußball-EM als weltoffene und moderne Nation im Herzen Europas präsentieren will. Ob die inhaftierte Julia Timoschenko bis dahin frei kommt? Im Moment stehen die Zeichen auf Aussitzen. Das ukrainische Parlament, in dem Janukowitschs Partei die Regionen die Mehrheit hat, lehnte eine Amnestieregelung für Timoschenko in der letzten Woche ab. Und inzwischen droht der Ikone der Orangen Revolution sogar noch ein weiterer Prozess. Viele Beobachter sind überzeugt: Der Präsident kann Timo-

schenko gar nicht freigeben. Nicht nur weil er die politische Gegnerin fürchtet. Sondern auch, weil er sein wichtigstes Verhandlungspfund mit Moskau, Washington und Brüssel aus der Hand geben würde. Doch für die EU ist der Fall Timoschenko eine prinzipielle Frage. Sie rührt an das westliche Grundverständnis von Rechtsstaatlichkeit. Spannend zu beobachten, wie sich die Beziehungen zwischen Kiew und Brüssel nun gestalten: Wird der Dialog fortgesetzt, selbst wenn Timoschenko weitere Jahre hinter Gittern sitzen sollte? Oder bereitet der Westen Sanktionen vor: strengeres Visaregime statt erhsehnter Reisefreiheit, Stopp von dringenden benötigten IWF-Krediten, am Ende gar Einreiseverbote für die politischen Eliten? Mit der Pause beim Freihandelsabkommen gewinnt die EU zunächst Zeit. Sie sollte sie nutzen, darüber nachzudenken, welche Perspektiven sie den Staaten an ihrer östlichen Außengrenze grundsätzlich geben wollen. Ein zweites Weißrussland kann niemand wollen. *Clemens Hoffmann*



Julia Timoschenko

# Versicherung mit explosivem Inhalt

**AUSWÄRTIGES** Initiative gegen Finanzgeschäfte mit Minen

Die Bundesregierung soll nach Meinung der drei Oppositionsfraktionen Investitionen in Unternehmen verbieten, die Anti-Personenminen und Streumunition herstellen oder entwickeln. Das Kriegswaffenkontrollgesetz sei entsprechend zu ändern, heißt es in einem Antrag der drei Fraktionen (17/7339). Dieses solle direkte wie indirekte Investitionen sowie jede Form der Finanzierung umfassen, um Umgehungsmöglichkeiten auszuschließen. Ferner müsse es sich auf alle Investitionen in Unternehmen weltweit beziehen, die in die Herstellung und Entwicklung von Antipersonenminen und Streumunition involviert sind.

**Subventionierung unterbinden** SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung weiter auf, unverzüglich jegliche steuerliche Subventionierung der Investitionen in Streumunition zu unterbinden. Die Regierung müsse zu diesem Zweck einen Gesetzentwurf zur Änderung des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes vorlegen, in dem Finanzprodukten, die im Zusammenhang mit der Finanzierung von einer der beiden genannten Waffentypen stünden, die Zertifizierung nicht erteilt oder entzogen wird. Die Regierung solle ferner darauf hinwirken, in ihrer Funktion als (Mit-)Eigentümer öffentlicher oder privater Banken unverzüg-

lich Einfluss auf die Geschäftspolitik dahingehend zu nehmen, dass Investitionen in die Herstellung und Entwicklung von Anti-Personenminen und Streumunition verhindert werden. Unternehmen, die derartige Waffen herstellen oder entwickeln würden, seien schnellstmöglich von der öffentlichen Auftragsvergabe auszuschließen.

**Investitionen in Streubomben** Die drei Fraktionen schreiben weiter, eine Untersuchung des Magazins „Finanztest“ habe ergeben, dass von 174 Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften und Bausparkassen, die Riester-Altersvorsorgeverträge anböten, lediglich zwölf Investitionen in Streubomben ausschließen. Das seien nicht einmal sieben Prozent. Und die tatsächliche Quote dürfe den Antragstellern zufolge noch niedriger liegen. Etwa 80 Prozent der Banken und die Hälfte aller Versicherungsunternehmen, die angefragt worden seien, hätten nicht geantwortet. Die Initiative „Facing Finance“ habe im Dezember 2010 veröffentlicht, dass staatlich geförderte Riester-Fonds mit mindestens 500 Millionen Euro an Herstellern völkerrechtswidriger Waffen beteiligt sind. Zurzeit seien nur etwa ein Prozent der Riester-Produkte an „ethischen Kriterien“ orientiert, erläutern die Antragsteller von SPD, Die Linke und Grünen. *Bernard Bode*

# Am Chaos nicht gespart

**GRIECHENLAND** Parlament trifft schwierige Entscheidung

Müllberge, brennende Autos, zerstörte Schaufenster. Die Bilder aus Griechenland waren in der vergangenen Woche besorgniserregend. Während das Parlament am Donnerstag dem neuen Spargesetz zustimmte, eskalierte auf den Straßen Athens die Situation. Ein Mensch kam ums Leben, mindestens 40 weitere wurden verletzt. Vermummte stürzten die zunächst friedlichen Proteste mit Brandsätzen, die Polizei antwortete mit Tränengas. Bereits am Vortag war es zu schweren Krawallen gekommen. Das neue Sparprogramm ist Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Tranche der Griechenland-Hilfe von acht Milliarden Euro. Mit dem Gesetz können Staatsbedienstete entlassen werden. Darüber hinaus werden Löhne und viele Renten um 20 Prozent gekürzt. Bei der Abstimmung votierten 153 Abgeordnete der regierenden Sozialisten und eine unabhängige Abgeord-

nete für das sogenannte „Multi-Spargesetz“, 144 Abgeordnete waren dagegen. Auch in den Gewerkschaften regte sich Protest: Am Mittwoch begannen umfangreiche Streiks. Betroffen waren unter anderem Flughäfen, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel. Fernsehbildern zeigten sich türmende Müllberge, Menschen hielten sich Mund und Nase zu. Nach der Abstimmung im Parlament herrschte eine angespannte Ruhe in Griechenland – die Ruhe nach dem Sturm. Wie lange sie anhält: ungewiss. Beobachter schließen mittlerweile die Bildung einer großen Koalition oder Neuwahlen nicht mehr aus. Die Ausschreitungen hätten gezeigt, dass die sozialistische Regierung die Last des immer schärfer werdenden Sparkurses nicht mehr allein tragen kann, kommentierten griechische Zeitungen am Freitag. *tyh (mit dpa)*

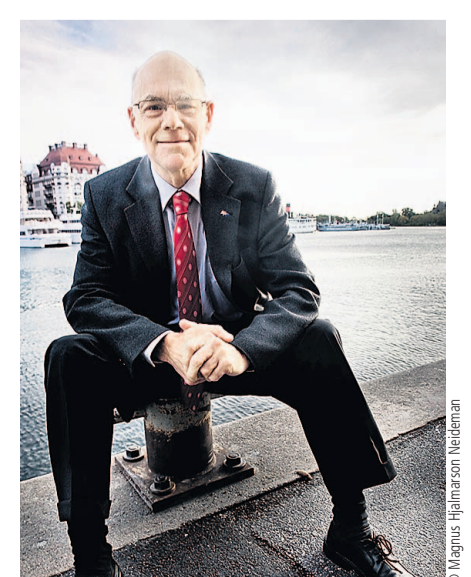
# Was Europa von der Krone lernen kann

**SCHWEDEN** Bundestagspräsident Norbert Lammert wünscht sich engere Zusammenarbeit mit dem Nicht-Euro-Land

Wie ein Déjà-vu-Erlebnis beobachtet Schweden die Schuldenkrise im Euro-Raum. Umso willkommener war Parlamentspräsident Per Westerberg (Moderate Sammlungspartei) der Austausch mit seinem deutschen Amtskollegen Bundestagspräsident Norbert Lammert sowie den Parlamentariern und Mitgliedern des Ältestenrates Petra Ernstberger (SPD) und Bernhard Schulte-Drüggelle (CDU). Das nordeuropäische Königreich erlebte Anfang der 1990er Jahre einen Bankenkolaps, der im sich wieder vereinigen Deutschland seinerzeit kaum registriert wurde. Die internationale Banken- und Finanzkrise, die 2008 mit der Lehman-Pleite begann und in die heutige Eurokrise mündete, weist erstaunliche Parallelen zur schwedischen Bankenkrise auf: 1990 platzte die Immobilien-Blase, viele Schweden hatten, um ihre Steuerabgaben zu mindern,

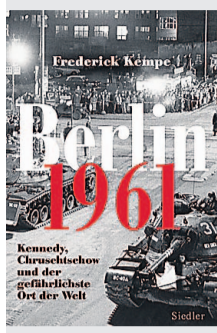
hohe Immobilienkredite aufgenommen, die sie wegen der Inflation und einer sich verschlechternden Konjunktur kaum noch bedienen konnten. Mehrere Banken mussten Konkurs anmelden, wurden verstaatlicht, faule Kredite in Bad Banks ausgelagert, die schwedische Krone wurde abgewertet, der Staat übernahm Garantien für alle Banken. In den Gesprächen mit Westerberg wie mit Finanzminister Anders Borg und EU-Ministerin Birgitta Ohlsson unterstrich Lammert, dass die Erfahrungen des skandinavischen Königreichs hilfreich für die Eurozone bei der Lösung ihrer Problem sein könnten und wünschte sich eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Nicht-Euro-Land Schweden und der Eurozone. Die deutschen Abgeordneten erfuhren von ihren schwedischen Kollegen, dass zwar Schwedens politische Klasse den Beitritt ihres Landes in die Euro-

zone für unabdingbar hält, damit jedoch, wie schon bei dem Euro-Referendum 2003, auf Widerstand in der Bevölkerung stößt. Die nächste Volksbefragung kann frühestens 2013 stattfinden. Viele Fragen mussten die Gäste aus Berlin zu Deutschlands Energiepolitik beantworten. Die plötzliche Abkehr von der Atomstromnutzung und der damit nötige Ausbau der erneuerbaren Energien stoßen in Stockholm auf Skepsis, Verwunderung bis Unverständnis. Zumal Schweden den exakt umgekehrten Weg beschritten hat: Der 1980 beschlossene Ausstieg für das Jahr 2010 wurde gestoppt, vorhandene Kraftwerke werden teilweise durch sehr viel leistungsstärkere AKW ersetzt, weil die Sorge überwiegt, dass Schweden ohne Kernenergie nicht wettbewerbsfähig sein und die Ziele bei der Einsparung von Kohlendioxid nicht erreichen könnte. *sad*



Norbert Lammert in Stockholm

ANGELESEN



**Frederick Kempe**  
Berlin 1961.  
Kennedy,  
Chruschtschow und  
der gefährlichste  
Ort der Welt.  
Siedler Verlag  
München 2011  
671 S., 29,99 €

Die Menschheit sah sich zum ersten Mal mit der Gefahr eines Atomkrieges konfrontiert: Im Oktober 1961 rollten zuerst amerikanische, dann sowjetische Panzer zum Grenzübergang in Berlin und nahmen gegeneinander Aufstellung. DDR-Volkspolizisten hatten zuvor die westlichen Alliierten beim Betreten der sowjetischen Besatzungszone aufgefordert, ihre Ausweise vorzuzeigen. Dieser „Ausweiszwang“ verletzte das Vier-Mächte-Abkommen. US-Präsident Kennedy „Sonderbeauftragter“ in Berlin, General Lucius D. Clay, entschied deshalb, Moskaus Provokation entgegenzutreten.

Dass die Sowjetunion nicht angreifen würde, leitete Clay aus Moskaus Reaktion ab: Gegenüber den 30 in Berlin stationierten US-Panzern positionierten die „Russen“ 30 sowjetische – mehr nicht. Die übrigen Panzer blieben in den Kasernen. Das berichtete der General seinem Präsidenten in einem Telefonat. „Verlieren Sie nur nicht die Nerven“, sagte Kennedy daraufhin. „Wir machen uns Sorgen über die von euch dort drüben in Washington“, antwortete Clay. Mit seinem „Berlin-Ultimatum“ – der Forderung nach einem Abzug der alliierten Truppen aus West-Berlin und einer Änderung der Verträge über den Status von Berlin – unterstützte der Kreml seit 1961 die DDR-Pläne für eine Isolierung West-Berlins. „Berlin ist der gefährlichste Ort der Welt“, sagte Regierungschef Nikita Chruschtschow im Juni. Er wollte „durch eine Operation an diesem schlimmen Ort diesen Dorn, dieses Krebsgeschwür entfernen“. Den Bau der Mauer am 13. August hatte Kennedy eher positiv bewertet, da sie die Berlin-Krise beenden konnte. Deshalb verzichtete er auf eine Mobilisierung der US-Truppen.

In seinem hervorragenden Buch hat Kempe die Hintergründe der Berlin-Krise im Jahr 1961 umfassend dargestellt. Dazu analysierte er zahlreiche unbekanntere amerikanische und sowjetische Dokumente, die er in einen globalen Kontext stellt. Sein Fazit: Die weiche Haltung der USA in der Berlin-Frage veranlasste die Sowjetunion zur Stationierung der Atomraketen auf Kuba. manu



**Stefan Karner u. a.**  
(Hrsg.)  
Der Wiener Gipfel  
1961.  
StudienVerlag  
Innsbruck 2011  
1056 S., 39,90 €

„Womit sollen wir anfangen? Vielleicht besprechen wir zuerst die Frage der Einstellung der Kernwaffenversuche und der Abrüstung, oder wollen wir mit der deutschen Frage anfangen?“ Der Gesprächspartner will mit dem Thema Abrüstung beginnen und dann um 12 Uhr zur deutschen Frage übergehen. „Einverstanden“.

Zitiert wird nicht ein Ausschnitt aus der US-Fernsehserie „The West Wing“, sondern ein Gespräch der beiden mächtigsten Männer der Welt: US-Präsident John F. Kennedy und Regierungschef Nikita Chruschtschow aus der UdSSR. Sie kamen am 3. und 4. Juni 1961 in Wien zusammen, um die brennendsten internationalen Probleme zu besprechen. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Berlin-Frage, die Krise in Laos und die nukleare Abrüstung. Rückblickend markierte das Wiener Treffen einen Wendepunkt im Kalten Krieg: Chruschtschow betrachtete den jungen Präsidenten als politisches Leichtgewicht. „Diese Wahrnehmung bestimmte seine Politik bis zur Kuba-Krise im Herbst 1962, als ihm das Verhalten des Präsidenten Kennedy Respekt abnötigte“, schreibt der Direktor des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Stefan Karner, in seiner Einleitung.

„Wenn Sie unsere Bestrebungen nicht richtig verstehen, so kann das zu einer Verschärfung unserer Beziehungen führen“. Mit dieser diplomatisch formulierten Drohung versuchte Chruschtschow, Kennedy in der Berlin-Frage unter Druck zu setzen. Dann wurde er aggressiv: „Auch eine direkte Konfrontation“ werde diese Frage nicht zu Gunsten der USA entscheiden. Als Kennedy vor dem „Risiko der offenen Konfrontation zwischen USA und UdSSR“ warnte, antwortete der Russe lapidar: „Wir wollen keinen Krieg, wenn Sie ihn uns aber aufröten, wird es ihn geben.“ Der Kreml-Chef unterstellte dem Präsidenten, dass er in der Berlin-Frage „unter Adenauers Druck“ handelte. Nicht nur die erstmals veröffentlichten stenographischen Protokolle des Treffens sind lesenswert, sondern auch die zahlreichen Begleittexte. manu



Blick in den Luthergarten der Stadt Wittenberg. Dort sollen 500 neu gepflanzte Bäume 500 Jahre Reformation symbolisieren. 1517 schlug Martin Luther in der Schlosskirche (im Hintergrund) seine berühmten Thesen an.

# 2017 schon fest im Blick

**REFORMATIONSJUBILÄUM** Bundestag und evangelische Kirche würdigen »Ereignis von Weltrang«

Es ist eine Kombination, die nicht nur auf den ersten Blick schwer zusammen zu gehen scheint: Kirche und Flashmob. Geht es aber nach dem Hannoveraner Pastor Christoph Römhild, sollen genau diese beiden Dinge sich am 31. Oktober verbinden. Unter dem Motto „Kommt ein Segen geflogen“ sollen am Reformationstag, pünktlich um 15:17 Uhr, überall in Deutschland Menschen zusammenfinden, um kleine Papierflieger von Balkonen oder Brücken, Kirchtürmen oder aus Rathausfenstern zu werfen. Bedruckt mit einem Segenswort und der Information „Reformationstag 2011“ sollen die „Segensflieger“ als Teil der Lutherdekade an den Thesenanschlag Martin Luthers in Wittenberg im Jahr 1517 erinnern. „Wir haben uns überlegt, wie Luther heute auf seine Botschaft aufmerksam machen würde“, sagt Pastor Römhild, „und wir sind uns sicher, dass er dafür die modernsten Methoden verwendet hätte. Immerhin hat er das damals schon getan, indem er den Buchdruck für sich nutzte.“ Angekündigt wird die Aktion über Facebook und Twitter – auch hier ist der Pastor sicher, „das würde auch Luther so machen“.



»Die Reformation hat der Aufklärung den Weg geebnet«

Siegmund Ehrmann (SPD)

wandten sich gegen den Ablasshandel und lösten eine Diskussion aus, die letztlich zur Reformation führte, an deren Ende die Spaltung des westlichen Christentums in verschiedene Konfessionen stand. Sie wirkte nicht nur innerhalb der Kirche, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft – und mündete schließlich in die Trennung von Staat und Kirche.

**Noch wenig Öffentlichkeit** An das Wirken dieses Mannes und die großen Veränderungen, die seine Auseinandersetzung mit Rom

ausgelöst haben, will die evangelische Kirche in dieser Luther-Dekade erinnern. Doch bislang bekommt das Thema noch wenig breite Öffentlichkeit – wohl auch deshalb, weil das eigentliche Jubiläum noch weit in der Zukunft liegt. „Wir sind einfach sehr früh dran“, sagt Pastor Römhild, „es ist klar, dass wir da noch viel Werbung machen müssen.“

Schwung in die Kampagne soll nun ein bekanntes Gesicht bringen: Ab dem kommenden Frühjahr wird die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann Botschafterin des Rates der EKD für das Reformationsjubiläum sein. Ein so herausragendes Ereignis brauche „eine Person, die in überzeugender Weise die damit verbundenen reformatorischen Kernanliegen vermittelt“, ließ der Präsident des Kirchenamtes der EKD, Hans Ulrich Anke wissen. Käßmann selbst teilte mit, hinter der Reformation, die 1517 durch Martin Luther ihren Ausgang genommen habe, verberge sich „nicht nur eine imponierende, zuweilen auch herausfordernde Geschichte, sondern auch ein großes Potential für heute und für die Zukunft“. Martin Luther habe vor 500 Jahren festgestellt, dass ein Mensch nicht deshalb eine angesehene Person sei, „weil er reich, klug oder schön ist, sondern weil Gott ihn ansieht“. Es sei Teil des kirchlichen Auftrages zu fragen, wie die Kirchen dem biblischen Auftrag gerecht würden, die Einheit der Christenheit zu leben – dabei sei Luther ein Vorbild, „für uns

heute, aus dem Glauben heraus, Standpunkte zu finden“. Die Reformation sei ein „Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung“.

**Kulturelles Erbe anerkennen** Diese Einschätzung teilen auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestags. Sie haben am 20. Oktober den interfraktionellen Antrag „Das Reformationsjubiläum im Jahre 2017 – ein Ereignis von Weltrang“ (17/6465) einstimmig verabschiedet und um Unterstützung für das Projekt geworben. Fünf Millionen Euro stellt der Bund allein in diesem Jahr für die Vorbereitung zur Verfügung – dafür dankte der sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Mitglied im Kuratorium zur Vorbereitung des Jubiläums, im Bundestag ausdrücklich. Besonders erfreut zeigte er sich darüber, dass der Antrag fraktionsübergreifend getragen wurde. Staatsministerin Cornelia Pieper (FDP) betonte, die Reformation habe „kulturgeschichtlich bedeutende Veränderungen“ angestoßen. Wolfgang Börsen, kulturpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, stellte fest, die „europäische Kulturidentität“ sei „ohne das Christentum nicht denkbar“. Weil die „Entchristlichung unseres Abendlandes“ anhalte, sei es nötig, die „geistig-moralischen Grundlagen des Kontinents“ zu revitalisieren. Das Freiheitsverständnis Martin Luthers nehme dabei „eine Schlüsselrolle ein“.

Für die FDP führte Patrick Kurth aus, die Reformation sei auch die Voraussetzung „für die Entwicklung hin zum mündigen Menschen“ gewesen. Daneben sehen die Liberalen in der Luther-Dekade auch andere Vorteile: Sie habe auch, „wirtschaftliche, touristische und gesellschaftliche Aspekte“. Für die SPD betonte der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Kultur und Medien der Fraktion, Siegmund Ehrmann, die von Luther angestoßene Reformation habe „der Aufklärung den Weg geebnet“. Man müsse die Zeit der Lutherdekade dafür nutzen, sich mit „der Reformation als Teil unseres kulturellen Erbes“, zu der auch blutige Religionskriege gehört hätten, auseinanderzusetzen. Gegen eine „Verherrlichung Martin Luthers“ wandte sich die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/die Grünen, Agnes Krumwiede. Man müsse sich sowohl mit seiner Person als auch der Institution Kirche kritisch auseinandersetzen. Die Abgeordnete betonte, es müsse bei einer Trennung der Geschäftsfelder zum Jubiläum in eine kirchliche und eine staatliche bleiben. Getrennt bleiben einmal mehr auch die Bundestagsfraktionen: Lukrezia Jochimsen, kulturpolitische Sprecherin der Linken, beklagte, dass ihre Fraktion von dem Antrag ausgeschlossen worden sei und ihn nicht mittragen dürfe. Sie sagte, wer sich mit der Reformation beschäftige, müsse sich auf mehr konzentrieren als die Person Luthers. Susanne Kailitz

## Ein Unentschieden, das niemandem hilft

**INTERNET-ENQUETE** Keine Mehrheit für Handlungsempfehlungen zu Netzneutralität

Was lange währt, wird nicht immer gut. Das gilt auch für die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ und ihren Versuch, Handlungsempfehlungen zum Thema Netzneutralität zu verabschieden. Es geht um die vom Netzbetreiber zu gewählende grundsätzliche Gleichbehandlung aller Inhalte bei der Durchleitung im Internet. Trotz zweimaliger Verschiebung fand auch während der Sitzung am 17. Oktober weder die von der Projektgruppe „Netzneutralität“ in ihrem Zwischenbericht enthaltene Vorlage noch der von der Opposition eingebrachte Alternativtext eine Mehrheit. Bei den Abstimmungen nach fünfstündiger Sitzung gab es ein Unentschieden. Ein Unentschieden, das wohl niemandem hilft. Mag die Opposition es als kleinen Erfolg verbuchen, dass die Koalition mit ihrer eigentlich vorhandenen Mehrheit ihre Forderungen nicht durchbringen konnte, so steht die Enquete-Kommission im Bereich Netzneutralität doch ohne echtes Ergebnis da. Statt mehrheitlich verschiedene Handlungsempfehlungen gibt es nun lediglich zwei Sondergutachten.

**Vertrauen in den Markt** Strittigster Punkt war die Frage, ob die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden solle. Nein, sagte während der Sitzung beispielsweise Peter Tauber (CDU), Vorsitzender der Projektgruppe „Netzneutralität“. Die gegebenen In-

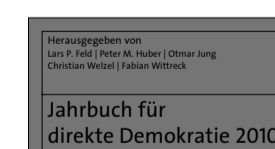
strumente seien durchaus ausreichend, habe auch der Präsident der Bundesnetzagentur im Gespräch mit den Projektgruppenmitgliedern bestätigt. Derzeit gebe es in Deutschland keine akute Gefährdung der Netzneutralität, urteilte Tauber. Auch der FDP-Abgeordnete Jimmy Schulz sieht derzeit keine Verstöße gegen die Netzneutralität und daher auch keinen Bedarf an einer gesetzlichen Verankerung. „Der Markt kann das sehr wohl regeln“, sagte Schulz. Sei es bisher zu Verletzungen der Netzneutralität gekommen, habe die Bundesnetzagentur „vermittelnd eingegriffen“.

**Gesetzliche Lösung** Aus Sicht der Opposition muss hingegen die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden. Diese Forderung sei im Sondervotum der Opposition erhalten, sagte Martin Dörmann (SPD). Im Text der von der Bundesregierung vorgelegten Novelle des Telekommunikationsgesetzes finde sich noch nicht einmal das Wort Netzneutralität, kritisierte er. Hier nur auf die Bundesnetzagentur zu vertrauen, ohne konkretere Vorgaben zu machen, sei nicht ausreichend. Von einer Überregulierung durch die gesetzliche Festschreibung könne zudem nicht die Rede sein. Vielmehr werde so die benötigte Rechtssicherheit geschaffen, betonte Dörmann. Unterstützung erhielt er von der durch die Linksfraktion benannten Sachverständigen Constanze

Kurz vom Chaos Computer Club. Sie verweise darauf, dass es gerade im Bereich des Mobilfunkmarktes eine „partielle Machtlosigkeit der Bundesnetzagentur“ gebe. Ebenfalls heftig umstritten war, ob künftig unterschiedliche Dienstklassen für unterschiedliche Entgelte durch die Netzbetreiber angeboten werden dürfen. Hier sagt die Koalition Ja. Unterschiedliche Dienstklassen und das Best-Effort-Prinzip, was eine bestmögliche Datenweiterleitung durch die Diensteanbieter vorsieht, können laut Peter Tauber nebeneinander bestehen. Der von der FDP nominierte Sachverständige Hubertus Gersdorf urteilte, „dass sehr wohl eine Differenzierung von Diensten zulässig ist“. Entscheidend sei, so der Jurist, „dass es sachlich gerechtfertigt ist“. Blogger Markus Beckedahl, von den Grünen als Sachverständiger benannt, sagte hingegen: „Die Etablierung von Dienstklassen, zumal mit bevorzugtem Transport gegen Aufpreis, ist für uns kein zukunftsweisender Weg für die Architektur des freien und offenen Internets.“ Der „Mythos der Kapazitätsengpässe“ sei zudem entzaubert, sagte Beckedahl. Die Einführung von Dienstklassen sei daher nicht nötig. Auch Constanze Kurz konnte keine Kapazitätsengpässe erkennen. Auf Nachfrage der Enquete-Kommission hätten die Provider keine Zahlen nennen können, die den Verdacht erhärtet hätten, sagte sie. Götz Hausinger

Anzeige

## Für alle Fragen unmittelbarer Demokratie



**Jahrbuch für direkte Demokratie 2010**

Herausgegeben von Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Peter M. Huber, PD Dr. Otmar Jung, Prof. Dr. Christian Welzel und Prof. Dr. Fabian Wittreck  
2011, 429 S., brosch., 59,- €  
ISBN 978-3-8329-6612-6  
(Jahrbuch für direkte Demokratie)  
nomos-shop.de/13638

Das „Jahrbuch für direkte Demokratie“ versteht sich als kritisches interdisziplinäres Forum für alle Fragen unmittelbarer Demokratie. Fundierte wissenschaftliche Beiträge, eine verlässliche Dokumentation

der Praxis im In- und Ausland und der Nachweis neuester Literatur verschaffen allen Interessierten Jahr für Jahr handlichen Aufschluss über den aktuellen Stand von Theorie und Praxis direkter Demokratie.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



**AUFGEKEHRT**

**Voller Durchblick**

Das Mindesthaltbarkeitsdatum ist in aller Munde. Offenbar, so die Annahme des FDP-Politikers Hans-Michael Goldmann, verstehen Millionen Deutsche die Fristangabe auf ihren Lebensmitteln nicht als grobe Verzehrempfehlung, sondern als bindendes Ablaufdatum, so dass sie vieles in den Müll werfen, was eigentlich noch essbar wäre. Ein Dilemma, an dem die Regierung nicht ganz unschuldig ist. Sie beweist seit Bestehen der schwarz-gelben Koalition stetig, dass politische Produkte – etwa Koalitionen – schon längst schlecht geworden sein können, bevor das Mindesthaltbarkeitsdatum – etwa das Ende der Legislatur – auch nur annähernd erreicht ist. Wie soll der Bürger sich da in der heimischen Küche zu rechtfinden?

Es mangelt an Orientierung. Auf die Politiker selbst ist kein Verlass – zumal es auch für deren äußere Zuordnungsmerkmale keine längerfristige Garantie mehr gibt. Keine Mindesthaltbarkeit, nirgends. Hatte man sich gerade daran gewöhnt, besonders seriös wirkende Politprofis an schick-harmlosen Randlosbrillen zu erkennen, scheint der Trend nun hin zu markanten Brillengestellen zu gehen. Das soll vermutlich Kontur und Entschiedenheit markieren. Doch es wäre ein Fehler, sich allzu früh an die neue, entschlossene Optik der Steinmeiers, Westerwelles oder Pofallas zu gewöhnen. Schon erscheint ein neuer Trend am Horizont: Transparenz! Sich von den Piraten verstanden fühlend, will der Wähler zwar nicht an langweiligen Parteiberatungen oder Bürgersprechstunden teilnehmen, aber wenigstens Einblick in alles haben. Dicke Brillenränder um Politikeraugen oder großflächige Informationsetikette auf Lebensmitteln stören da nur die freie Sicht. Hier sollte man ansetzen: Wenn sowohl im Kühlschrank als auch beim politischen Problemlosen keine gammelfrischen Reste übrig gelassen würden, wären alle aus dem Schneider. *Susanne Kailitz*

**VOR 40 JAHREN ...**

**Liberaler Flirt mit Links**

**27. Oktober 1971: Freiburger Thesen**  
Für die einen war es ein Anbieten an die SPD, für die anderen eine Emanzipation von der Union: die „Freiburger Thesen der F.D.P. zur Gesellschaftspolitik“. Die Liberalen verabschiedeten das Grundsatzzprogramm am 27. Oktober 1971 auf ihrem Bundesparteitag in Freiburg im Breisgau. „Dass diese Thesen überhaupt verabschiedet werden konnten, ist eine erstaunliche Sache“, kommentierte damals „Die Zeit“. Schließlich vollzog die FDP damit nichts weniger als einen pro-



© picture alliance  
**Josef Ertl, Walter Scheel, Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher (von links nach rechts) 1971**

grammatischen Wandel – aber einen Wandel mit Ansage: Schon Ende der 1960er-Jahre, als die FDP in der Opposition war, näherte man sich der SPD an, mit der man nach der Bundestagswahl 1969 eine sozialliberale Koalition einging. Mit den Freiburger Thesen, als deren Autoren der damalige Parteivorsitzende Walter Scheel, Generalsekretär Karl-Hermann Flach und der spätere Bundesinnenminister Werner Maihofer gelten, wurde diese Neuausrichtung in ein Programm gegossen: Die FDP kritisierte nun die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und stellte das Thema „liberale Gesellschaftspolitik“ in den Mittelpunkt. „Liberalismus nimmt Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung. Er tritt ein für den Vorrang der Person vor der Institution“, heißt es gleich in der ersten der insgesamt 54 Thesen. Außerdem schrieb man sich einen „sozialen Liberalismus“ auf die Fahnen. Doch die Freiburger Thesen hatten nur eine geringe Halbwertszeit: Bereits sechs Jahre später wurden sie durch die Kieler Thesen abgelöst, mit denen die FDP zu ihrer wirtschaftsliberalen Tradition zurückkehrte. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: BEI DEN RUSSISCHEN GRAFFITI IM REICHSTAGSGEBÄUDE**



Ein russischer Soldat verweigert sich im Reichstag. Daneben Anar Najafov vor dem Graffiti seines Großvaters. Rechts Mamed Najafov, der beim Sturm auf Berlin dabei war.

**»Moskau – Stalingrad – Berlin«**

Berlin brennt. Es ist das Jahr 1945, Ende April. Die Rote Armee belagert die Hauptstadt des Deutschen Reiches, es ist die letzte große Schlacht im Zweiten Weltkrieg. Das Reichstagsgebäude gleicht einer Festung: Im Krieg notbehelfsmäßige Entbindungstation und militärisches Medizinarchiv, werden die Fenster zugemauert und die Türme mit einer Raketenabwehr ausgestattet. Die Schlacht um Berlin fordert mehr als 180.000 Tote. Am 30. April hissen russische Soldaten die Rote Fahne auf dem Reichstag. Das zwei Tage später nachgestellte Foto geht um die Welt. Gut 66 Jahre später. Anar Najafov aus Aserbaidschan läuft mit einer Besuchergruppe aus Hamburg durch den Nordkorridor des Reichstagsgebäudes. Er nimmt am Internationalen Parlaments-Stipendium teil und macht ein fünfminütiges Praktikum bei dem CDU-Abgeordneten Rüdiger Kruse. Eher zufällig bleibt sein Blick an einer der kyrillischen Inschriften hängen. Es ist der Name seines Großvaters. Mamed Najafov. Unterschrift eines Mannes, der beim Sturm des Reichstages dabei war.

Als die Rote Armee den Reichstag einnahm, verweigerten sich die Soldaten in den Mauern – mit roten und blauen Fettschmitten, mit Kreide, angebrannten Stöcken, Kohle. Diese Graffiti sind Ausdruck des Sieges, des Hohns, des Hasses. Aber auch der Freude. Freude darüber, den Feind bezwungen zu haben, am Leben zu sein. Der Architekt Norman Foster entdeckte die Inschriften, als er 1995 für den Umbau die Reichstagsinnenausstattung entfernen ließ. Insgesamt sind nach dem Umbau 202 russische Graffiti erhalten geblieben – ein Bruchteil der ursprünglichen Anzahl. Es sind einfache Nachrichten: „Nadja war hier“, Marschrouten: „Moskau – Stalingrad – Berlin“, Botschaften des Sieges: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten“ oder „Ruhm den Helden, die das Banner des Sieges über Berlin gehisst haben“. Und manchmal sind es einfach nur Namen. Wie im Falle von Mamed Najafov. „Er hat gesagt, dass es dieses Graffiti gibt, aber wir konnten es nicht überprüfen“, sagt sein Enkel heute. Er ist 27 Jahre alt, sein Großvater war 31, als er – aus dem Kauka-

sus kommend – in Berlin einmarschierte. Anar lebt seit 2005 in Deutschland, er promoviert an der Uni Eichstätt-Ingolstadt. Sein Großvater blieb noch ein Jahr nach Kriegsende in Berlin, als Teil einer Untersuchungskommission, wie Anar erzählt. Sein Großvater habe die deutsche Kultur geliebt. Er habe Deutschland mit Persönlichkeiten wie Goethe und Kant verbunden und nicht mit Hitler. Mittlerweile ist Mamed Najafov tot. Er hat nicht mehr erlebt, wie sein Enkel Deutsch lernte, wie er anfangs in Deutschland zu studieren. Rund eineinhalb Jahre wird Anar noch hier sein, dann geht er zurück nach Aserbaidschan. Sein Großvater habe geholfen, Deutschland von den Nazis zu befreien, sagt Anar, und damit zur Demokratisierung in dem Land beigetragen. Heute möchte sein Enkel von der deutschen Demokratie lernen. Die demokratischen Werte mit nach Aserbaidschan nehmen, wie er sagt. Sein berufliches Ziel: Politik machen und irgendwann die Rolle einer Brücke übernehmen zwischen Aserbaidschan und Deutschland. *Tatjana Heid*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 40 vom 04.10.2011, „Doppelter Rettungseinsatz“, Seite 1**

Ein uralter Bankertrick funktioniert heute noch: Zuerst einen Kunden mit Krediten regelrecht überhäufen, dann im für die Banken günstigen Moment den Gesamtkredit zurückverlangen. Dasselbe Spiel passiert jetzt mit Griechenland (und anderen EU-Staaten): Nach dem Gewähren von großzügigen Unterstützungen gibt es plötzlich nur noch Kredit nach einem für jeden Staat und Bankkunden geradezu tödlichen Spar- und Reformprogramm. Wie soll denn jemand, der nichts mehr zum Essen hat, überleben und noch seinen Kredit zurückführen? Kaufen dann die Bürger dieses Staates nichts mehr, eben weil sie kein Geld mehr haben, kommt ganz sicher EU-weit oder global ein Rückgang oder Kollaps der Volkswirtschaften. Das Schlimmste dabei ist: Keiner unser Staats- und EU-Vortänzer durchschaut dieses böse Bankerspiel. Hauptsache, Banken und Krisengewinnler haben jahrelang von den eingenommenen Zinsen in Saus und Braus leben können. *Jürgen Böck, Wasserburg*

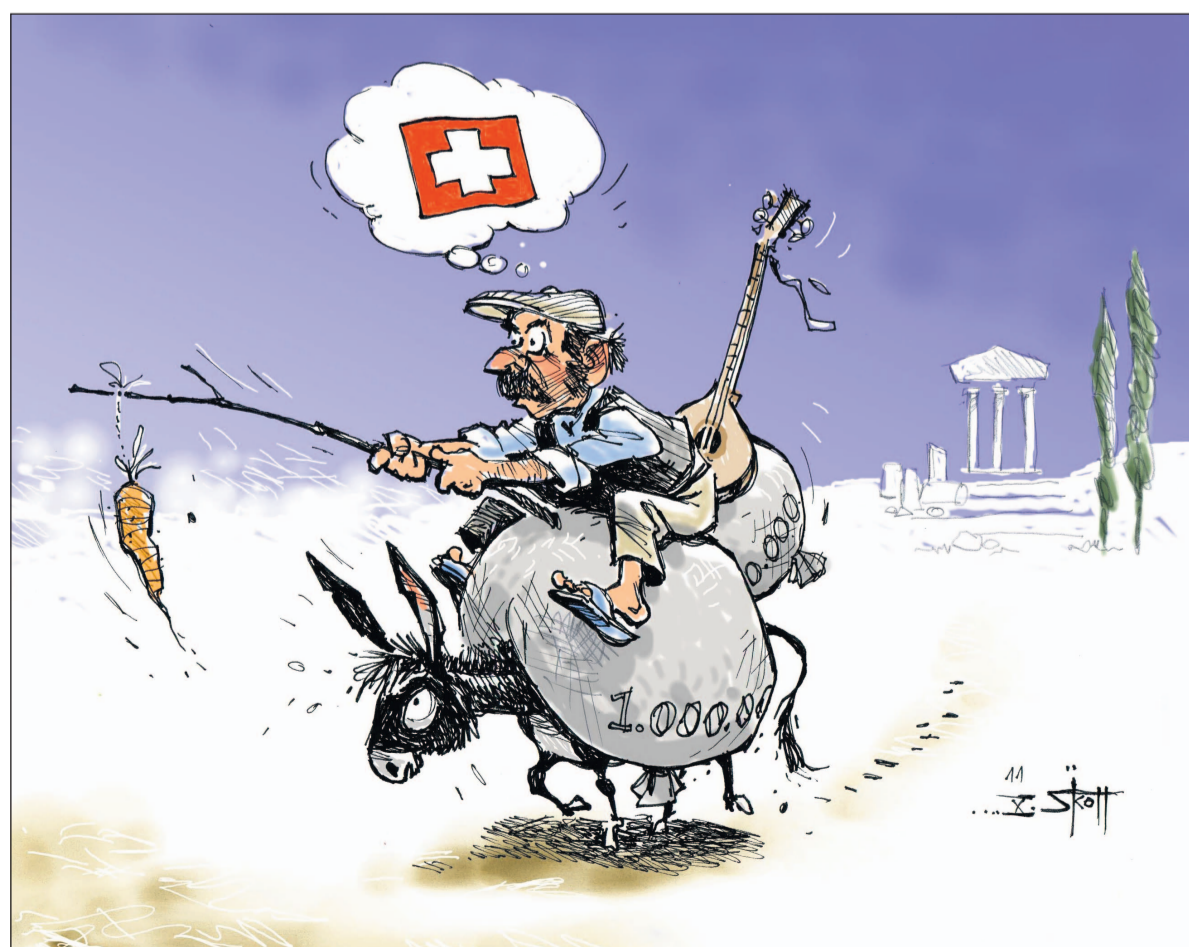
**Zur Ausgabe 39 vom 26.09.2011, „Der Papst in Berlin“, Seite 1-5**

Ihre sonst solide Qualität der Berichterstattung hat Sie beim Thema „Papst in Berlin“ teilweise verlassen. Der Hinweis des Papstes auf die Entstehung der abendländischen Kultur aus der Begegnung zwischen dem Gottesglauben Israels, der philosophischen Vernunft der Griechen und dem Rechtsdenken Roms wird so gedeutet, als handele es sich dabei um ein wesentliches Merkmal der Ökumene. Das ist schon sehr merkwürdig: Sollen die evangelischen Christen darin wirklich einen „unüberschbaren Schritt zur Überwindung der Kirchenspaltung“ (Lammert) erkennen? Grotesk. Ökumene zwischen den christlichen Konfessionen war in der Rede des Papstes kein Thema.

Wenn Bundestagspräsident Lammert in seiner Begrüßungsansprache die Wurzeln der Grundrechte in der Aufklärung verortet, dann hätte es dem „Parlament“ zudem gut gestanden, die Spannung zwischen Aufklärung und dem von Papst betonten geistigen und kulturellen Grundlagen der Antike durch einen weiteren Beitrag zu thematisieren. Da wäre auch Gelegenheit gewesen, die durch Artikel 140 Grundgesetz festgelegte Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgesellschaften etwas differenzierter zu betrachten. Die beiden Beiträge „Pro“ und „Contra“ auf Seite 2 reißen die Problematik nur an. Religion wird durch Kooperation der getrennten Partner Staat und Religionsgesellschaften nicht zu einer „Staatsangelegenheit“. Der Staat hat das Zu-

sammenleben von Menschen zu regeln, die Bürger sind – und Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften. Deshalb gibt es ein „Staatskirchenrecht“. Auf Seite 3 erzählen Sie den Kindern die Mär, der Papst sei der „Stellvertreter Gottes auf Erde“. Selbst in Wikipedia sind die Titel präziser formuliert: Der Papst gilt als „Stellvertreter Christi auf Erden“. Das ist immer noch ein problematischer und interpretationsbedürftiger Anspruch. Zum Schluss: Ich bin mit dem Format Ihrer Zeitung sehr einverstanden. Die Beiträge auf den einzelnen Seiten sind übersichtlich gesetzt, die Bilder oft sehr informativ und tiefgründig. Deshalb sehe ich mich nicht nach einer Umstellung auf Magazin-Format. *Joachim Maier, Schriesheim*

**SEITENBLICKE**



**Zu „Das Parlament“ allgemein**

Nicht erst heute ist mir der laxer Umgang Ihrer Redaktion mit den Überschriften ins Auge gefallen! Zwar ist es mittlerweile gang und gäbe, dass Zeitungsmacher den sorglosen Umgang mit der deutschen Orthografie pflegen. Dies sollte sich allerdings nicht auch der Deutsche Bundestag zu eigen machen. Ich hoffe daher, dass Sie künftig mehr Sorgfalt beim Abfassen der redaktionellen Texte walten lassen. *Dieter Roloff, Bietigheim-Bissingen*

**PANNENMELDER**

In dem Aufmacher auf Seite 10 „Der Minister schweigt“ wird Harald Leibrecht als entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion genannt. Seit drei Monaten ist jedoch Christiane Ratjen-Damerau in dieser Funktion tätig. Sie hat die Aufgabe von Leibrecht übernommen.

**PERSONALIA**

**> Karl Wienand †**  
**Bundestagsabgeordneter 1953-1974, SPD**

Am 10. Oktober starb Karl Wienand im Alter von 84 Jahren. Der aus Rosbach im Rhein-Sieg-Kreis stammende Gewerkschaftsfunktionär und Kommunalbeamte schloss sich 1947 der SPD an, wurde 1952 Bürgermeister und 1955 Gemeindedirektor seines Heimatortes. Von 1960 bis 1973 gehörte er dem SPD-Parteivorstand an. 2002 trat er aus der SPD aus. Wienand, 1953 jüngstes Mitglied des Bundestags, amtierte von 1967 bis 1974 als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion. Im Bundestag arbeitete er zumeist im Verteidigungsausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss mit.

**> Joachim Schmidt**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU**

Am 26. Oktober vollendet Joachim Schmidt sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Diplomingenieur aus Halsbrücke bei Freiberg/Sachsen engagierte sich 1989 in der Bürgerbewegung in Freiberg und schloss sich 1990 der CDU an. Von 1991 bis 1993 war er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Freiberg und von 1992 bis 1999 Mitglied des CDU-Landespräsidiums in Sachsen. Schmidt, von 1992 bis 1999 Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Sachsen im Bundestag, engagierte sich vorwiegend im Wissenschaftsausschuss. *bmh*

**GEWINNER**

**Antworten zum Sieg**

Der Gewinner des diesjährigen Sommerfests steht fest: **Hendrik Pistor aus Magdeburg** hat die Reise nach Berlin für eine Person mit Besuch des Bundestages und zwei Übernachtungen gewonnen. Herzlichen Glückwunsch!

**Die Antworten, die ihn zum Sieg geführt haben, lauten:**

1. Der Lkw-Konvoi gen Straßburg stoppt in Luxemburg, um **billigen Diesel** zu tanken.
2. Der Anlass des Besuchs vom japanischen Kronprinzen in Deutschland war das **150-jährige Bestehen der diplomatischen Beziehungen** zwischen Berlin und Tokio.
3. Im Jahr des ersten Internationalen Parlamentsstipendiums gab es **elf Teilnehmer**.
4. **Operation Condor** hieß die Zusammenarbeit südamerikanischer Militärdiktaturen bei der Verfolgung von Oppositionellen.
5. Thomas Bareiß führte die Südwest-JU von **2002 bis 2006**.
6. Die Unesco beschloss die Konvention zum Schutz des immateriellen Kulturerbes am **17. Oktober 2003**.
7. Die Schuldenbremse ist in **Artikel 115 Grundgesetz** geregelt.
8. Die Obergrenze für das Volumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausgezahlt wird, wurde seit **neun Jahren** nicht an die Entwicklung der parteitypischen Ausgaben angepasst.
9. Volker Kauder (CDU) und Frank-Walter Steinmeier (SPD) streben eine **Entscheidungslösung** für Organspenden an.
10. Das **AKW Würgassen** war das erste vollständig kommerziell genutzte Atomkraftwerk in Deutschland.
11. Der Bundesfinanzminister hat in den letzten drei Monaten des vergangenen Jahres **1,02 Milliarden Euro** über- und außerplanmäßigen Ausgaben zugestimmt.
12. Die sogenannte „kalte Steuerprogression“ führt bei bestimmten Einkommen dazu, dass Zuwächse von der **mittefallenden Steuerbelastung aufgefressen werden**.

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

**Das Parlament**  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

**Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 31. Oktober.**

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 24.-28.10.2011**  
Telekommunikation und Internet (Do), Abfallrecht (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de):  
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream